

Stenografisches Protokoll
- Endgültige Fassung* -

der 56. Sitzung
des 1. Untersuchungsausschusses
am Donnerstag, dem 20. Oktober 2011, 10.00 Uhr
Paul-Löbe-Haus, Berlin

Vorsitz: Dr. Maria Flachsbarth, MdB

Tagesordnung

	Seiten
Vernehmung von Zeugen, im Einzelnen	1 - 58
Herrn Dr. Hans Friderichs gemäß Beweisbeschluss 17-18	

* Hinweis:
Der Zeuge Dr. Hans Friderichs hat keine Korrekturen vorgenommen.

(Beginn: 10.04 Uhr)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:
Meine sehr geehrten Damen und Herren!
Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße Sie alle hier sehr, sehr herzlich zu unserer Sitzung.

Einzigster Punkt der Tagesordnung:

Vernehmung von Zeugen, im Einzelnen:

Herr Dr. Hans Friderichs
gemäß Beweisbeschluss 17-18

Herr Dr. Adalbert Schlitt
gemäß Beweisbeschluss 17-208

Herr Dr. Friderichs, ich begrüße Sie sehr herzlich in unserer Runde.

Ich möchte zunächst sitzungsleitend auf Folgendes hinweisen: Wir haben Hinweise bekommen von der Fraktion Die Linke, dass nach der namentlichen Abstimmung, die wir für 12.15 Uhr erwarten und zu der wir selbstverständlich diese Sitzung unterbrechen werden, eine Sonderfraktionssitzung der Fraktion Die Linke stattfinden wird. Dafür würden wir dann auch diese Sitzung weiter unterbrechen. Dazu gibt es - habe ich gerade noch mal nachfragen lassen - zwar keine rechtlichen Aussagen, aber es ist allgemeine parlamentarische Gepflogenheit, dass bei Sondersitzungen von Fraktionen der weitere parlamentarische Ablauf bis auf Weiteres unterbrochen wird, wenn sich das so bestätigen sollte.

Ich bitte herzlich darum, dass Sie im Verlaufe des Vormittages, wenn Sie noch neue Informationen erhalten, oder spätestens um 12 Uhr, wenn wir die Sitzung unterbrechen, das noch einmal bestätigen, damit wir uns dann vertagen können. Möglicherweise wird es dann auch 15 Uhr werden. Ich sage das einfach so. Die Pause von 14 bis 15 Uhr haben wir ohnehin eingepreist. Und das mag dann sein. Aber das würden wir letztendlich miteinander besprechen, wenn es auf 12 Uhr zugeht und wir sehen müssen, ob sich das verifizieren lässt bezüglich der Sondersitzung oder eben nicht.

Ich möchte nun die Vertreter der Medien, die überhaupt nicht da sind, auch um nichts mehr bitten, möchte den Zuhörern sagen, dass Ton- und Bildaufnahmen, auch gegebenenfalls mit dem Handy, ohne Zustimmung des Ausschusses unzulässig sind. Diese Zustimmung liegt nicht vor. Ich möchte sa-

gen, dass das nicht nur zu einem dauerhaften Ausschluss von den Sitzungen dieses Ausschusses sowie des ganzen Hauses führen kann, sondern gegebenenfalls auch rechtliche Konsequenzen mit sich bringt. Dann möchte ich Sie auch bitten, Ihre Mobiltelefone jetzt auszuschalten.

**Vernehmung des Zeugen
Dr. Hans Friderichs**

Herr Dr. Friderichs, nun ganz explizit zu Ihnen. Noch mal herzlich willkommen! Ich darf Sie darauf hinweisen, dass wir eine Tonbandaufnahme dieser Sitzung anfertigen, die ausschließlich dem Zweck dient, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird nach der Genehmigung des Protokolls aber gelöscht. Der Ausschuss hat Ihnen den Beweisbeschluss 17-18, den Untersuchungsauftrag und einen Auszug aus dem Untersuchungsausschussgesetz übersandt. Eine Empfangsbestätigung liegt uns vor.

Für Ihre heutige Vernehmung hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie mit Schreiben vom 16. September 2011 eine Aussagegenehmigung erteilt. Dem Ausschuss liegt diese als MAT A 189 vor.

Ich muss Sie nun formal belehren. Sie sind als Zeuge verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen daher richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss unedlich falsch aussagt, kann gemäß § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Abs. 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem geordneten gesetzlichen Verfahren, insbesondere wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit, zum Beispiel einem dienstlichen Ordnungsverfahren, ausgesetzt zu werden.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nach der

Geheimhaltungszustand des Bundestages eingestuft sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen entsprechenden Beschluss fassen kann. Ich weise meine Kolleginnen und Kollegen darauf hin, dass Vorhalte aus eingestuften Akten nur in einer ebenso eingestuften Sitzung zulässig sind.

Haben Sie dazu Fragen?

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Nein.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Nein. - Dann möchte ich nach diesen notwendigen Vorbemerkungen Sie nun bitten, sich dem Ausschuss mit vollständigem Namen und Ihrem Alter vorzustellen, und ich möchte zugleich fragen, ob die für Ihre Ladung verwandte Adresse noch korrekt ist.

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Also, mein Name ist Hans Friderichs. Alter: seit Sonntag 80 Jahre alt. Die Adresse ist nach wie vor korrekt.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Dr. Friderichs, dann auch von dieser Seite noch mal herzlichen Glückwunsch!

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Danke.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Alles Gute für Ihr neues Lebensjahr, das ja möglicherweise einigermaßen turbulent mit dieser Sitzung beginnt! Schauen wir mal.

Dem Ausschuss geht es ja darum, zu klären, ob es auf dem Weg zu der zentralen Lenkungsentscheidung der Bundesregierung vom 13. Juli 1983, nämlich den Salzstock Gorleben untertägig und keinen weiteren Standort mehr obertägig zu erkunden, irgendwelche Manipulationen gegeben hat. Insbesondere in Ihrem Fall geht es uns darüber hinaus darum, wie denn die niedersächsische Landesregierung im Jahre 1977 zu der Entscheidung gekommen ist, der Landesregierung [sic] den Standort Gorleben als zu erkundenden Standort anzubieten. Wenn Sie wünschen, haben Sie nach § 24 Abs. 4 des Untersuchungsausschussgesetzes die Gelegenheit, sich im Zusammenhang zum Gegenstand Ihrer Vernehmung zu äußern. Wenn Sie das nicht wollen, dann würde ich unmittelbar mit den Fragen beginnen.

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Also, ich möchte nur so viel sagen: Es sind mehr als 30 Jahre seitdem vergangen. Als ich die Ladung bekam, habe ich natürlich angefangen, nachzudenken, was damals alles war. Ich bitte also um Verständnis, wenn ich mich weiß Gott nicht an alle Einzelheiten erinnern kann. Ich werde mich bemühen, Ihnen das zu sagen, was ich noch parat habe.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das ist, Herr Dr. Friderichs, selbstverständlich. Das ist ein Vorgang, der eben tatsächlich sehr weit in der Vergangenheit liegt. Wir wollen versuchen, ob wir möglicherweise miteinander im Gespräch, vielleicht auch durch Vorlage von Dokumenten, Ihrer Erinnerung ein wenig auf die Spur kommen können.

Es geht uns insbesondere um ein Gespräch, das am 11. November 1976 stattgefunden hat. An diesem Gespräch haben Sie teilgenommen, mit Ihnen die Bundesminister Werner Maihofer, der Bundesinnenminister damals, und Herr Hans Matthöfer, der damalige Bundesforschungsminister. Sie sind gemeinsam nach Hannover gereist zu einem Gespräch mit Ministerpräsident Albrecht. Damals ging es um die Diskussion zur Frage der Endlagerung insgesamt und der Möglichkeit einer Errichtung eines nuklearen Entsorgungszentrums in Niedersachsen. Da gibt es kein abgestimmtes Sitzungsprotokoll zu dieser Sitzung. Von daher sind wir darauf angewiesen, einiges aus dem Umfeld dieser Sitzung dann doch noch bei Zeitzeugen zu erfragen.

Meine erste Frage ist: War es eigentlich normal, dass gleich drei Bundesminister in ein Bundesland fahren, um Gespräche mit der dortigen Landesregierung zu führen?

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Ich kann nicht sagen, ob es normal war oder nicht, aber - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wir haben akustische Probleme in diesem Raum. Das ist immer so. Wenn Sie möglichst nah in dieses Mikrofon sprechen würden, bitte.

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Ich versuche das. - Die Frage, ob es normal ist, kann ich nicht beantworten. Zuständig waren ja primär damals sowohl Maihofer als Innenminister und Matthöfer als Forschungsminister. Ich habe, zuständig für den ge-

samten Energiebereich, an den üblichen Gesprächen teilgenommen; ich entsinne mich daran. Ich habe mich nicht mehr daran erinnert, dass Herr Matthöfer dabei war. Ich entsinne mich sehr genau, dass ich einmal mit Herrn Maihofer bei Herrn Albrecht war - Datum kann ich Ihnen nicht sagen -, um über die Frage der Endlagerung zu sprechen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Sie waren zu dritt da; das sagen unsere Unterlagen. Das wird so sein. Wir haben uns halt einfach gewundert. Sie erinnern sich möglicherweise an andere Gespräche, wo Sie als ganze Ministerriege zu Gesprächen aufgetaucht sind. Ehrlich gesagt, aus meiner Erfahrung als Abgeordnete ist so was zumindest nicht alltäglich. Hat das was mit einer besonderen Bedeutung dieses Themas zu tun? Hat das - ich weiß nicht womit - damit zu tun, dass Sie sich möglicherweise in der Bundesregierung uneinig waren?

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Nein, Uneinigkeit war nicht der Grund. Wie gesagt: Die primäre Zuständigkeit war im Innenministerium, sprich: bei dem Kollegen Maihofer. Ich war an der Frage Aufarbeitung und Endlagerung vital interessiert, weil ich zuständig war für die deutsche Energiepolitik.

Wenn Sie sich anschauen: Ich bin 1972 im Dezember Mitglied der Bundesregierung geworden. Damals hatte Deutschland kein selbstständiges Energiekonzept. Es gab kein Energieprogramm. Ich habe in meinem ersten Amtsjahr bereits 1973 ein Energieprogramm vorgelegt, ein Energieprogramm übrigens, in dem die Kernenergie schon eine substantielle Rolle spielte.

Dann kam Ende 73, Anfang 74 die erste Energiekrise. Ich habe dann 1974 das Programm überarbeitet, damals eindeutig mit dem Ziel, zu starke Abhängigkeiten bei einzelnen Energieträgern aus einzelnen Regionen zu verhindern. Das heißt, wir haben noch einmal den Anteil Kernenergie als Sollvorgabe Energiepolitik erhöht. Und ich war damals der Meinung - die ich auch heute noch habe -, dass man auf Dauer nicht Kernkraftwerke bauen kann, wenn man keinen geschlossenen Kreislauf und keine Endlagerung hat.

Ich habe noch mal Protokolle des Kabinettsausschusses aus dem Jahr 77 nachgelesen, und in einem dieser Protokolle steht diese meine Position auch klar drin, nämlich dass ich gesagt habe: Wir können

keine weiteren Genehmigungen für neue Kernkraftwerke erteilen, wenn wir in der Frage der Endlagerung nicht weiterkommen. Das war mein vitales Interesse. Mag sein, dass das auch eine Rolle gespielt hat: Ich kannte den damaligen Ministerpräsidenten, Herrn Albrecht, relativ gut. Ob das mit ein Motiv war, kann ich nicht beantworten.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: War das eine abgestimmte Position innerhalb der Bundesregierung? Also, haben Sie sich vorher mit den beiden Ministerkollegen besprochen? Hatten Sie eine gemeinsame Strategie, in dieses Gespräch zu gehen?

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Das kann ich nicht aus dem Gedächtnis mit Ja oder Nein beantworten. Nach der Praxis, die wir hatten, bin ich davon überzeugt, dass wir drei uns vorher abgesprochen hatten, wie wir dort hinfahren, was wir beabsichtigen. Aber ich muss ausdrücklich sagen, dass es in der damaligen Bundesregierung aus SPD und FDP in der ganzen Frage der Energiepolitik keine gravierenden Meinungsunterschiede gab, wenn ich von einem kleinen Punkt absehe: dass es der SPD damals sehr darum ging, in dem Abbau der Kohleförderung aus sozialpolitischen Gründen in Nordrhein-Westfalen etwas langsamer voranzugehen, als das meine eigene Vorstellung war.

(Zurufe)

Aber in der Frage der Kernenergie gab es zwischen den beiden Koalitionsfraktionen und im Kabinett keine Meinungsverschiedenheit, wobei der Schwerpunkt dieser Thematik war, als Helmut Schmidt bereits Bundeskanzler war. Ich kann mich nicht so genau daran erinnern: Ich glaube, zu Willy Brandts Zeiten spielte das zumindest im Kabinett nicht die Rolle.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Dr. Friderichs, wir haben hier gehabt als Zeugen den ehemaligen niedersächsischen Sozialminister, Herrn Schnipkoweit, der damals auch für diesen Bereich Endlagerung zuständig war, am 27. Januar dieses Jahres. Er hat Folgendes gesagt - ich zitiere -:

Am 11.11.1976 ... kamen dann drei Minister im Auftrage von Bundeskanzler Schmidt ... Sie ... sagten, sie erwarten von uns innerhalb einer Woche eine Entscheidung über den Standort,

nicht nur für ein Endlager, sondern einen Standort für abgebrannte Brennelemente, eine Wiederaufarbeitung und ein Endlager.

Das ist das Stenografische Protokoll in seiner endgültigen Fassung, 31. Sitzung, Seite 3.

Da ist ja die Frage, unter welchen Umständen dieses Gespräch stattgefunden hat. Haben Sie auf die niedersächsische Landesregierung Druck ausgeübt? Wenn ja, warum haben Sie diesen Druck ausgeübt? Warum musste das jetzt so plötzlich passieren? Hat man sich genügend Zeit gelassen? Das sind Fragen, die sich natürlich dem anschließen, was Herr Schnipkoweit hier dem Ausschuss gesagt hat. Wie erinnern Sie sich?

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Also, an „Druck ausüben“ und „eine Woche“ kann ich mich nicht erinnern. Meine Erinnerung - und ich habe bewusst diese Woche noch mal mit meinem damaligen Leiter des Ministerbüros besprochen - ist, dass ich mit einer gewissen Enttäuschung aus Hannover abgefahren bin, weil ich immer das Gefühl hatte: Es geht einfach nicht richtig voran. Es gab aber immer wieder neue Überlegungen, ob man das Ganze nicht auf eine europäische Ebene heben sollte. Lassen Sie mich ganz salopp sagen: Ich hatte ein bisschen den Eindruck: Hier wird auf Zeit gespielt; es wird nicht vorangemacht.

Und meine Position habe ich eben gesagt: Ich war dezidiert der Meinung: Wir müssen in der Frage der Endlagerung weiterkommen; denn im Energieprogramm standen sehr viel mehr Kernkraftwerke drin, als wir dann am Ende gebaut haben. Und ich habe ja die Position der damaligen SPD/FDP-Regierung dargelegt und insbesondere auch die von Herrn Schmidt. Also, „Druck, mit einer Woche“, kann ich mich nicht daran erinnern.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das ist eine Aussage, die wir von verschiedenen Zeugen tatsächlich zwischenzeitlich gehört haben, auch von dem Zeugen Grill, -

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Ja. Kann sein.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: - von anderen, die bei diesem Gespräch auch dabei waren. Das ist ein Eindruck gewesen.

Wir lesen in einem BMFT-Vermerk, der unterzeichnet ist von Herrn Dr. Popp, dem damaligen Leiter der Unterabteilung 31, Energieforschung und Technologie, vom 26. Januar 1977 betreffend einer Besprechung der Bundesminister Matthöfer, Maihofer und Friderichs vom 25. Januar 1977 - ich zitiere -:

Zur Frage des Standortes bestand Einvernehmen, daß man Ministerpräsident Albrecht nicht vorzeitig von der übernommenen Verantwortung entlasten dürfte, daß aber eine weitere erhebliche Verzögerung der Standortentscheidung den Bund in Schwierigkeiten bringen würde, weil sein Antrag für das Endlager standortbestimmend und somit Voraussetzung für die von der Industrie zu stellenden Anträge ist. Der durch Genehmigungsvorbehalte aufgebaute Druck auf die Antragsstellung würde sich dann auf den Bund selbst richten.

Das ist MAT A 125, Band 5, Paginierung 139190.

Das hört sich schon so an, als wenn der Bund da doch unter einem gewissen Zugzwang gewesen wäre, den er jetzt versucht hat, weiterzuleiten auf Niedersachsen, das ja in dem Gespräch am 11.11. Gorleben als möglichen Standort genannt hat. Und uns interessiert natürlich jetzt: Inwiefern hat der politische Druck, unter dem der Bund stand, den er letztendlich an Niedersachsen weitergereicht hat, dazu geführt, dass das möglicherweise zulasten wissenschaftlicher Sorgfalt oder einer sorgfältigen Eignungsprüfung geführt hat? Also, inwiefern hat man Gorleben einfach wirklich so gegriffen?

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Also, ich sehe das nicht so. Es ging damals nach meiner Erinnerung darum, die Niedersachsen endlich mal dazu zu bewegen, dass der Prozess in Gang kam. Es ging ja nicht um die Frage - nach meiner Erinnerung -, ob man Gorleben nimmt oder nicht, sondern darum, dass es endlich mal losgeht mit der Erkundung von Gorleben, also Physikalisch-Technische Bundesanstalt, Bundesanstalt für Geowissenschaften etc. in Gang zu setzen.

Wir haben ja auch 1977 - und das geht aus den Protokollen des Kabinettsausschusses für die friedliche Nutzung der Kernenergie auch hervor -, neben Gorleben auch andere Standorte immer wieder diskutiert haben - dazu kommen sicherlich nachher noch

Fragen -; denn es gab ein gewichtiges Argument, das Gorleben in Zweifel stellte, das aber keinerlei technische Gründe hatte, sondern rein politische. Deswegen haben wir auch 77 noch über mindestens zwei weitere Standorte innerhalb des Kabinettsausschusses verhandelt. Aber, wie gesagt, wir wollten, dass es wirklich mal Aufträge gibt, die Dinge ordnungsgemäß zu erkunden. Auf das Tempo der Untersuchungen habe ich jedenfalls keinen Einfluss ausgeübt, aber auf den Beginn.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das ist sicherlich richtig. Nichtsdestotrotz liegen schon aus der Zeit Einschätzungen vor. Ich zitiere aus Anselm Tiggemann *Gorleben als Entsorgungs- und Endlagerstandort - Der Niedersächsische Auswahl- und Entscheidungsprozess*, Seite 44, aus einem Gespräch, das Herr Tiggemann mit Herrn Naß geführt hat - ich zitiere jetzt -:

Naß prophezeite, dass sich die „gesamte wissenschaftlich, technische und politische Diskussion ... auf Niedersachsens Standorte“ konzentriere, „obwohl das nicht unerlässlich war“. Für ihn war klar: „Die Bundesregierung hat weniger Anlass denn je, Alternativen zu suchen.“

Dem, was Sie gesagt haben, entspricht letztendlich ein Vermerk aus dem Referat 36/311 des BMU, das Herr Dr. von Osten und Herr Dr. Hanning ausgearbeitet haben, an den Bundeskanzler vom 17. August 81; das ist MAT A 120, Band 2, Paginierung 000204. Da ist nachzulesen bezüglich des Beschlusses des Bundeskabinetts vom 5. Juli 1977 - ich zitiere jetzt -:

„... im übrigen ist sich die Bundesregierung darüber klar, daß eine endgültige Standortentscheidung erst nach erfolgreichem Ablauf der Standorterkundung getroffen werden kann. Deshalb müssen vorsorglich neben dem Standort ... auch noch alternative Standorte geprüft werden, um bei negativem Ausgang der Untersuchung in Gorleben mit möglichst geringem Zeitverzug die Realisierung des Entsorgungskonzeptes an einem anderen Standort weiterzutreiben.“

Jetzt haben wir da also unterschiedliche Einschätzungen. Auf der einen Seite sagen Sie - und das finden wir in den Akten wie-

der -, dass die Bundesregierung darüber nachgedacht hat, tatsächlich auch noch andere Standorte mit in die Auswahlverfahren einzubeziehen. Letztendlich sagt Herr Naß, hochrangiger Beamter in der niedersächsischen Landesregierung, dass er schon sehr frühzeitig den Eindruck gehabt habe, dass da eben letztendlich sich bei der Standortsuche alles auf Niedersachsen konzentrieren wird. Deshalb frage ich Sie: Hat es denn zu irgendeinem Zeitpunkt Gespräche mit anderen Bundesländern gegeben? Also, dass die Bundesregierung das will, ist ja alles prima. Aber inwiefern sozusagen ist denn über Niedersachsen hinaus noch woanders in dieser Republik mit den verantwortlichen Länderregierungen gesprochen worden?

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Es ist keine Frage: Gorleben war im primären Fokus. Es gab aber gegen Gorleben - das ist meine Kenntnis - Bedenken, die jetzt mit der ganzen technischen Frage, mit der ich auch nie befasst war - also Erkundung etc. -, gar nichts zu tun hatten. Der Bundeskanzler sah Probleme bei Gorleben. Und diese Probleme beruhten darin, dass Gorleben in einer sehr unmittelbaren Nähe zur Grenze der damaligen DDR lag und klar war - jedenfalls hat das Maihofer irgendwann mal vorgetragen -, dass auch Messstationen nicht nur auf der westdeutschen Seite, sondern dann auch auf der DDR-Seite installiert werden müssten. Und soweit ich mich entsinne - und das geht auch aus den Protokollen zum Teil indirekt und direkt hervor -, hatte der Bundeskanzler große Sorge, ob das nicht zu einem neuen Erpressungspotenzial seitens der damaligen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik führen würde. Für diese Bedenken hatte ich vollstes Verständnis; denn ich war für den deutschen Interzonenhandel zuständig und wusste, wie in dieser Zeit gespielt wurde mit dem anderen deutschen Staat. Allein deswegen war immer wieder gesagt worden: Wir müssen auch sehen, ob wir einen anderen Standort mit untersuchen. Es geht ja immer nur um die Frage: untersuchen.

Und es war einer noch im Gespräch, an den ich mich erinnern konnte. Einen zweiten habe ich mir dann aus den Unterlagen herausgesucht. Der zweite Standort, an den gedacht worden war, war Wahn, in der Nähe von Bonn/Köln [sic!]. Dem hat der Kollege Leber widersprochen, weil dort in unmittelbarer Nähe ein großer Bundesweherschieß-

platz war und er nicht wollte, dass in der Nähe eines Schießplatzes - Probleme der Beunruhigung - auch noch eine Endlagerstätte untersucht werden sollte.

Woran ich mich nicht mehr erinnere: dass ganz am Rande auch noch ein dritter Standort, nämlich Lichtenhorst, eine Rolle gespielt hat. Das habe ich aber den Akten entnommen, wusste ich nicht mehr.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Nun, aber auch das sind niedersächsische Standorte. Also, wurden darüber hinaus denn noch mit anderen Bundesländern Gespräche geführt? Sie haben sich sehr auf Niedersachsen, auf Ministerpräsident Albrecht, der ja sehr jung gerade Ministerpräsident war - nicht vom Lebensalter, sondern von der Dauer seiner Regierungstätigkeit -, der zudem noch einem Minderheitenkabinett vorgestanden hat - - Also das war jemand, der - wie soll ich sagen? - politisch sich durchaus in Umständen bewegt hat, wo seine Bewegungsfähigkeit möglicherweise eingeschränkt war. Warum haben Sie sich denn dann unbedingt nur auf Niedersachsen konzentriert und nicht noch auf andere Bundesländer? Das wäre doch eine gute Idee gewesen.

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Ich kann Ihnen die Frage nicht beantworten. Ich war an dieser Diskussion nicht beteiligt. Also, ich kann mich nur erinnern, dass Gorleben der Fokus war und dass die beiden anderen Standorte, die ich eben erwähnt habe, aus unterschiedlichen Gründen nicht präferiert wurden. Aber bei Gorleben, wie gesagt, hat das Thema „Nähe zur DDR“, insbesondere für den Kanzler, eine erhebliche Rolle gespielt.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das kann ich verstehen, und umso mehr wundert es mich halt, dass man nicht noch andere Standorte in anderen Bundesländern ebenfalls in Betracht gezogen hat.

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Einverstanden.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: An welchen Kriterien musste sich denn ein von Ministerpräsident Albrecht vorgeschlagener Standort messen lassen, um für Sie als Bundesminister bei diesem Gespräch am 11.11.76 überhaupt akzeptabel zu sein?

Heißt: Haben Sie überhaupt über Kriterien gesprochen? Wenn ja, über welche Kriterien? Politische Erwägungen haben Sie gerade dargestellt bezüglich der Grenznähe. Gab es noch andere Kriterien, über die Sie sich möglicherweise ausgetauscht haben?

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Ich kann mich daran nicht erinnern und muss noch einmal sagen: Mir - oder uns - ging es in erster Linie darum, dass der Erkundungsprozess in Gang kam; denn bis zu diesem Zeitpunkt waren keine klaren Untersuchungsaufträge an die untergeordneten Behörden erteilt. Aus dem Ablaufplan innerhalb meines Ressorts muss ich sagen, dass derartige Dinge, wenn sie unstrittig waren, auch nicht auf meinen Tisch kamen. Wir hatten eine sehr klare Regelung, dass nur Dinge, die zwischen Abteilungen strittig waren, auf die Staatssekretärebene gehoben wurden und nur Dinge, die zwischen den Staatssekretären strittig waren, auf die Ministerebene kamen, es sei denn, sie hatten herausragende Bedeutung. Deswegen sind die Detailvorgänge - das werden Sie aus den Akten des BMI dadurch erkennen können - nicht bei mir gelandet; denn wenn sie nicht meine Paraphen tragen, waren sie mir auch nicht vorgelegt worden. Und ich hatte, wenn ich das mal hier bei dieser Gelegenheit sagen darf, einen außergewöhnlich tüchtigen, intelligenten und durchsetzungsfähigen Staatssekretär, den Herrn Rohwedder, der sich um diese Dinge intensiv - - Er war zuständig sowohl für die Industrieabteilung wie für die Energieabteilung.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Also verstehe ich jetzt: Sie sind zu dritt - es waren ja auch noch andere hochrangige Beamte bei Ihnen -, aber Sie sind zu drei Ministern nach Hannover gefahren und wollten vor allen Dingen einen Namen, also Standort, einen Ort haben, ohne dass Sie jetzt gesagt haben, der müsste aber den Kriterien A, B, C, D - -

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Nein, ich kann mich nicht daran erinnern, wobei die primäre Zuständigkeit für diese Kriterien ja nicht bei mir lag, sondern bei Matthöfer und insbesondere Maihofer.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich insistiere noch ein bisschen, weil dieses Gespräch ist ja tatsächlich der zentrale Punkt.

Wir haben einen Ausschnitt aus einem BMI-Vermerk, also Bundesinnenministerium, vom 15. November 76, also vier Tage nach diesem Gespräch in Hannover. Dort wird gesagt - ich zitiere -:

Außerdem wurde in diesem Teil des Gespräches

- das Gespräch mit und ohne Fachbeamte -

eine bisher nicht zur Diskussion gestandene[r] vierte[r] Standortalternative in relativer Nähe zur Zonengrenze erwähnt, an der [dem] Niedersachsen sehr interessiert erschienen.

Das ist MAT A 64, Band 17, Paginierung 094224 bis 094231. - War das Gorleben, diese vierte Standortalternative?

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Ich vermute. Ich kann mich daran nicht präzise erinnern. Ich vermute es, ja.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wir haben das den Akten so entnommen, dass dem wohl so gewesen sein muss. Meine Frage jetzt eigentlich an Sie: Wurde Gorleben in dieser Sitzung tatsächlich zum ersten Mal erwähnt?

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Also, ob zum ersten Mal, weiß ich nicht, aber es spielte in dieser Sitzung eine entscheidende Rolle.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: War das überraschend für Sie? Können Sie sich daran erinnern?

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Nein.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Nein.

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Also nicht überraschend. Das Nein bezog sich nicht auf die Erinnerung, sondern es war für mich nicht überraschend.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ach so, es war nicht überraschend?

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Nach meiner Meinung nicht.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Sie hätten durchaus damit gerechnet, dass Gorleben benannt werden könnte im Rahmen dieser - -

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Nach meiner Erinnerung ja.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Dann haben Sie schon vorher im Kreise der Bundesregierung, durch Ihre Fachbeamten informiert, auch diesen Standort zumindest im Hinterkopf gehabt?

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Das kann ich Ihnen nicht beantworten, weil ich es nicht mehr weiß. Aber soweit ich mich erinnere, war ich nicht überrascht.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Also, das ist jetzt wirklich ein Punkt, wo ich auch noch mal nachfragen muss. Das heißt also, dass Sie vorher, also bevor Sie nach Hannover gefahren sind, diesen Standort Gorleben durchaus in einem Spektrum möglicher Standorte mit in Ihre Erwägungen einbezogen hatten?

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Soweit ich mich erinnere, war ich über Gorleben in diesem Gespräch nicht überrascht. Aber ich sage noch einmal: Es sind jetzt, ich glaube, 33 Jahre her, habe seitdem noch einiges anderes zu tun gehabt.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wir versuchen, uns dem Ganzen zu nähern, und wissen, dass es sogenannte KEWA-Studien gibt. Die KEWA hatte die Aufgabe, mögliche Standorte zu untersuchen. Es gibt zwei Studien, nämlich einmal die Beschreibung der Alternativstandorte aus dem Jahr 76 und eine KEWA-Studie, nämlich 1225, veröffentlicht im Oktober 1977, wobei die Beschreibung von Alternativstandorten den Akten nur fragmentarisch - - vorliegt, als Anlage zu einem Schreiben der Projektgesellschaft Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen, PWK, an Ministerialrat Klaus Stuhr - das ist der damalige Referatsleiter im Niedersächsischen Ministerium für Wirtschaft - vom 16. November 1976. Das ist MAT A 102, Band 7, Paginierung 4 bis 28.

Dann gibt es in diesem Zusammenhang eine Aussage des Zeugen Herrn Dr. Hans-Joachim Röhrer, der von 74 bis 78 Staats-

sekretär im niedersächsischen Wirtschaftsministerium war und hier in der Sitzung am 8. September 2011 gesagt hat - ich zitiere -:

Dazu kann ich Folgendes sagen: Das Gutachten der KEWA mit Platz eins für Gorleben war dem Auftraggeber, nämlich dem Bund bekannt, vor dem 11.11.

Des Jahres 76. - Ich zitiere weiter:

Ich gehe aber davon aus, dass Gorleben auf Fachebene, auf Beamtenebene dem Bund bekannt war, weil das KEWA-Gutachten nicht nur uns bekannt war, sondern auch den Auftraggebern, und Auftraggeber war primär das BMFT.

Das ist das Stenografische Protokoll - in seiner vorläufigen Fassung - der 51. Sitzung auf den Seiten 11 bis 13.

Können Sie uns dazu etwas sagen? Also, sagt Ihnen „KEWA-Studie“ was?

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Ich kann mich an ein Gutachten von KEWA nicht erinnern. Aber das besagt nicht, dass es ein solches Gutachten gegeben hat und wahrscheinlich im BMWi auch vorhanden war. Aber erinnern kann ich mich nicht.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich möchte noch einen weiteren Bereich mit Ihnen besprechen. Das ist die Frage, die sich immer wieder aufgetan hat, ob denn möglicherweise auch die Atomwirtschaft Einfluss genommen hat, Druck ausgeübt hat, bestimmte Standortvorgaben möglicherweise gesagt hat. Vor diesem Ausschuss hat der Sachverständige Dr. Detlef Möller am 17. Juni 2010 aufgrund eines Zitats aus dem Tagebuch von Herrn Dr. Kiep gesagt - ich zitiere Möller -:

Offensichtlich hat sich Kiep unmittelbar - ich betone: unmittelbar - vor der Besprechung -

- und jetzt zitiert er das Tagebuch Kiep -

er eilt zu dieser Sitzung - mit Vertretern der Energieversorgungsunternehmen bzw. der Industrie getroffen. Mit „Professor Mandel“ ist Professor Heinrich Mandel gemeint, damals Vorstandsmitglied von RWE, der Verfechter der Kernenergie dort und zusätzlich Präsident des Deutschen Atomforums, der sich bereits am 8. November

1976 schriftlich an Albrecht gewandt hatte.

Das ist das Stenografische Protokoll - in seiner endgültigen Fassung - der 7. Sitzung, Seite 29.

Da möchte ich von Ihnen wissen: War Ihnen das bekannt, dass Leisler Kiep vorher ein solches Gespräch hatte mit Vertretern der Atomwirtschaft? Wir wissen aus verschiedenen Dokumenten, dass es Leisler Kiep gewesen sein soll - er selber konnte sich daran nicht erinnern -, der Gorleben zunächst ins Gespräch gebracht hat bei diesem Ministertreffen am 11.11. Waren Ihnen da Kontakte bekannt?

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Herr Mandel war eine Persönlichkeit, die allgemein in der Energiewirtschaft bekannt war. Ich kannte Herrn Mandel selbstverständlich. Ich kann aber nicht bestätigen - ich weiß es einfach nicht -, ob er diese Rolle, die ihm laut dieser Notiz zugeordnet wird, gespielt hat. Ich kann mich auch nicht erinnern, dass ich mit Leisler Kiep über diese Fragen gesprochen habe. Und ich glaube, dass ich mich daran erinnern würde; denn ich hatte ein persönlich - nicht nur hatte, sondern habe nach wie vor - sehr enges freundschaftliches Verhältnis mit Walther Leisler Kiep. Wir sind gleichzeitig 1965 in den Bundestag gewählt worden. Wir waren zusammen in Amerika bei Kongressen von Parteien, und ich habe mit Leisler Kiep dadurch relativ viel zu tun gehabt, jetzt in seiner niedersächsischen Funktion, weil wir beide sehr an dem Aufbau der Raffinerie in Wilhelmshaven beteiligt waren, auch die Einweihung gemeinsam gemacht haben etc. Aber ich kann mich nicht entsinnen, dass ich mit meinem Freund Walther in dieser Frage Gespräche geführt habe.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Hat denn die Atomwirtschaft versucht, auf Sie Einfluss auszuüben? Wir kennen das ja auch. Wir führen alle viele, viele Gespräche. Gab es da sozusagen politischen Druck? Gab es Hinweise, dass ein Standort besser sei als ein anderer? Gab es Gespräche über mögliche Kriterien?

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Also, ich kann mich nicht erinnern, mit der Atomwirtschaft, sei es also mit RWE oder wem auch immer, Gespräche über die Standorte im Detail geführt zu haben. Ich schliesse nicht

aus, dass die auf der Fachebene, also, sprich: Abteilung Energie und Staatssekretär Rohwedder, solche Gespräche geführt haben. Auf mich brauchte kein Druck ausgeübt zu werden. Ich war einer derjenigen, der ständig gedrängt hat, die Frage der Endlagerung einer Lösung zuzuführen, weil wir vor der Frage standen, weitere Kernkraftwerke im Rahmen des Energieprogramms bauen zu sollen und zu wollen; denn es war in der damaligen Bundesregierung zwischen SPD und FDP überhaupt kein Dissens, möglichst schnell einen größeren Anteil, nämlich rund 25 Prozent, der Stromerzeugung aus Kernenergie zu gewinnen, was nach der ersten und zweiten Energiekrise aus meiner Sicht ein verständliches Verlangen war und auch im Bundestag letztlich im Konsens war. Ich kann mich nicht erinnern, dass die damalige Opposition - das war die CDU - jemals Kritik geübt hat an diesen Dingen. Also, ich hatte zu Herrn Barzel, der damals Fraktionsvorsitzender war, ein extrem gutes Verhältnis. Und wir haben in der Energiekrise unendlich viele Dinge intensiv besprochen, weswegen es auch im Bundestag in dieser Phase zwischen Opposition und Regierung praktisch keine wirklichen Konflikte gab.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank, Herr Dr. Friderichs. Das soll es an einleitenden Fragen gewesen sein, und ich gebe das Fragerecht jetzt weiter an die CDU/CSU-Fraktion, an meinen Kollegen Reinhard Grindel.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Herr Dr. Friderichs, auch vonseiten unserer Fraktion erst einmal herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag!

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Danke.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich wünsche Ihnen alles Gute, Gesundheit. Ich habe gelesen, dass Sie nicht nur 80 Jahre alt geworden sind, sondern seit 55 Jahren Mitglied der FDP sind. Auch dafür Respekt und Anerkennung!

(Heiterkeit)

- So alte FDP-Mitglieder gibt es bei uns in Niedersachsen gar nicht, die waren alle in der Deutschen Partei. Aber gut.

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Ich stamme halt aus Rheinland-Pfalz, dem liberaleren Teil.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): So ist es. Genau.

Ich muss noch mal zurückkommen auf das Gespräch am 11. November. Das mag jetzt in Ihren Ohren trivial klingen, aber es ist von zentraler Bedeutung. Und zwar würde ich Sie herzlich bitten, in der Erinnerung zu versuchen, sich noch einmal vorzustellen, in welcher Besetzung dieses Gespräch stattgefunden hat, weil das zur Klärung bestimmter Sachverhalte von entscheidender Bedeutung ist. Es gibt nämlich aus den verschiedenen Ministerien Protokolle, Berichte über dieses Treffen. Es gibt kein gemeinsames Protokoll. Und es gibt insbesondere eine Unterrichtung für den damaligen Bundeskanzler Schmidt, aus der hervorgeht, dass Sie fast die gesamte Zeit alleine mit Herrn Albrecht gesprochen haben, ohne die anderen Minister und einige Fraktionsvorsitzende, die dann im weiteren Verlauf des Gesprächs, aber, wie es dort steht, nur für eine Viertelstunde und nur zur Klärung einzelner technischer und Ablauffragen, hinzugezogen wurden. Ich will Ihnen gleich mit einer Frage begründen, warum das so wichtig ist.

Können Sie sich daran erinnern, dass im Grunde genommen die Besetzung dieses Gesprächs war: „Matthöfer, Maihofer, Friderichs mit Albrecht“, aber das war es dann auch erst einmal?

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Ich hatte das vorhin schon einmal erwähnt. Ich habe mich nicht daran erinnert, dass andere an dem Gespräch teilgenommen haben. Ich habe Matthöfer auch nicht mehr im Gedächtnis gehabt, während ich genau wusste: Ich war einmal mit Maihofer zusammen bei Albrecht. - Das ist die Situation. Sie haben den damaligen Staatssekretär Röhler vorhin erwähnt. Ich kann mich auch nicht erinnern, dass Röhler dabei war. Ich müsste mich eigentlich daran erinnern; denn Röhler stammt aus Rheinland-Pfalz wie ich, und wir kannten uns sehr gut, bevor er nach Niedersachsen ging. Aber ich bitte um Entschuldigung: Es ist 33 Jahre her.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Es ist völlig in Ordnung. Das ist total lange her. Trotzdem ist es ja das ganze Problem dieses

Ausschusses, dass wir hier in staubigen Akten versuchen müssen, uns ein Bild zu machen. Aber das ist sozusagen der springende Punkt. Es wäre ganz schön, wenn Sie sich daran erinnern würden, dass eben erst hinterher dann noch einige dazukamen. Können Sie sich entsinnen überhaupt, dass Kiep eine zentrale Rolle in diesem Gespräch geführt hat?

Zeuge Dr. Hans Friderichs: In diesem Gespräch?

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Dr. Hans Friderichs: In diesem Gespräch war ich der Meinung, dass die zentrale Rolle Herr Albrecht gespielt hat.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Es geht nämlich um folgenden Punkt, was sehr wichtig ist, dass Sie gesagt haben: „Gorleben war im primären Fokus.“ - Zitat gerade von Ihnen.

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Aus meiner Sicht, ja.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Und Sie erinnern sich möglicherweise daran vor allen Dingen auch wegen der DDR-Problematik?

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Ja.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Hat diese Problematik in diesem Gespräch mit Albrecht schon eine Rolle gespielt? Das heißt, wurde von Ihrer Seite vorgetragen: Also, ob das so glücklich ist, das in der Nähe der Zonengrenze zu machen? - Ich ergänze noch mal um einen Gedanken, weil Sie sagten, Sie sind ein bisschen unglücklich aus Hannover weggefahren. Hatten Sie vielleicht sogar den Eindruck, dass Albrecht bewusst Ihnen einen Standort vorschlägt, der politisch schwierig durchsetzbar ist, nach dem Motto, wenn Sie den Standort ablehnen aus politischen Gründen, ist er vielleicht das ganze Projekt los, also dass es auch eine Frage der strategischen Vorgehensweise war? Also mit anderen Worten: Hat Gorleben, gerade auch mit dieser DDR-Komponente, in dem Gespräch mit Albrecht eine Rolle gespielt?

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Also, ich kann mich nicht daran erinnern, dass in diesem Gespräch das DDR-Thema eine wirk-

liche Rolle gespielt hat. Ob das am Rande erwähnt worden ist, weiß ich nicht. Das DDR-Thema hat sehr viel mehr eine Rolle gespielt innerhalb der Bundesregierung. Ich habe den Bundeskanzler erwähnt, der in der Tat dort sehr sensibel war, aber auch der Außenminister. Das können Sie auch den Kabinettsausschussprotokollen entnehmen, dass der Außenminister hin und wieder mehr an Unterlagen haben wollte, als eigentlich seiner Kompetenz entsprach. Das war aber primär immer diese Problematik DDR.

Was mich wundern würde - darf ich das jetzt so locker sagen? -, dass Leisler Kiep in diesem Gespräch die entscheidende Rolle gespielt hätte. Mein persönlich-freundschaftliches Verhältnis zu Herrn Kiep ist so eng, dass ich mir nicht vorstellen kann, dass er mich nicht vorher angerufen und getroffen hätte. Wenn wir sonstige Dinge hatten - ich habe die Raffinerie erwähnt; ich könnte noch ein paar andere Dinge sagen, die ich mit ihm gemacht habe -, dann lief das sehr auf einer persönlichen Ebene. Also, ich kann mir nicht vorstellen, dass er in der Sitzung eine wichtige Rolle gespielt hätte gegen die Bundesregierung oder was, ohne sich vorher mit mir in Verbindung zu setzen. Das ist die Art, so sind wir miteinander umgegangen damals.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Es ist der Vertreter der Kernenergiewirtschaft Herr Mandel angesprochen worden, zu dem Sie auch ein gutes Verhältnis hatten, wie Sie gesagt haben. Wenn der in der Frage Gorleben ein Interesse gehabt hätte, würde da Ähnliches gelten, wie Sie es für Herrn Kiep gesagt haben? Wäre es dann wahrscheinlich, dass der Sie auch im Vorfeld eines solchen Gespräches, eines solchen Spitzengespräches, angesprochen hätte, um Einfluss zu nehmen?

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Nein. Also, das sind wirklich zwei Paar Schuhe. Das Verhältnis zu Leisler Kiep war ein außergewöhnlich freundschaftliches. Auch die Familie, Frau, Kinder, kennen sich recht gut seit vielen Jahrzehnten. Mandel war ein geschäftsmäßiges.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich stelle deshalb die Frage, weil wir hier zu einem sehr frühen Zeitpunkt unserer Untersuchungsausschussarbeit einen Wissenschaftler hatten, der vorgetragen hat, es sei so gewesen oder müsse so gewesen sein,

das Auffinden des Standortes Gorleben, dass bei einem Gespräch zwischen Herrn Mandel und Herrn Kiep Gorleben genannt worden sei. Herr Kiep habe daraufhin, und zwar bevor das Gespräch mit Ihnen und Albrecht stattgefunden hat, dann diesen Vorschlag eingeführt in dem Gespräch und sei überrascht gewesen, dass er dafür große Zustimmung erfahren habe. Das ist nun eine, will ich Ihnen auch offen sagen, Darstellung, die sich eigentlich mit wesentlichen Erkenntnissen dieses Ausschusses - das ist meine persönliche Bewertung - nicht so deckt.

Also die Frage wäre von den Abläufen her - weil Sie sagen, Gorleben hat Sie nicht überrascht -: Heißt das, zum Beispiel in der Vorbereitung für die Sitzung - Sie werden ja Sprechzettel, Unterlagen mitbekommen haben von Ihren Mitarbeitern -, dass einiges zum Beispiel dafür spricht, dass die Sie vorbereitet haben und reingeschrieben haben: „Die andere Seite wird Gorleben erwähnen, und wir haben das etwa durch KEWA und andere Studien uns auch schon mal angeguckt“?

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Kann ich Ihnen weder bestätigen noch verneinen. Ich weiß es einfach nicht mehr. Und ich habe auch bei meinen Unterlagen nichts gefunden, was der Vorbereitung dieser Sitzung gedient hat.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich würde halt gerne wissen, warum Sie gesagt haben, es hat Sie bei dem Gespräch nicht überrascht, dass Gorleben eine entscheidende Rolle gespielt hat, ob Sie das erinnern, warum Sie das nicht überrascht hat.

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Ich habe diese Woche ja noch mal mit meinem Chef des Ministerbüros gesprochen, der auch mir noch mal gesagt hat: „Wir wollten Gorleben“, was also meine Erinnerung bestätigt hat, zumindest haben das die Erkundungen Gorleben - - losgehen. Das war ja das Problem. Es geschah ja nichts.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das ist unstrittig. Die Frage ist eben, zu welchem Zeitpunkt das schon mal thematisiert worden ist. Dieses Thema Gorleben - das ist aber unstrittig - hat am 11. November 76 bei dem Gespräch mit Albrecht eine entscheidende Rolle gespielt.

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Nach meiner Erinnerung ja.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Gut. Dann würde ich gerne auf - - Ja?

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Jetzt einfach aus meiner Sicht als Energieminister, wenn ich das mal so einfach sagen darf: Mein vitales Interesse war, wie ich eben sagte: Wir brauchen eine Lösung, wenn wir die Kernkraftwerke, die im Programm vorgesehen waren, realisieren wollen. Außer dem Programm gab es noch ganz andere Punkte. Ich habe zum Beispiel Gespräche geführt mit dem damaligen Ministerpräsidenten von Luxemburg, Gaston Thorn, den ich privat auch sehr gut kannte. Die Luxemburger hätten gerne ein deutsches Kernkraftwerk gehabt, haben aber sofort gesagt: Für ein Kernkraftwerk kann man weder eine Wiederaufbereitungsanlage in Betrieb nehmen noch eine Entsorgung - - Würdet ihr, wenn ihr liefern dürft, uns dann auch bei dem Komplex helfen? - Das spielte eine Rolle. Ähnliche Gespräche haben wir mit anderen Ländern geführt. Also, von daher hatte ich ein vitales Interesse, einen Beitrag zu einer Lösung zu bringen, und war häufiger frustriert, weil es einfach nicht weiterging.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das wollte ich gerne abschließend, was meinen Part angeht, auch noch mal nachfragen. Sie haben gesagt, Sie sind da etwas freudlos aus Hannover wieder weggefahren. Man kann also sagen, natürlich, dass kein Druck gemacht worden ist - das ist klar -, aber dass eher sozusagen der Bund an einer schnellen Lösung interessiert war -

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Ja.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): - als die Landesregierung, bei der Sie den Eindruck hatten: „Die müssen wir ein bisschen zum Jagen tragen“? Umgangssprachlich formuliert.

Zeuge Dr. Hans Friderichs: D'accord.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Sie können sich aber nicht erinnern, dass vonseiten Matthöfers in dem Gespräch - ich sage das deshalb, weil Sie sich ja noch nicht mal erinnern, dass er da war; aber man kommt ja

dann doch vielleicht vom einen zum anderen - eine Zusage von Herrn Kubel, dem Vorgänger von Herrn Albrecht, eine gewisse Rolle gespielt hat? Es ging ja damals, was wir heute verkennen, nicht nur um ein Endlager. Es ging ja um ein ganzes Zentrum mit Wiederaufarbeitungsanlage und, und, und.

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Ja, ja.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das war ein großes Projekt. Da spielten ja auch dann Infrastrukturüberlegungen eine Rolle. Da ging es um 3 500 Arbeitsplätze. Und der Herr Kubel hatte in seiner Amtszeit einen Landesentwicklungsplan ausgearbeitet und wollte gerade in der Region Lüchow-Dannenberg industrielle Arbeitsplätze schaffen. Es ist so, dass sich in den Unterlagen findet, auch der eine oder andere Zeuge das gesagt hat, dass Matthöfer sich berufen habe auf eine Zusage Kubels, dass Niedersachsen dieses Entsorgungszentrum machen - -

(Ute Vogt (SPD): Das soll jetzt aber bitte belegt werden!)

- Darf ich mal fragen, hier einfach so?

(Ute Vogt (SPD): Das müssen Sie aber belegen!)

- Das muss ich überhaupt nicht belegen. Quatsch. Ich kann fragen, ob sich der Zeuge daran - -

(Zuruf der Abg. Ute Vogt (SPD))

- Ich möchte jetzt erst mal meine Frage stellen. - Können Sie sich erinnern, dass in dem Gespräch das Thema „Zusage von Kubel“ oder eben was die vorherige Landesregierung auch zu diesem Thema schon mal dem Bund versprochen hat, ob das eine Rolle gespielt hat?

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Kann ich mich nicht daran erinnern. Aber das besagt nichts. Ich weiß es nicht.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ist klar. Sie sollen ja nicht etwas sagen, wo Sie sich nicht erinnern. - Schönen Dank.

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Wenn ich das noch hinzufügen darf, weil der Name Kiep mehrfach eine Rolle gespielt hat: Ich habe auch mit Walther Leisler Kiep nicht gesprochen über meine heutige Vernehmung, obwohl er weiß, dass ich heute hier

bin. Wir haben uns gestern bei einem Geburtstagsempfang, bei meinem, noch gesehen. Aber da waren so viele Leute. Ich habe gesagt: „Du, Walther, ich bin morgen bei dem Untersuchungsausschuss.“ Und da sagte er: „Ich war da schon.“

(Heiterkeit)

Aber wir haben wirklich kein Wort über den Inhalt gesprochen, weil es auch gar keine Gelegenheit gab.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich unterbreche. Die Befragung durch die CDU/CSU-Fraktion wird noch weiter fortgeführt. Ich möchte einfach darum bitten, dass entsprechende Aussagen auch belegt werden.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Nein.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja, doch.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Nein. Die Frage, ob Herr Kubel oder das Thema Kubel eine Rolle gespielt hat, muss ich nicht belegen. Da kann ich so fragen.

(Ute Vogt (SPD): Wenn Sie sagen: „Ein Zeuge hat gesagt“, dann müssen Sie sagen, welcher Zeuge das gesagt hat!)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: - Genau. - Herr Kollege Grindel, ich würde sehr darum bitten, dass, soweit man sich auf Zeugen - - Oder eben war gesagt worden: Ein Sachverständiger hat gesagt - - Diesen Sachverständigen hatte ich auch schon zitiert mit einer entsprechenden Angabe. Von daher wird es auch bei der Protokollierung möglich sein, den entsprechenden Hinweis zu finden. Aber wir müssen uns einfach selber so viel Disziplin auferlegen, dass wir jeweils die Aussagen mit entsprechenden Fundstellen auch belegen.

(Sebastian Edathy (SPD): Allerdings!)

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Frau Vorsitzende, ich würde das gerne - - Sonst machen wir dazu eine Beratungssitzung.

Bei der Vielzahl der Zeugen, die wir hier haben, und dass einem als Fragesteller eine Idee kommt - - wäre es eine völlige Überfor-

derung, dass ich jetzt sofort mit einer Fundstelle komme.

(Ute Vogt (SPD): Von uns verlangen Sie das ständig!)

- Das verlange ich von Ihnen auch nicht, weil es nicht darum geht - - Der entscheidende Punkt ist nicht - -

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Unglaublich!)

- Das ist auch nicht unglaublich, Frau Kotting-Uhl. Das ist kleinkrämerisch. - Das Entscheidende ist ja nicht die Zeugenaussage, die ich ihm vorhalte, sondern das Entscheidende ist die Frage, ob er sich an irgendeine Art von Zusage oder Diskussion über so eine Zusage erinnern kann. Herr Dr. Friderichs hat gesagt, er könne sich nicht erinnern. Dann können wir uns insofern die ganze Sache ja sparen. Dann ist ja sozusagen der Versuch von mir, etwas herauszubekommen, gescheitert.

Wenn ich jetzt eine besondere gegenteilige Zeugenaussage ihm vorhalten wollte, dann müsste ich das zitieren. Aber das Entscheidende war gar nicht, ob der Zeuge das gesagt hat oder nicht - das können Sie auch vergessen -, sondern das Entscheidende war, ob er sich an irgendeine Zusage von Kubel erinnert. Und da brauche ich nichts zu belegen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:

Weil ich den Fortgang der Vernehmung und den Gedankengang nicht unterbrechen wollte, deshalb interveniere ich auch erst jetzt. Ich bitte noch mal darum, dass, wenn Zitate vorgetragen oder vorgelegt werden, die auch entsprechend belegt werden. Dafür haben wir ja unsere Mitarbeiter mit hier in diesem Raum, die uns immer entsprechend auf die Spur bringen können.

Ich gebe das Wort jetzt weiter an den Kollegen Dr. Paul aus der CDU/CSU-Fraktion.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. - Herr Friderichs, Sie sprachen gerade an, dass in der Besprechung mit Ministerpräsident Albrecht und anderen Sie nicht davon überrascht waren, dass der Standort Gorleben eine Rolle spielte.

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Nach meiner Erinnerung.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Nach Ihrer Erinnerung. - Können Sie sich vorstellen, dass Sie im Vorfeld aus dem Bereich des Bundesforschungsministeriums bereits Hinweise auf diesen Standort bekommen haben?

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Wenn Sie das „Sie“ nicht auf mich persönlich beziehen, sondern auf das Ministerium, dann wäre das das Normalste von der Welt; denn der Kontakt zwischen der Fachabteilung meines Hauses und der Fachabteilung des Forschungsministeriums war eng. Ich kann mich nicht daran erinnern, dass ich mit dem Kollegen Matthöfer über diese Thematik gesprochen habe. Ich habe sehr wohl häufiger mit dem Kollegen Matthöfer über die Kernenergiefrage insgesamt gesprochen. Da spielte aber im Wesentlichen immer wieder eine Rolle die Subventionierung der damaligen Grundlagenforschung, insbesondere bei Siemens. Und das war nicht immer so ganz spannungsfrei, weil ich auch damals schon der Meinung war, dass die Industrie manches auch machen würde, wenn sie nicht subventioniert würde.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Vielen Dank.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Kollege Monstadt, bitte schön.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Herr Dr. Friderichs, gestatten Sie mir noch mal eine Nachfrage zu Ihren Äußerungen, die Sie vorhin getätigt haben, als Sie uns erzählt haben, dass Sie mit dem Leiter Ihres Ministerbüros sich noch mal besprochen haben. Sie haben dann den Satz formuliert: „Wir wollten Gorleben.“ Wen meinen Sie in diesem Zusammenhang mit „Wir“?

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Ja, mein Haus.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Ihr Haus.

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Wir wollten weiterkommen, und wir sahen eigentlich in Gorleben den primären Standort und wollten die Erkundung, dass das losgeht. In 77 kamen dann allerdings die primären Bedenken von Helmut Schmidt dazu wegen der DDR-Nähe.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Das hatten Sie bereits erläutert. Aber wenn Sie sagen: „Wir wollten Gorleben“, bezieht sich das nicht nur auf Ihr Haus, sondern auch auf den Zeitpunkt, dass Sie es, bevor Sie zu diesem Gespräch mit Albrecht fuhren, schon wollten? Haben Sie das noch in Erinnerung?

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Ich glaube, ja. Aber - -

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Gut. Danke.

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Bitte.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Kollege Grindel noch einmal.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Zur Beruhigung der Opposition, weil ich ja findige Mitarbeiter habe: Ich beziehe mich zum Beispiel auf die Vernehmung des Zeugen Grill in der 35. Sitzung, 24.02.2011, Seite 3, linke Spalte, wo es heißt:

Sie forderten

- das waren die drei Bundesminister -

ein die Zusage des ehemaligen Ministerpräsidenten Alfred Kubel, nämlich die Zusage, einen Standort in Niedersachsen zu benennen, weil es in der Bundesrepublik Deutschland unter Führung der Bundesregierung - der damaligen - praktisch nur die Salzstöcke in Niedersachsen gab, die in die engere Auswahl gekommen sind.

Dann habe ich hoffentlich alle glücklich gemacht.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. Besonders die Vorsitzende. - Der Kollege Pols, bitte schön.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. - Bevor der Kollege Obermeier weitermacht, möchte ich noch mal einhaken, Herr Dr. Friderichs, was der Kollege Monstadt eben gesagt hat. „Wir wollten Gorleben“, sagten Sie. Worauf stützte sich das? Nur darauf, dass Sie ja unter der Regierung Schmidt, hieß es ja mal, 50 Kernkraftwerke in Deutschland, glaube ich, errichten wollten und dadurch natürlich auch das Entsorgungskonzept haben mussten? Aber wa-

rum Gorleben? Das muss ja einen Grund haben. Nehmen wir mal die Grenznähe weg. Hat das geologische Gründe gehabt? Warum gerade Gorleben?

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Also, nach meiner Erinnerung, was mich betraf, waren das die Unterlagen, die aus den Fachabteilungen hochkamen, wobei ich noch mal betonen muss: primär Bundesforschungsministerium und Bundesinnenministerium als Strahlenschutz-zuständig. Von daher wurde man halt gebrieft. Ich habe mich mit den technischen Fragen nie beschäftigt, obwohl die Physikalisch-Technische Bundesanstalt meinem Ministerium unterstand. Aber der Kontakt war primär bei Herrn Rohwedder aufgehängt.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Dann muss man sich ja also mit der Geologie von Gorleben schon recht frühzeitig beschäftigt haben.

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Mag sein. Ich bin kein Geologe.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Haben Sie Erinnerung noch daran, weil es ja gerade überkam, dass der Vorgänger von Ministerpräsident Albrecht, Herr Kubel, Zusagen gemacht hat? Hat man eigentlich im Vorwege auch mal andere - oder haben Sie Kenntnis darüber? - Gesteinsformationen außer Salz in Betracht gezogen?

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Erstens Kubel: Ich kann mich nicht erinnern, mit Herrn Kubel in dieser Frage jemals Kontakt gehabt zu haben, während ich mich an das Gespräch Albrecht sofort und spontan erinnert habe. - Die Frage: Ich weiß nicht, ob andere Standorte außer Salzstöcken eine Rolle gespielt haben.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Können Sie sich nicht erinnern, dass man -

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Nein.

Eckhard Pols (CDU/CSU): - vielleicht in Ton oder dass man einen Standort in Tongestein oder Granitgestein in Betracht gezogen hat in den 70er-Jahren?

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Kann ich mich nicht erinnern.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Danke schön.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Kollege Obermeier.

Franz Obermeier (CDU/CSU): Herr Dr. Friderichs, also wir reden über den Zeitraum von 1974 bis 1977. Da waren Sie Bundesminister für Wirtschaft und Technologie.

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Nein, nicht - - Damals hießen wir noch - -

Franz Obermeier (CDU/CSU): Da hießen Sie noch „Wirtschaft“.

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Ja.

Franz Obermeier (CDU/CSU): Es gab zur Standortfindung ein verhältnismäßig aufwendiges Standortsuchverfahren. Waren Sie in Ihrer Dienstzeit mit diesem Standortsuchverfahren beschäftigt, vor allem vor dem Hintergrund, dass ja die BGR in dieses Standortsuchverfahren stark eingebunden war und die BGR ja Ihrem Haus direkt unterstand?

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Also, ich kann mich nicht erinnern, dass ich darin involviert war.

Franz Obermeier (CDU/CSU): Wie sind Sie dann überhaupt dazu gekommen, dass man den Schwerpunkt für die Endlagerung und für die Wiederaufarbeitung usw. für derartige Anlagen in der Nähe der Salzstöcke macht? Wo lag der Verweis darauf, dass es bei den vielen Standorten, die untersucht worden sind, sich um den günstigsten handelte?

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Die Frage kann ich Ihnen nicht beantworten. Ich habe mich, wie gesagt, mit den technologischen Fragen nicht befasst und mit Recht nicht befasst; denn ich verstehe wirklich nichts davon. Es gibt aber auch nach den Unterlagen, die ich noch versucht habe zusammenzusehen, nichts, wo derartige Dinge bei mir unmittelbar eine Rolle gespielt haben.

Franz Obermeier (CDU/CSU): Herr Dr. Friderichs, wir machen uns natürlich die Gedanken: Warum ist es dazu gekommen, dass die Standorte in Niedersachsen aufgeschrieben wurden und dann zu einem ganz bestimmten Zeitpunkt der Standort Gorleben vom damaligen Ministerpräsidenten ins Spiel gebracht wurde? Diese Gedanken werden Sie sich ja auch gemacht haben, früher schon und jetzt auch in der Vorbereitung. Als alter Kommunalpolitiker und Landespolitiker kommt mir immer wieder in den Sinn, nachdem ich mehrfach in dem Raum selber war: Könnte es sein, dass die Kombination der damals herrschenden wissenschaftlichen Meinung, dass ein Salzstock geeignet sein könnte, und die Strukturschwäche der Region letztlich ausschlaggebend für die Benennung durch den Ministerpräsidenten gewesen ist?

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Letzteres halte ich für denkbar; denn in der Tat haben wir bei vielen anderen, jetzt nicht mit der Kernenergie zusammenhängenden Komplexen immer wieder überlegt: Was können wir in der strukturschwachen Region entlang der Zonengrenze - also nicht nur in Niedersachsen, sondern auch in anderen Teilen von Deutschland - tun, um die Abwanderung der Arbeitskräfte und der Menschen dort zu verhindern? Denn das war ja ein vitales Problem. Deswegen ist mir Lüchow-Dannenberg als Region ein Begriff, weil immer wieder überlegt worden war - -

Ich erwähnte ja, dass ich mit Herrn Kiep zusammen damals mit dafür gesorgt habe, dass die Raffinerie in Wilhelmshaven gebaut wurde, was auch indirekt damit zu tun hat. Es ging nämlich um die Frage: Wie kriegen wir von dort noch mal eine ... (akustisch unverständlich) Energieversorgung in dieser Region hin?

Franz Obermeier (CDU/CSU): Herr Dr. Friderichs, wir überlegen uns natürlich, wie mit dem Thema Grenznähe und Verhältnis zur DDR umgegangen wurde, und haben auch mehrfach schon gehört, dass der Bundeskanzler hier ein gewisses Maß an Schwierigkeiten sah. Sie waren in Ihrer Zeit als Minister der Beauftragte zur DDR.

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Ja.

Franz Obermeier (CDU/CSU): Können Sie sich erinnern, dass es zu diesem Thema

in Ihrer Eigenschaft als DDR-Beauftragter Gespräche gegeben hat?

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Ich kann mich daran nicht erinnern, und die hat es mit mir auch mit absoluter Sicherheit nicht gegeben. Frau Vorsitzende, wenn ich da die Begründung Ihnen nachliefern darf: Ich hatte zu diesem Regime ein außergewöhnlich schlechtes Verhältnis. Hausintern haben wir uns dann aufgeteilt, und ich habe meinen Staatssekretär Rohwedder gebeten, er möchte die DDR übernehmen. Ich habe den Bereich Sowjetunion übernommen, und Herr Schlecht hat Jugoslawien und andere Länder, Polen, übernommen.

Ich bin in meiner gesamten Amtszeit und der vorherigen Zeit als Abgeordneter nur ein einziges Mal in diesem Lande gewesen, in dieser DDR, nämlich weil Herr Rohwedder mich verpflichtet hatte, zur Leipziger Messe zu fahren wegen der deutschen Aussteller etc. Dieser Besuch endete am ersten Vormittag bereits mit einem Eklat. Ich kam nämlich in Leipzig an, wurde empfangen von Herrn Minister Sölle, dem damaligen zuständigen Interzonenhandelsminister. Ich sagte ihm im Hotel bei der Begrüßung, man habe gestern drei deutschen Journalisten die Einreise verweigert, die zur Leipziger Messe wollten, und ich fragte ihn, ob er bereit sei, diese Einreiseverweigerung unverzüglich rückgängig zu machen. Er hat dann gesagt, er würde das nicht tun. Daraufhin bin ich aufgestanden, habe mich verabschiedet, wieder ins Auto gesetzt und bin zurückgefahren.

Das war mein einziger Aufenthalt in der DDR und mein einziges Gespräch, das ich mit diesem Menschen - „Herrn“ möchte ich das nicht sagen - hatte.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja.

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Rohwedder und andere mussten - - Natürlich, wir haben Interzonenhandel betrieben. Aber bitte nehmen Sie mir nicht übel, wenn ich auch meine persönliche politische Einstellung hier mal deutlich mache. Es waren Dinge - - So lasse ich nicht mit uns umgehen, dass man auf der einen Seite Einreisen verweigert und den anderen im schicken Hotel mit großem Bahnhof empfängt. Das hatte schon ein Vorspiel. Ich bin natürlich, weil ich zum ersten Mal da war, nach Erfurt gefahren. Ich stamme gebürtig aus der Gegend von Trier,

habe ein sehr gutes Verhältnis zu dem Kardinal in Mainz. Mainz war mal zuständig als Bischofssitz. Ich habe als erster deutscher Bundesminister das Priesterseminar in Erfurt besucht, was die Ehrenbegleiter mir auch verbieten wollten. Das war die einzige Reise. Die habe ich in sehr guter Erinnerung.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Vielen Dank. Das sind jetzt auch sehr, sehr interessante Einblicke in die jüngere deutsche Geschichte.

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Ja.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Vielen Dank. Es ist wirklich hochspannend, aber das Fragerecht liegt jetzt bei der SPD-Fraktion, und dabei handelt es sich wieder vorwiegend um Gorleben. - Bitte schön, Frau Kollegin Vogt.

Ute Vogt (SPD): Ja, herzlichen Dank. - Herr Dr. Friderichs, ich darf mich den herzlichen Glückwünschen anschließen -

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Danke, danke.

Ute Vogt (SPD): - und Ihnen auch alles Gute wünschen für Ihr weiteres Lebensjahr, und ich hoffe, Sie haben viel Freude dabei.

Ich wollte Sie fragen: Haben Sie möglicherweise mehrere Termine mit Herrn Albrecht gehabt in Hannover?

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Also, in dieser Sache kann ich mich nur an einen erinnern. Ich habe sicher mehrere Termine gehabt; denn ich war üblicherweise zur Hannover Messe, und meistens war entweder Herr Albrecht oder sein zuständiger Ressortminister mit dabei. Man machte dann einen Besuch. Aber in Sachen Kernenergie kann ich mich nur an ein Gespräch mit Herrn Albrecht erinnern.

Ute Vogt (SPD): Weil Sie vorhin sagten: „Wir wollten Gorleben“: Sind Sie sich sicher, dass Sie das zu diesem Zeitpunkt wollten, als Sie bei dem Gespräch waren? Oder könnte es nicht sein, dass das später kam? Ich meine, Gorleben ist jetzt seit so vielen Jahrzehnten im Gespräch, -

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Ja.

Ute Vogt (SPD): - dass man denken könnte: Vielleicht wollten wir es eigentlich immer schon.

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Nach meiner Erinnerung war das Thema in diesem Gespräch.

Ute Vogt (SPD): War das Thema; das stimmt überein mit unseren Akten.

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Ja.

Ute Vogt (SPD): Aber können Sie sich sicher sein, dass Sie zu diesem Zeitpunkt, als Sie im Gespräch waren, auch schon selbst da hingefahren sind mit dem Vorsatz: „Wir wollen Gorleben“? So kam es vorhin als Antwort rüber. Deshalb frage ich noch mal nach.

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Ich kann Ihnen das nicht präzise beantworten. Aber nach meiner Erinnerung: Ich wollte primär haben, dass es nun endlich mal dazu kommt, dass man sich auf irgendeinen Standort einigt und anfängt. Und im Fokus lag Gorleben, nach meiner Erinnerung.

Ute Vogt (SPD): Es gibt ja - das wurde schon erwähnt - die Notiz von Walther Leisler Kiep zu diesem Gespräch. Er hat ja Tagebuch geführt, und in relativ nahem Zeitpunkt nach dem Gespräch - er sagte, immer nach zwei, drei Tagen - habe er die Niederschriften angefertigt. Ich zitiere das aus der Vernehmung von Herrn Detlev Möller. Das war die Sachverständigenanhörung. Hier heißt es, also Herr Kiep notiert, ich zitiere das wörtlich:

Hier gelingt es mir, Lüchow-Dannenberg als 4. Möglichkeit aufnehmen zu lassen.

Das schreibt er in sein Tagebuch als Erinnerung zu diesem Gespräch.

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Ja.

Ute Vogt (SPD): Und anschließend schreibt er:

Lüchow erweist sich zu meiner Überraschung als der Standort mit den besten Voraussetzungen!

Das würde ja aber eher bedeuten, dass das nicht schon lange vorher bekannt war. Sonst wäre er ja nicht überrascht gewesen.

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Ich kann dazu nichts sagen. Aber eines kann ich bestätigen: Walther Leisler Kieps Tagebücher - ich habe keine geführt, manchmal bedauere ich das, manchmal ist es ganz gut; ich kenne andere Teile seiner Tagebücher, über die wir auch gesprochen haben im Zusammenhang mit seinen Buchveröffentlichungen - sind normalerweise sehr präzise.

Ute Vogt (SPD): Ah ja. - Ich wollte noch mal nachfragen bei dem Thema, auch in Bezug auf eine Notiz, die wir im Bundesministerium gefunden haben, im Bundesforschungsministerium in diesem Fall, wo eben bestätigt wird, was Sie auch sagen. Da steht dann - - Das ist die MAT-Nummer A 138, Band 18, Paginierung 79. Also in dem Vermerk vom Bundesforschungsministerium ist zu lesen:

Vom Land (Kiep) wurde gefragt, ob es neben den 3 bisher ausgewählten Standorten ... auch noch andere geeignete gibt, z. B. Gorleben/Lüchow-Dannenberg ...

Das heißt also, diese Version bestätigt im Grunde das, was Walther Leisler Kiep auch in seinem Tagebuch geschrieben hat, würde aber dem widersprechen, dass Sie jetzt vorhin gesagt haben: „Wir wollten Gorleben“. Deshalb frage ich Sie noch mal: Ist es nicht denkbar, dass Sie Gorleben nach diesem Gespräch dann wollten?

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Genau das kann ich Ihnen nicht beantworten. Was wir wollten, war: Es muss ein Standort her, und es muss losgehen. - Und ich bringe das in Erinnerung mit Gorleben. Wenn ich mich irre, haben Sie Pech. Ich weiß es nicht.

Ute Vogt (SPD): Haben Sie in Erinnerung, dass sich Niedersachsen gewehrt hat gegen diese Festlegung eines Standorts in Niedersachsen, dass man versucht hat, eine andere Festlegung zu finden?

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Nein, daran kann ich mich nicht erinnern. Ich kann mich nur daran erinnern, dass ich weggefahren bin so mit dem Gefühl: Ha, das geht nicht richtig weiter, die überlegen. - Jetzt im Nachhinein

glaube ich, dass ich gedacht habe: Hoffentlich sind da nicht zu viel Opportunisten in einer Rolle, um das Thema, das ja ganz sensibel war, nicht zu hoch zu kochen. - So wie übrigens dieses DDR-Thema - Helmut Schmidt - nach meiner Erinnerung nach außen nie getragen werden sollte, weil das wirklich in unserem engsten Kreis bleiben sollte.

Ute Vogt (SPD): Es gibt nun aber ein Schreiben vom 16. November, wo sich Ministerpräsident Albrecht an Sie als Bundesminister gewandt hat und in diesem Fall nachfragt, was Sie von einer Lagerung oder von einem Export des Abfalls in die USA oder einer Entsorgung in den USA halten würden. Können Sie sich daran erinnern?

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Ich kann mich an das Schreiben nicht erinnern. Ich kann mich nur an meine Position zu dieser Frage erinnern.

Ute Vogt (SPD): Die war?

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Negativ. Ich hatte schon Bedenken bei der ganzen Diskussion, ob man das Thema nicht europäisieren sollte, damals ja noch in einer kleineren Europäischen Union. Und ich habe immer gesagt: Das sind alles Vorschläge, die das Ding nur verlängern und verschieben, und es kommt am Ende nichts dabei raus. - Nach meiner Erinnerung war es auch Helmut Schmidt, der mir immer gesagt hat: Wenn wir uns zu diesem Ausbau der Kernenergie entscheiden, wie das im Energieprogramm 2 drinsteht, dann müssen wir auch konsequenterweise alles andere, was danach kommt, machen, nämlich die Entsorgung.

Nebenbei: Wir hatten auch ein Interesse am Export von Kernkraftwerken. Ich habe den Vertrag mit Brasilien damals gemacht, ich habe Iran betreut. Und was, glaube ich, nie bekannt geworden ist: Ich habe intensiv als Vorsitzender der deutsch-sowjetischen Wirtschaftskommission verhandelt mit der Sowjetunion über den eventuellen Bau von vier Kernkraftwerken in der Nähe von Königsberg, weil wir darin eine Chance sahen, die Energieversorgung von Westberlin zu sichern, die extrem unsicher war, weil der Zugang ja nicht gegeben war. Das ist am Ende - auch das spielte damals eine Rolle: wir brauchen eben letztlich auch die Endlagerung - daran gescheitert, dass die Sow-

jetunion und insbesondere die DDR nicht bereit waren, die Leitung von Königsberg durch Berlin zu legen, sondern nur an Berlin vorbei. Daran ist dieses Projekt gescheitert.

Ute Vogt (SPD): Das heißt aber - - Ich muss noch mal zurückkommen. Also dieser Versuch noch mal von Herrn Albrecht, Sie darauf hinzuweisen: „Könnten wir nicht mehr zum Beispiel eine vertragliche Regelung mit den USA finden?“, das ist etwas - - Erinnern Sie sich daran noch, dass es diese Debatte gab?

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Nein. Ich kann mich an einen derartigen Brief nicht erinnern. Aber meiner Position generell, jetzt unabhängig, ob Albrecht geschrieben hat oder nicht, hat es nicht entsprochen.

Ute Vogt (SPD): Mir geht es nur um die Frage, ob es nicht Versuche gab von Ministerpräsident Albrecht, das Thema aus Niedersachsen rauszuholen. Denn er hat - MAT A 102, Band 26, Paginierung 62 - auf einer Pressekonferenz - - Anlässlich einer Pressekonferenz hat Albrecht - das ist in einem Vermerk niedergelegt - wörtlich gesagt: „... entweder bei Gorleben oder überhaupt nicht in Niedersachsen“.

Also er hat ja dann am Ende die Position bezogen: Entweder nehmt ihr Gorleben als Bund, oder Niedersachsen steht nicht zur Verfügung. - Ist es denkbar aus Ihrer Sicht, dass Ministerpräsident Albrecht damit gerechnet hat, dass die Bundesregierung so große Vorbehalte hatte, dass sie Gorleben selbst ablehnt?

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Ich weiß es nicht. Aber ich kann mich nicht erinnern, dass in dem Gespräch mit Herrn Albrecht das DDR-Thema eine Rolle gespielt hat. Ich kann mich daran nicht erinnern. Ich schliesse es nicht aus, aber ich kann mich nicht daran erinnern. Ich weiß nur, dass das DDR-Thema in dem internen Kabinettsausschuss eine Rolle gespielt hat und der damalige Bundeskanzler größten Wert darauf legte, dass diese Thematik nicht außerhalb dieses Kreises erörtert wurde, in diesem Zeitpunkt. Das war allerdings dann nur bis - - Ich bin ja Anfang des vierten Quartals 77 aus der Bundesregierung ausgeschieden, um in den Vorstand der Dresdner Bank einzutreten.

Sebastian Edathy (SPD): Herr Dr. Friderichs, ich will da gerne anschließen. Sie haben ja zu Beginn Ihrer Befragung völlig zu Recht darauf hingewiesen, dass wir es mit Vorgängen zu tun haben, die deutlich mehr als 30 Jahre zurückliegen. Und es ist völlig verständlich - das gilt auch für andere Zeugen, die wir zu diesem Zeitraum, Mitte der 70er-Jahre, hier bereits gehört haben -, dass nicht jedes Detail in Erinnerung bleiben kann. Deswegen ist es aber umso wichtiger für uns als Mitglieder in diesem Untersuchungsausschuss, dass wir eine Fülle an Akten sichten durften und sichten dürfen.

Und gerade zu der entscheidenden Frage möchte ich Ihnen einige Vorhalte machen aus diesen Akten, nämlich zu der entscheidenden Frage: Was war eigentlich die Verhandlungsposition der damaligen Bundesregierung, und was war die Position des Landes Niedersachsen? Wenn Sie unter Bezugnahme auf ein aktuelles Gespräch mit einem leitenden Mitarbeiter des heutigen Wirtschaftsministeriums berichten, dieser hätte Ihnen mitgeteilt: „Wir wollten Gorleben“, dann ist das zumindest etwas, was sich nicht in Einklang befindet mit den Unterlagen, die wir als Ausschuss bisher auswerten durften.

Ich will - das wird leider auch in die zweite Runde gehen müssen; wir haben nur noch vier Minuten Fragezeit als SPD-Fraktion, oder nur noch zwei - damit zumindest anfangen.

Wir haben in den Akten - das ist MAT A 102, Band 25 - einen Vermerk aus der Niedersächsischen Staatskanzlei, und zwar einen Vermerk für den Ministerpräsidenten, der datiert vom 10.11.1976. Der Vermerk bezieht sich darauf, den Ministerpräsidenten, also damals Ernst Albrecht, für das am folgenden Tag stattfindende Gespräch, unter anderem mit Ihnen, in Hannover vorzubereiten. In diesem Vermerk heißt es auf Seite 2, also aus der Staatskanzlei für den Ministerpräsidenten, ich zitiere:

Nach dem Eindruck aus den Vorgesprächen ist den beteiligten Bundesressorts offensichtlich daran gelegen, daß sich die Mitglieder der Landesregierung am 11.11.1976 nicht grundsätzlich ablehnend äußern.

Nicht grundsätzlich ablehnend äußern zum Thema: Kommt Niedersachsen als Bundesland in Betracht für die Ausweisung eines atomaren Endlagers? - Das ist, glaube ich,

nicht zu weitgehend interpretiert, dass diese Formulierung darauf hinweist, dass man jedenfalls nicht davon ausgegangen ist, am 11.11.1976 über einen konkreten Standort zu sprechen.

Das ergibt sich ja auch daraus, dass es in diesem Vermerk auf Seite 2 unten weiter heißt, ich zitiere:

Die Standortfrage wird dadurch nicht präjudiziert. Angesichts der Bedeutung der Sicherheitsprobleme ist ein Fortgang des Verfahrens unter Zeitdruck nicht vertretbar.

Ich will Ihnen einen weiteren Vorhalt machen, und zwar bezieht sich das auf einen Vermerk aus dem Bundeskanzleramt vom 15.12.76, also ungefähr einen Monat nach dem Gespräch in Hannover, an dem unter anderem Sie und zwei Ihrer Kollegen aus dem Bundeskabinett teilgenommen haben. Das ist ein Vermerk aus dem Bundeskanzleramt; das ist MAT A 138, Band 18, Paginierung 109 ff., ein Vermerk für den Herrn Bundeskanzler, unter Bezugnahme auf das Gespräch in Hannover.

(Das Zeichen für das Ende der Fragezeit ertönt)

- Ich will den Vorhalt nur kurz noch beenden, und dann geht es weiter.

Ein Vermerk also einen Monat nach dem Gespräch aus dem Bundeskanzleramt, dort heißt es auf Seite 2 des Vermerks:

Offen blieb jedoch, ob es möglich wäre, für das EZ den 4 km von der DDR-Grenze entfernten Salzstock Gorleben (Lüchow/Dannenberg) zu wählen. Hier handelt es sich um den Standort mit der technologisch günstigsten Platzziffer aus dem Kreis der geeigneten Standorte ... Der Salzstock Gorleben reicht jedoch auf 5 km Breite in DDR-Gebiet hinein, wo 2/5 des Salzstockes liegen.

Die mit der DDR-Nähe verbundene Problematik ist in 2 Besprechungen von den zuständigen Bundesressorts mit Beamten des niedersächsischen Wirtschaftsministers erörtert worden. Dabei wurde eine Präferenz des niedersächsischen Wirtschaftsministers für Gorleben deutlich, weil bei diesem Standort die Möglichkeiten der innerpolitischen Durchsetzung am günstigsten beurteilt werden; es handelt sich um ein abgelegenes, dünn besie-

deltes Gebiet mit einfachen Eigentumsstrukturen.

Auf Seite 3 dieses Vermerkes heißt es - Kanzleramt, Dezember 76:

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das ist aber alles nicht belastend!)

- Ich bin sofort fertig. Aber, ich denke, im Kontext ist es schon sinnvoll, das - -

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ist ja schön!)

Die Problematik des Standortes Gorleben und die Frage, ob die Bundesregierung durch Einschränkung der militärischen Nutzung in der Umgebung des Standortes Wahn die Entscheidung der niedersächsischen LReg für diesen Standort erleichtern könnte, soll nach der Entscheidung des Kabinetts vom 8.12.1976 in einem Minister-Gespräch geklärt werden. ... Da die Angelegenheit mit Rücksicht auf die Beratungen der niedersächsischen LReg über die Standortfrage eilbedürftig ist, sind die beteiligten Ressorts der Auffassung, daß die Beantwortung des Briefes von MP Albrecht vom 7.10.76 durch den BK zum Anlaß genommen werden sollte, die Bedenken der BReg gegen den Standort Gorleben zum Ausdruck zu bringen.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja, hat er gesagt!)

„Die Bedenken der Bundesregierung gegen den Standort Gorleben zum Ausdruck zu bringen“ - das spricht nach meinem Dafürhalten jedenfalls nicht dafür, dass die Bundesregierung Gorleben in irgendeiner Weise präferiert hätte, ganz im Gegenteil. Aber da machen wir nachher noch weiter.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Wo ist jetzt die Frage?)

- Darf ich die Frage auch noch stellen?

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Darauf warten wir!)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja, logisch. Jetzt haben wir ja die ganze Zeit zugehört.

Sebastian Edathy (SPD): Vielen Dank, Herr Grindel. Das ermöglicht uns ja, hier ein

bisschen die Zeit, die uns zur Verfügung steht, zu verlängern.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Edathy, zack!

Sebastian Edathy (SPD): Herr Dr. Friderichs, entspricht es Ihrer Erinnerung, dass die Haltung in der Führung der Bundesregierung und innerhalb des Kanzleramtes dergestalt war, dass Gorleben eben gerade nicht als bevorzugter Standort betrachtet worden ist seitens des Bundes?

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Also so, wie Sie das formulieren, entspricht es nicht meiner Erinnerung.

Sebastian Edathy (SPD): Okay. Dann machen wir da gleich weiter.

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Sie können trotzdem recht haben. Aber meine Erinnerung wird bestätigt durch die Protokolle des Kabinettsausschusses aus dem Jahr 77, die Ihnen ja wahrscheinlich vorliegen. Und in diesen Protokollen des entsprechenden Kabinettsausschusses wird die Frage der DDR ja sehr klar angesprochen.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Genau! Das ist der Punkt!)

Sebastian Edathy (SPD): Darauf komme ich gleich noch zurück.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Nein, das dürfen Sie jetzt nicht mehr.

Sebastian Edathy (SPD): Ich sagte: in der nächsten Runde.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: In der nächsten Runde jederzeit wieder, gerne, natürlich. - Das Fragerecht geht jetzt an die FDP-Fraktion, an Frau Kollegin Brunkhorst.

Angelika Brunkhorst (FDP): Herr Dr. Friderichs, auch von der Seite der FDP alles Gute für Ihr neues Lebensjahr!

Ich möchte gerade da noch mal wieder einhaken in der Fragestellung: Wann war Gorleben eigentlich bei Ihnen schon als möglicher Standort bekannt? Da würde ich Sie ganz gerne fragen wollen. Es gab ja im Auftrag des Bundes die Untersuchung der KEWA, die ja Standorte identifizieren sollte

nach bestimmten Kriterien. Und es gab im Herbst 76 dann auch noch mal eine Nachbewertung der Ergebnisse der KEWA. In dieser KEWA-Studie wurde ja Gorleben als bester Standort durchaus dann auch angeführt. Kann ich daraus folgern, dass, als Sie vorhin gesagt hatten: „Wir wollten Gorleben“, das unter Umständen Ihre Information war, dass Sie sagten: „Ja, es gibt ja diese Empfehlung der KEWA, und dem schließen wir uns an“? Kann ich das so verstehen? Oder - -

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Also, ich habe mich an dieses Gutachten der KEWA nicht mehr erinnert und erinnere mich auch jetzt nicht daran. Aber ich habe mehrfach ja gesagt, dass nach meiner Erinnerung Gorleben in diesem Gespräch mit Herrn Albrecht eine wesentliche Rolle gespielt hat und dass wir mit der Absicht dahin gefahren waren, obwohl dann diese DDR-Problematik in 77 immer wieder aufkam. Aber der Kabinettsausschuss hat sich ja trotz der DDR-Problematik nicht gegen Gorleben ausgesprochen.

Angelika Brunkhorst (FDP): Herr Dr. Friderichs, Sie haben ja vorhin selbst sozusagen eingeräumt, dass Sie sehr ungeduldig waren, was jetzt Niedersachsens Zögerlichkeit anging. Aber ich kann nur aus meiner persönlichen Bewertung der vielen Zeugenbefragungen hier in diesem Ausschuss konstatieren, dass Niedersachsen im Grunde genommen ja von sich aus eine hohe Bereitschaft signalisiert hat und gesagt hat: Es läuft, wenn wir die KEWA-Studien sehen und die Standorte, die dort eine Rolle spielen oder eine gute Bewertung haben, eh doch sehr stark auf Niedersachsen zu, dass Standorte hier doch infrage kommen könnten. - Und dann hat es von sich aus gesagt: Wenn das dann schon so kommen wird, dann wollen wir es selbst in die Hand nehmen und wollen selbst überlegen, welchen Standort wir dem Bund dann benennen wollen.

Ich denke, das Ziel dieses Gesprächs am 11.11.76 konnte doch eigentlich dann nur sein, dass Sie nicht einen festen Standort schon benannt bekommen, sondern dass man das noch mal sozusagen verfestigt.

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Ja. Ich sage noch einmal: Druck auf die Zeit auszuüben. Denn ich war und bin der Meinung, es ist nicht verantwortbar, in diesem Umfang, wie

wir es vorhatten, Kernkraftwerke zu bauen, wenn man das andere Thema nicht löst. Wie bekannt, habe ich Gespräche - - eben nur damals mit Herrn Albrecht dieses eine Gespräch geführt. Aber auch aus den ganzen Unterlagen des entsprechenden Kabinettsausschusses geht ja hervor, dass es sich immer wieder primär um Gorleben gedreht hat, sekundär um Wahn und einmal um Lichtenhorst, aber nur am Rande.

Darf ich bei der Gelegenheit auch noch sagen: So umstritten, wie das alles heute ist mit Kernenergie und Gorleben - -

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): War das damals nicht!)

Ich hatte, um es mal offen zu sagen, als Bundeswirtschaftsminister andere, aus meiner damaligen Sicht wichtigere Dinge zu tun.

Angelika Brunkhorst (FDP): Da geben Sie mir direkt ein weiteres Stichwort. Herr Dr. Friderichs, Sie haben ja vorhin schon einmal klar - -

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Darf ich da noch ergänzen?

Angelika Brunkhorst (FDP): Ja, gerne.

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Ich zitiere mal aus einer Unterlage, die ich habe, vom März 77.

(Der Zeuge liest aus seinen Unterlagen vor)

Jetzt zitiere ich bewusst nicht mich, sondern der Kollege Maihofer sagt dort, dass ein faktisches Moratorium für Kernkraftwerke von zwei bis drei Jahren entsteht, wenn nicht alles getan wird, das Projekt eines Entsorgungszentrums baldmöglichst so zu konkretisieren, dass die Voraussetzungen einer Dauerentsorgung gesichert sind.

Das war die Position des federführenden Kollegen, die sich mit meiner Position absolut vollinhaltlich deckte. Und es gab auch mit dem Kollegen Matthöfer, jetzt als Forschungsminister, zu dieser Frage nach meiner Kenntnis wirklich keine Meinungsverschiedenheiten.

Angelika Brunkhorst (FDP): Herr Dr. Friderichs, die Zurückhaltung - -

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Übrigens, in demselben trägt Herr Hauenschild, damals

Staatssekretär im Forschungsministerium, auch noch mal vor, es bestünden gegen Gorleben diese bekannten politischen Bedenken, Stichwort: DDR. Aber auch er sagt dann, realistisch käme dann nur Wahn infrage, und gegen Wahn war eindeutig der Kollege Leber, der mit Kernenergie nichts zu tun hatte, sondern aus seiner Verteidigungsministerposition. - Entschuldigung, wenn ich das jetzt eingeflochten habe.

Angelika Brunkhorst (FDP): Das ist durchaus verständlich, wenn Sie da gerade den Faden noch weiterspinnen wollen. Das ist alles zu verstehen.

Ich würde aber trotzdem noch mal gerne wissen wollen: Diese Zurückhaltung gegenüber dem Standort Gorleben, die ja dadurch motiviert war, dass man sagt, zu nahe zur DDR-Grenze, zur innerdeutschen Grenze -- Können Sie uns vielleicht noch mal darlegen, ob es überhaupt mit der DDR bezüglich sicherheitstechnischer Fragen eine Diskussion gegeben hat oder Informationsgespräche? Wissen Sie davon? Oder war das im Grunde genommen von vornherein eigentlich nur eine politisch motivierte Zurückhaltung gegenüber diesem Standort?

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Ob es Gespräche mit der DDR gegeben hat, darüber weiß ich nichts. Ich kann mich an kein -- Jedenfalls ich kann mich nicht daran erinnern, an einem derartigen Gespräch beteiligt gewesen zu sein. Wenn, dann wäre es auch nicht in meinem Ressort gewesen. Wir waren bei der DDR primär zuständig für den innerdeutschen Handel, also Warenaustausch etc., Lieferung der drei ersten Airbusse. An solche Dinge mit der DDR erinnere ich mich; aber ich kann mich nicht entsinnen, dass mein Ministerium mit der DDR über sicherheitstechnische Fragen gesprochen hat.

Angelika Brunkhorst (FDP): Herr Dr. Friderichs, ich wollte Ihnen jetzt einen Vorhalt machen aus einem Protokoll, welches angefertigt wurde von einer Reaktortagung des Atomforums in Mannheim im Jahr 1977. Und zwar will ich Sie noch mit einem Zitat jetzt auf den Punkt bringen, inwieweit auch die Information der Öffentlichkeit, der Bevölkerung eine Rolle gespielt hat. Und zwar sagen Sie dort:

Für die Bevölkerung, die sich mit dieser Frage beschäftigt, war dies

ein offener Punkt, auf den wir bis jetzt vielleicht eine schlüssige, aber keine befriedigende Antwort geben konnten. Deswegen begrüße ich es, wenn die zuständige Gesellschaft jetzt den Antrag auf Errichtung des Zentrums in Niedersachsen stellt. Sie können sich darauf verlassen, daß wir unsere Mitwirkung nicht versagen...

Und dann geht es weiter, und ein paar Sätze weiter sagen Sie dann, dass die Zusammenarbeit mit den Bundesministerien gerade in den letzten Monaten auf diesem Gebiet in hervorragender Weise funktioniert hat, usw.

Würden Sie vielleicht noch mal beschreiben, wie die Zusammenarbeit -- Also heute haben wir vielleicht eine andere Form der Zusammenarbeit zwischen den Ministerien. Da bleibt dem anderen Ministerium -- Wenn wir über Energiefragen natürlich diskutieren, dann arbeiten die Ressorts sehr eng verzahnt, und da wird alles abgestimmt. Können Sie noch mal sagen, wie das in der damaligen Zeit überhaupt funktioniert hat? Hat das lediglich auf der Fachbeamtenebene stattgefunden? Inwieweit hat Sie das -- Ich meine, Sie waren ja für Energiepolitik, für die Sicherstellung von Energie, durchaus federführend. Welche Sorge hat Sie denn bei dieser ganzen Frage umgetrieben?

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Also, die Zusammenarbeit lag primär bei den Fachabteilungen. In meinem Ressort hatten die Ministerialdirektoren eine wirklich recht starke Position und Stellung, auch nach außen hin, und - ich gehöre ohnehin zu denen, die gerne dezentral arbeiten - die habe ich denen nicht nur gegönnt, sondern habe das auch befördert, bewusst.

Hinzu kam - das habe ich erwähnt -, dass der dafür federführende Staatssekretär Rohwedder wirklich eine ausgewiesene starke Figur war. Ich erinnere mich, dass er auch mit Hauenschild, der ja Staatssekretär wiederum bei Matthöfer war, ein sehr gutes Verhältnis hatte. Insofern: Ich habe mit Matthöfer primär im Kabinett zu tun gehabt, wenn es um die Frage der Finanzierung des Forschungsbereiches ging; aber ich kann mich nicht entsinnen, dass ich mit Matthöfer ernsthaft darüber vertiefte Gespräche in diesem Zusammenhang geführt habe.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Vielen Dank. - Damit geht das Fragerecht an die Fraktion Die Linke.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Danke, Frau Vorsitzende. - Herr Dr. Friderichs, auch im Namen meiner Fraktion möchte ich Ihnen nachträglich ganz herzlich zum Geburtstag gratulieren, -

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Danke, danke.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): - verbunden mit den besten Wünschen.

Am 22. Februar 77 erfolgte ja durch Ministerpräsident Albrecht die doch etwas überraschend erscheinende Benennung, öffentliche Benennung von Gorleben, und im Vorfeld dazu gab es am 11.02. ein Gespräch, was mir sehr wichtig erscheint, zwischen Bundeskanzler Helmut Schmidt und Ministerpräsident Albrecht. Es ging um das Entsorgungszentrum, und das erscheint mir so: Das war auch noch mal ein letzter Versuch, Unstimmigkeiten über den Standort zu klären oder auszuräumen.

Wir haben einen Vermerk aus dem Bundeskanzleramt, der trägt die MAT-Nummer A 118, Band 9, wo sich zum Beispiel auf Paginierung 39 zwingende politische Gründe finden, die aus Sicht des Bundeskanzleramtes gegen einen Standort Gorleben sprachen. Das sind schon sehr weitreichende und dezidierte Bedenken, die dort formuliert wurden. Insgesamt erschließt sich mir so der Eindruck, man wollte vonseiten des Bundeskanzleramtes an diesem 11. Februar doch mal gucken, ob nicht Wahn im Emsland ein anderer möglicher Standort war.

Können Sie sich daran erinnern, dass es dieses Gespräch gab, dass davon so viel abhing und dass man auch - das findet sich auch in diesem Dokument auf Paginierung 39 - bereit war, doch alles, was gegen Wahn sprechen könnte - Sie haben eben das Verteidigungsressort erwähnt -, auszuräumen? Ich zitiere wörtlich:

Bundesregierung bereit, bei Zustimmung von NS

- damit ist Niedersachsen gemeint -

zu Standort Wahn unverzüglich alle die endgültige Standortwahl noch beeinträchtigenden Probleme auszuräumen.

Das wird sich wohl an der Stelle um den Schießplatz und andere derartige Einrichtungen gehandelt haben.

Können Sie sich daran erinnern, wie wichtig es der Bundesregierung damals war, dass es Wahn wird und doch nicht Gorleben? Wie haben Sie dieses Gespräch erlebt oder übermittelt bekommen oder diese Situation in der Phase?

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Ich kann mich an diesen Vorgang nicht erinnern, weiß auch nicht, ob ich daran beteiligt war. Richtig ist, dass, solange nicht feststand, wo das Ding hinkommt, auch die anderen potenziellen Standorte im Gespräch gehalten werden sollten. Aber ich zitiere jetzt wörtlich, was der Bundeskanzler - - Und das deckt sich nicht mit dem, was Sie sagen. Der Bundeskanzler hat zum Beispiel gesagt - - Jetzt muss ich nachsehen, wann das war. - Am 5. Juli 77 sagt er im Kabinettsausschuss:

(Der Zeuge liest aus seinen Unterlagen vor)

Ich fasse wie folgt zusammen: Die Bundesregierung beauftragt die Physikalisch-Technische Bundesanstalt, für den vom Land Niedersachsen gewählten Standort für das Nukleare Entsorgungszentrum Gorleben umgehend das Planfeststellungsverfahren einzuleiten. Im Hinblick auf die Bedeutung der Standortsicherung für das Entsorgungszentrum ist die Bundesregierung der Auffassung, daß mit den Erkundungsarbeiten so schnell wie möglich begonnen werden sollte.

Das habe ich ja immer wiederholt: Es soll endlich mal losgehen mit den Erkundungen. - Und dann kommt der Passus DDR:

Die DDR ist über die der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt durch die Bundesregierung erteilten Ermächtigungen, den Antrag nach § 9 a Atomgesetz für den Standort Gorleben zu stellen, sowie den weiteren Verfahrensablauf und seine Bedeutung zu unterrichten. Im Übrigen ist die Bundesregierung sich klar, daß eine endgültige Standortentscheidung erst nach erfolgreichem Verlauf der Standorterkundung getroffen werden kann. Deswegen müssen vorsorglich neben Gorleben auch

noch alternative Standorte geprüft werden.

Das war die Position.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Das war jetzt aber ein Zitat aus dem Juli, also nach der Verkündung durch Ministerpräsident Albrecht.

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Ich hoffe, Sie nehmen mir nicht übel, dass ich 33 Jahre danach die einzelnen Monate nicht mehr auseinanderhalten kann.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Dann kam es ja am 22. Februar zu dieser öffentlichen Bekanntgabe der Standortentscheidung durch Ministerpräsident Albrecht. Dazu findet sich wieder ein Vermerk aus dem Bundeskanzleramt vom 25. Februar, MAT A 121, Band 11, Paginierung 153. Ich zitiere wörtlich aus diesem Vermerk:

Die Bundesregierung sieht die am 22. Februar 1977 gekanntgegebene [sic] Standortvorauswahl Gorleben durch die Landesregierung Niedersachsen als eine Form politischen finassierens von MP Albrecht.

„Finassieren“ gehört nicht zu meinem täglichen Sprachgebrauch, ich vermute, vielleicht auch nicht zu dem der anderen hier Anwesenden. Deswegen habe ich nachgesehen. Im Duden steht als Erklärung: Einen Trick, einen Kunstgriff anwenden, um etwas zu erreichen. Also offensichtlich hat die Bundesregierung es als einen Trick empfunden, diese Standortbenennung Gorleben öffentlich so zu vollziehen. Können Sie sich das erklären, oder war das damals die gemeinsame Meinung im Kabinett?

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Ich habe nicht die Absicht, mich zu internen Vermerken des Bundeskanzleramtes zu äußern, die ich nicht kenne, und wenn ein Mitarbeiter dem Bundeskanzler so was schreibt, soll er es tun.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Okay. - Aber andersrum gefragt: Wie ist denn im Kabinett nach dieser Benennung die Tatsache, dass Gorleben jetzt benannt wurde, diskutiert worden? Oder ist da gar nicht drüber gesprochen worden? Es waren ja mehrere Ministerien involviert.

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Die Frage kann ich Ihnen nicht beantworten, aber die ist ja leicht zu erklären; denn es gibt ja Kabinettsprotokolle. Sie brauchen nur ins Protokoll der Bundesregierung zu sehen, ob sie anschließend im Kabinett und wie sie behandelt worden ist. Ich kann mich nicht daran erinnern, dass es im Kabinett darüber eine lange Diskussion gegeben hat.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Das Fragerecht liegt jetzt bei der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Frau Kollegin Kotting-Uhl.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön, Frau Vorsitzende. - Herr Dr. Friderichs, Sie sagten vorhin öfters: Es ging primär um Gorleben - auch im Bundeskabinett.

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Nach meiner Erinnerung ja.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Klar, nach Ihrer Erinnerung. - Ab wann ging es denn primär um Gorleben? Das ist ja eine der entscheidenden Fragen für uns. Ab wann?

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Ich habe eben gesagt: Ich kann die zeitliche Zuordnung aus dem Gedächtnis nicht vornehmen. Ich habe aus der Zeit vor 77 keine Unterlagen.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Also, dass es ab 77 primär darum ging, das ist schlüssig. Das Entscheidende ist eigentlich, ob es vor dem 11.11.76 auch schon darum ging oder nicht. Dem versuchen wir hier ein bisschen näher zu kommen.

Jetzt zu Herrn Leisler Kiep. Sie sagten vorhin, seine Tagebücher sind normalerweise sehr präzise. Wenn wir jetzt davon ausgehen, dass es vielleicht im Einzelfall nicht so präzise war, dann heißt das aber, nach dem, was Sie bisher gesagt haben, nicht, dass es falsch war. Gehen Sie denn nach Ihren Erfahrungen mit Herrn Leisler Kiep davon aus, dass er in seinen Tagebüchern Falsches festgehalten hat?

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Dann wäre ich mit ihm nicht befreundet.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Also gehen wir auch jetzt mal hier, -

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Also, wenn ich das wüsste.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - diese Aussage annehmend, davon aus, dass das richtig ist, was er festgehalten hat. Dann will ich Ihnen jetzt noch mal zitieren aus dem Tagebuch - MAT B 30/1, für das Protokoll -:

Dann bin ich in den Landtag, wo um 10 Uhr die Bundesminister Friderichs, Maihofer und Matthöfer mit Albrecht, Borschmann [?], Hasselmann, Schnipkoweit, Hedergott [?], Bruns ..., Jahn ..., Präsident Müller und mir zusammentreffen.

Also nach seiner Darstellung alle um 10 Uhr - nur, um etwas, was vorhin hier in den Raum gestellt wurde, noch mal klarzustellen.

Es wird dann über die Diskussion berichtet. Dann heißt es - noch mal ein Zitat -:

Matthöfer erwidert auf rüde Weise mit dem Hinweis, nun sei lange genug geredet worden, jetzt werde gebohrt! Maihofer und Friderichs, unterstützt von mir, bringen ihn auf eine andere Linie und erreichen auch, dass er an einer großen Pressekonferenz im Anschluss teilnimmt! Ergebnis: Wir erklären uns einverstanden, dass die Bundesregierung einen Genehmigungsantrag stellt, nachdem wir ihr in Kürze einen Standort zuweisen. Hier gelingt es mir, Lüchow-Dannenberg als 4. Möglichkeit aufnehmen zu lassen.

Das ist das Tagebuch von Kiep. - Auch wenn Sie sich jetzt konkret nicht so erinnern, aber das halten Sie - - Würden Sie sagen, das stimmt dann wahrscheinlich, wenn Leisler Kiep das so festgehalten hat?

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Ja, aber ich kann als Zeuge ja die von Ihnen gewünschte Aussage nicht wunschgemäß machen. Das müssen Sie Leisler Kiep fragen. Ich kann nur sagen: Meine Erfahrungen ansonsten mit seinen Tagebüchern und seinen danach verfassten Büchern deuten darauf hin, dass er im Allgemeinen was Richtiges aufschreibt. Ich wüsste auch nicht, warum er was Fal-

sches aufschreiben sollte. Das ist sein internes Tagebuch.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Richtig, das nehmen wir auch an, dass es dafür keinen Grund gibt, in dem Tagebuch, bei dem er erst mal nicht davon ausgeht, dass es von einer breiten Öffentlichkeit gelesen wird, etwas Falsches festzuhalten.

Sie waren nicht überrascht, als Gorleben benannt wurde an diesem Tag, haben Sie gesagt. Für uns ist natürlich jetzt spannend, warum Sie nicht überrascht waren. Also Sie mussten es ja vorher schon wissen.

Nun ist als Möglichkeit diese Nachbetrachtung KEWA-Studie im Raum, an die Sie sich nicht erinnern können. Sie haben aber gleich gesagt: Das schließt nicht aus, dass es sie gibt. Das ist völlig klar. Allerdings ist sie auch nicht auffindbar. Das ist das Problem, mit dem wir uns hier herumschlagen: dass von einer Nachbetrachtung KEWA die Rede ist ab und an und auch in einer im letzten Jahr oder vor zwei Jahren verfassten Expertise die Rede davon ist, aber dass wir in all den Akten das nicht finden können. Deswegen überlegen wir uns, ob es da nicht andere Gründe gab, warum zum Beispiel Sie nicht überrascht waren und warum auch Herr Kiep das da eingebracht hat.

Ich möchte Sie jetzt bekannt machen oder wieder erinnern an eine Niederschrift der PWK, also der Projektgesellschaft Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen, die über die vierte Gesellschafterversammlung berichtet, die am 9. November 1976 stattfand, also zwei Tage vor diesem Treffen in Hannover am 11. November. Das ist MAT A 174/1. Da wird also auch noch mal dargelegt, wie wichtig es jetzt ist, mit dieser Entsorgungsfrage voranzukommen, so, wie Sie es uns auch schon dargelegt haben, und dass man, wenn diese unsere Bemühungen um die Schaffung des deutschen Entsorgungszentrums scheitern, dann keinen Nachweis für die gesicherte Entsorgung hat und dass das einem Kernkraftwerksmoratorium gleichkommt. So steht das hier drin. Und dann steht auch da:

In getrennten Schreiben an den Bundeskanzler, den Bundeswirtschaftsminister

- also Sie -

und den Ministerpräsidenten des Landes Niedersachsen sowie in

persönlichen Besprechungen mit Bundes- und Landesministern haben Herr Professor Mandel, Herr Keltch und die PWK-Geschäftsführung versucht, den Ernst der Situation, insbesondere die schon Anfang der 80er-Jahre zu erwartenden Entsorgungsschwierigkeiten, deutlich zu machen. Eine Besprechung zwischen der Niedersächsischen Landesregierung und der Bundesregierung ist für den 11.11.1976 in Hannover geplant. Die EVU und PWK werden Gelegenheit haben, ihren Standpunkt vorher noch einmal Bundeswirtschaftsminister Friderichs sowie dem Landwirtschaftsminister Kiep vorzutragen.

Nun wissen wir ja aus Herrn Leisler Kieps Tagebuch, dass er sich am 11.11. morgens mit Herrn Mandel noch mal getroffen hat. Und die Frage, die jetzt im Raum steht: Wenn das stimmt, was hier in dieser Niederschrift der Gesellschafterversammlung steht, dann gab es auch mit Ihnen Gespräche vorher schon und dann zwischen diesem 09.11. und dem 11.11. noch mal.

Ich zitiere Ihnen nochmals; das war jetzt ein bisschen viel:

Die EVU und PWK werden Gelegenheit haben, ihren Standpunkt vorher

- also vor dem 11.11. -

noch einmal Bundeswirtschaftsminister Friderichs sowie dem Landwirtschaftsminister Kiep vorzutragen.

Es ist lange her; wir wissen das alle. Aber hilft es vielleicht Ihrer Erinnerung ein bisschen weiter, dass da Gespräche stattfanden, zum Beispiel mit Herrn Professor Mandel?

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Also, Gespräche mit Professor Mandel habe ich sicher geführt. Ob ich ein Gespräch unmittelbar vor dem geführt habe, kann ich Ihnen beim besten Willen nicht sagen.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Zeit ist leider beendet.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Genau. Damit ist die erste Berliner Runde schon beendet. Wir hören, dass das Plenum im zeitlichen Ablauf so stattfindet, wie geplant. Das heißt also, um 12.15 Uhr ist vermutlich

die Unterbrechung der Sitzung aufgrund der namentlichen Abstimmung.

Von den Linken hören wir nach wie vor, dass es die Sonderfraktionssitzung geben wird. Die Fraktion hat das wohl noch nicht an das Parlamentssekretariat gemeldet; aber wir würden dann eben entsprechend so verfahren, als wenn dem eben so wäre.

Dann würde ich jetzt die zweite Berliner Runde eröffnen, und das Wort hat wieder die Unionsfraktion. Bitte schön.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Eigentlich, Herr Dr. Friderichs, hatten wir alles besprochen, aber ich muss doch noch mal insistieren. Sie wissen, wie es in solchen Untersuchungsausschüssen zugeht, und Sie haben die Vernehmung durch Frau Kotting-Uhl von den Grünen ja gerade erlebt. Es gibt mehrere Anzeichen dafür -- Ich will keinen Keil zwischen Sie und Ihren Freund Walther treiben, aber es kann nicht stimmen, was in dem Tagebuch ist von Herrn Kiep, und deswegen müssen wir uns damit noch mal befassen.

Noch mal zu dem Gespräch am 11. November deswegen, weil ich natürlich das mit dem Tagebuch im Hinterkopf habe und auch die Fragen der Opposition natürlich erahnt habe.

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Ja.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Wenn es so wäre, dass Herr Kiep in dem Gespräch den Standort eingebracht hätte, würden Sie dann sagen: a) „Daran würde ich mich erinnern“ und: b) „Er hätte mit mir vorher auch darüber gesprochen“?

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Das glaube ich. Also, nach meiner Lebenserfahrung und der Art und Weise, wie wir seit Anfang/Mitte der 60er-Jahre miteinander umgehen, glaube ich, dass er mich vorher unterrichtet hätte. Aber ich sage Ihnen --

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Und ich habe Sie richtig verstanden, dass bei dem Gespräch am 11. November Gorleben im primären Fokus stand, von Anfang an, ohne dass das von Herrn Kiep eingebracht worden ist?

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Also, nach meiner Erinnerung war es so, wie Sie es

gerade geschildert haben. Ich kann mich jedenfalls nicht erinnern, dass in diesem Gespräch mit Herrn Albrecht Herr Kiep die entscheidende Rolle gespielt hat, sondern nach meiner Erinnerung war das Herr Albrecht selbst.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Danke schön.

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Aber, bitte, meine Erinnerung. Mehr kann ich Ihnen nicht sagen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Gibt es weitere Fragen aus der CDU/CSU-Fraktion? - Das ist nicht der Fall. Dann hat jetzt gleich die SPD-Fraktion das Fragerecht. Bitte schön.

Sebastian Edathy (SPD): Herr Friderichs, Sie haben ja vorhin unter anderem vorgetragen aus Unterlagen, die Sie offenkundig - ich nehme an - aus dem Wirtschaftsministerium bekommen haben?

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Ja.

Sebastian Edathy (SPD): Hat man Ihnen dort irgendwelche Unterlagen überreicht, aus denen Sie entnehmen könnten, dass es damals, 76, seitens der Bundesregierung erhebliche Zweifel an der Eignung von Gorleben gegeben hat?

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Nein. Ich habe vom Ministerium so Fachinterna bekommen, also Vermerke aus den Fachabteilungen und Ähnliches.

Sebastian Edathy (SPD): Ja.

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Die habe ich gar nicht gelesen, weil sie meine Paraphe nicht trugen. Insofern, habe ich gesagt, brauchst du dir den ganzen Kram da nicht anzugucken.

Sebastian Edathy (SPD): Also, was Sie gelesen - -

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Ich habe mir angeschaut die Protokolle des Kabinettsausschusses, an denen ich teilgenommen habe. Das ist es.

Sebastian Edathy (SPD): Okay. - Und den Unterlagen, soweit Sie sie gelesen haben, die man Ihnen überreicht hat, haben Sie nicht entnehmen können, dass es 76 bis zu der Entscheidung von Albrecht Anfang 77 pro Gorleben Zweifel an der Eignung von Gorleben gegeben hätte?

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Nein. Ich habe - - Die Kabinettsausschussunterlagen, die ich habe, beginnen mit dem 7. März 77.

Sebastian Edathy (SPD): Ja, okay. - Noch mal, bitte.

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Die Unterlagen, die Kurzprotokolle über den Kabinettsausschuss für die friedliche Nutzung der Kernenergie, beginnen mit dem März 77. Die, die ich habe.

Sebastian Edathy (SPD): Das heißt, man hat Ihnen gar keine Unterlagen überreicht, die den Zeitraum 76 abgedeckt hätten?

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Ich habe gesagt: Ich habe keine. Ich habe keine Kabinettsprotokolle.

Sebastian Edathy (SPD): Okay. - Und auch sonst keine Unterlagen? Wie ist denn das gelaufen? Sie haben sich an das Wirtschaftsministerium gewandt?

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Ich habe Folgendes gemacht: Ich habe den Herrn Wirtschaftsminister angeschrieben, ich sei hier geladen, ich hätte kaum noch Erinnerungen an die Zeit, und ob man mich bei meiner Erinnerung auffrischen könne durch die Überlassung von Unterlagen, sofern die Unterlagen - - Davon habe ich eine Kopie sofort an den Ausschuss gegeben.

Sebastian Edathy (SPD): Ja, okay.

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Dann hat es ein Telefongespräch gegeben mit einer Dame im Ministerium, und die hat gesagt: Sagen Sie mal, kommen Sie nach Berlin. Hier stehen also solche Massen Akten. - Dann habe ich gesagt: Nein, das mache ich nicht. Ich soll ja aus meinem Gedächtnis was sagen. Können Sie mir nicht was schicken? - Dann hat die gesagt: Wissen Sie, wenn wir hier anfangen zu selektieren, dann kommt

womöglich der Vorwurf, hier wird manipuliert. Da muss ich sehr vorsichtig sein. - Daraufhin habe ich gesagt: Ich habe hauptsächlich ein Interesse, wenn es Kabinetts- oder Kabinettsausschussprotokolle gibt über Sitzungen, an denen ich teilgenommen habe.

Sebastian Edathy (SPD): Ja.

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Die würde ich gerne haben. - Die habe ich. Die beginnen, wie ich eben gesagt habe, mit dem 4. März 77, 9 Uhr.

Sebastian Edathy (SPD): Okay. - Also, das sind alles Unterlagen, -

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Ja, und wie gesagt: Die anderen Unterlagen, die die Fachabteilungen - -

Sebastian Edathy (SPD): - die zeitlich deutlich nach dem Gespräch in Hannover liegen.

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Ja.

Sebastian Edathy (SPD): Jetzt haben Sie vorhin gesagt, es hätte Ihnen - - Wer war das? Der Abteilungsleiter? Oder wer hatte Ihnen mitgeteilt aus dem Wirtschaftsministerium: Wir wollten schon immer Gorleben haben?

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Bitte?

Sebastian Edathy (SPD): Wer war das, der Ihnen gesagt hat, man hätte schon immer Gorleben präferiert?

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Nein. Der Leiter meines Ministerbüros, mit dem ich gesprochen habe, mit dem ich befreundet bin nach wie vor, wir wohnen ganz benachbart, mit dem habe ich - -

Sebastian Edathy (SPD): Ach, der Leiter Ihres damaligen Ministerbüros?

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Bitte?

Sebastian Edathy (SPD): Der Leiter Ihres damaligen Ministerbüros?

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Meines damaligen Ministerbüros.

Sebastian Edathy (SPD): Der hat Ihnen gesagt, man hätte schon immer Gorleben gewollt. - Ich habe folgende These, Herr Dr. Friderichs, und ich möchte gerne fortfahren mit den Vorhalten - wir haben ja schon vorhin festgestellt: Das mit der Erinnerung ist vage, aber es gibt ja Papiere - : Und zwar ist meine These, dass sich die Bundesregierung dezidiert für Wahn ausgesprochen hat, aber Niedersachsen darauf erpicht war, dass man sich für Gorleben entscheidet. Das will ich folgendermaßen belegen und dann um Ihre Einschätzung bitten, wie Sie diese Aktenauszüge bewerten.

Ich hatte Ihnen ja bereits den Vorhalt gemacht aus dem Vermerk aus dem Kanzleramt vom 15. Dezember 76, in dem es heißt, es sollte zum Anlass genommen werden gegenüber Herrn Albrecht - und jetzt Zitat -:

die Bedenken der Bundesregierung gegen den Standort Gorleben zum Ausdruck zu bringen.

Und dann gibt es dieses Schreiben - das datiert übrigens auch vom 15. Dezember 76; das ist MAT A 118, Band 9, Anlage 2, Paginierung 48 ff. -, also ein Schreiben von Helmut Schmidt, dem damaligen Bundeskanzler, 15. Dezember 76, an den Ministerpräsidenten von Niedersachsen. Dieses Schreiben endet mit folgendem Absatz - ich zitiere -:

Die am 11. November 1976 angesprochene Problematik eines DDR-nahen Standortes

(Reinhard Grindel (CDU/CSU):
Aha!)

ist inzwischen in Gesprächen der zuständigen Beamten der Bundesregierung und des niedersächsischen Wirtschaftsministeriums weiter vertieft worden. Aufgrund dieser Gespräche sind die zuständigen Bundesminister zu der Auffassung gelangt, daß ein DDR-naher Standort nicht in Betracht gezogen werden sollte.

Dass also Gorleben, um es konkret zu sagen, „nicht in Betracht gezogen werden sollte“.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU):
Kann der Kollege Edathy den Beginn des Zitats noch mal nennen?
Und mit Datum?
Das wäre ganz nett!)

Die am 11. November 1976 angesprochene Problematik eines DDR-nahen Standortes - -

(Reinhard Grindel (CDU/CSU):
Aha!)

- Was heißt denn „Aha“? Sind Sie hier als Zeuge geladen, Herr Kollege Grindel? Oder was ist hier eigentlich los?

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Nein, aber wenn - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:
Meine Herren Kollegen - -

Sebastian Edathy (SPD): Ich bin hier gerade dabei, den Zeugen zu befragen, und mache keine Vorhalte.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Genau. - Sie können das gleich miteinander erörtern.

Sebastian Edathy (SPD): Ich habe die Angewohnheit, Herr Grindel, wenn ich Vorhalte mache, auf die entsprechenden MAT-Belege hinzuweisen und nicht zu sagen, ich habe irgendwo gelesen, das sei mal so formuliert worden. Nein, das ist hier aus den Akten eindeutig ersichtlich.

Wir finden in den Akten weiterhin, Datum 9. Februar 1977, also im Folgejahr - - November 76 das Gespräch, an dem Sie teilgenommen haben, wo das Kanzleramt schreibt, die Bundesminister hätten deutlich gemacht, ein DDR-naher Standort sei höchst problematisch.

Es gibt dann entsprechend einen Vermerk aus dem Kanzleramt vom 9. Februar 1977 - das ist MAT A 118, Band 9, Paginierung 35 ff. - zur Information von Helmut Schmidt - Zitat -:

Erläuterung der Hinderungsgründe gegen den DDR-nahen Standort Gorleben und Darlegung einer aus der Sicht der Bundesregierung bestehenden Standortpräferenz.

- Also offenkundig Präferenz gegen Gorleben. Das bestätigt sich auf Seite 3 des Vermerkes aus dem Kanzleramt:

Gegen Gorleben sprechen folgende zwingende politische Gründe:

- „Gegen Gorleben sprechen folgende zwingende politische Gründe“!

Auf Seite 4 des Vermerkes, „Standort Wahn/Emsland“ - Zitat -:

Eingehen von MP Albrecht auf Standort Wahn wegen der unüberwindlichen Bedenken des Bundes gegen Standort Gorleben wahrscheinlich ...

Noch mal:

Eingehen von MP Albrecht auf Standort Wahn

- präferiert offenkundig von der Bundesregierung -

wegen der unüberwindlichen Bedenken des Bundes gegen Standort Gorleben ...

- „Wegen der unüberwindlichen Bedenken des Bundes gegen Standort Gorleben“!

Sie meinen, sich erinnern zu können, dass die Bundesregierung tendenziell für Gorleben war, 76. Sie haben keine Unterlagen aus dem Zeitraum, der 76 abdeckt. Wir haben aber Unterlagen aus den Akten, aus dem Kanzleramt, wo manifest zum Ausdruck gebracht wird, die Position der Bundesregierung und übrigens auch Ihre eigene Position - darauf komme ich gleich - sei gewesen, sich für Wahn auszusprechen und gegen Gorleben.

Weiterer Vorhalt aus demselben Vermerk des Bundeskanzleramtes:

Bundesregierung bereit, bei Zustimmung von NS zu Standort Wahn unverzüglich alle die endgültige Standortwahl noch beeinträchtigenden Probleme auszuräumen.

„Angebot einer Mitinitiative des Bundes“ - weiteres Zitat -:

Die eindeutige Zustimmung des Bundes zum Standort Wahn kann und soll Einwänden von MP Albrecht hinsichtlich fehlender Initiative des Bundes zuvorkommen und einer weiteren, auf Zeitgewinn gerichteten Argumentation durch Anbieten einer Alternative zu Gorleben den Boden entziehen.

Klare Präferenz Kanzleramt pro Wahn, kontra Gorleben. - Weiteres Zitat:

Angebot einer Mitinitiative des Bundes zu einvernehmlicher Standortwahl im Rahmen der Einleitung des Planfeststellungsverfahrens für Endlager ... durch

Physikalisch-Technische Bundesanstalt erscheint geeignet, Zurückhaltung Niedersachsens wegen zu erwartender landespolitischer Widerstände

- Wahn -

zu überwinden.

Fazit des Vermerkes - Zitat -:

Anzustrebendes Besprechungsergebnis

- „anzustrebendes Besprechungsergebnis“ mit Albrecht, Kanzleramt, also als Ziel eines Gespräches -

Zusicherung von MP Albrecht, der Bundesregierung unverzüglich ihre Entscheidung über die „Standortvorauswahl“ für das Entsorgungszentrum unter Berücksichtigung der eindeutigen Bundespräferenz für den Standort Wahn mitzuteilen.

- „Unter Berücksichtigung der eindeutigen Bundespräferenz für den Standort Wahn“ und nicht Präferenz für Gorleben des Bundes! Ablehnung von Gorleben wegen DDR-Nähe, Präferenz für Wahn!

Weiterer Vorhalt: 22. Februar 1977 - ein Vermerk von Dr. Konow; Herr Dr. Konow war damals Abteilungsleiter im Kanzleramt -, MAT A 138, Band 2, Paginierung 01 ff., Vermerk für die 10. Kabinettsitzung am 23.02.1977. Ich nehme an, diesen Vermerk haben Sie nicht vorliegen. Er ist Ihnen vielleicht versehentlich vom Wirtschaftsministerium nicht ausgehändigt worden. Zitat:

Obwohl der Sprecher der BReg - in Übereinstimmung mit Chef BK - erklärt hat, daß die BReg die Eignung des Standortes Gorleben erneut prüfen wird, besteht kein Anlaß, von der bisherigen gemeinsamen Haltung des BK und der BM Maihofer, Friderichs, Matthöfer und Franke abzugehen, daß Gorleben nicht geeignet ist.

Ich will das noch mal wiederholen, weil das ein springender Punkt ist, der wirklich nachhaltig deutlich macht, was die Haltung der Bundesregierung gewesen ist. Und da geht es nicht um mehr oder minder gutes Erinnerungsvermögen, da geht es darum, was hier aus den Akten eindeutig ersichtlich ist. Ich will das noch mal zitieren, weil Sie da namentlich erwähnt werden. 22. Februar 1977:

Obwohl der Sprecher der BReg - in Übereinstimmung mit Chef BK - erklärt hat, daß die BReg die Eignung des Standortes Gorleben erneut prüfen wird, besteht kein Anlaß, von der bisherigen gemeinsamen Haltung des BK und der BM Maihofer, Friderichs,

- also Ihrer Haltung -

Matthöfer und Franke abzugehen, daß Gorleben nicht geeignet ist.

Dann heißt es weiter in diesem Vermerk:

Gleichzeitig wird gefragt, unter welchen Voraussetzungen die Niedersächsische LReg den Standort Wahn/Emsland akzeptieren würde.

- „Unter welchen Voraussetzungen die Niedersächsische Landesregierung den Standort Wahn/Emsland akzeptieren würde!“

Weiteres Zitat:

Daß die Bevölkerung im Emsland

- Wahn -

gegen das Entsorgungszentrum eingestellt ist, ist kein überzeugendes Argument. Der BK hat MP Albrecht bereits in dem Gespräch vom 11.2.1977 gesagt, dass sich der Widerstand der Bevölkerung an jedem beliebigen Ort organisieren läßt.

Also offenkundig muss von Niedersachsen argumentiert worden sein gegen den Vorschlag der Bundesregierung, sich für Wahn auszusprechen, dass es im Emsland erhebliche Proteste gab gegen das Thema Entsorgungszentrum.

Würden Sie mir zustimmen, Herr Dr. Friderichs, dass die von mir hier vorgebrachten Zitate es doch sehr plausibel und überaus naheliegend erscheinen lassen, dass die Haltung der Bundesregierung, dass die Haltung des Kabinetts, bis sich Ministerpräsident Albrecht geäußert hat: „Entweder Gorleben oder gar nichts in Niedersachsen“, darin bestanden hat, dass man den Standort Wahn im Emsland präferiert hatte und eben nicht Gorleben?

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Eine Frage?

Sebastian Edathy (SPD): Das ist eine Frage, ja.

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Es hat doch gar keinen Zweck, gegen Akteninhalte zu argumentieren. Ich habe Ihnen klar gesagt, woran ich mich erinnere.

Sebastian Edathy (SPD): Ja. Würden Sie es für plausibel halten, dass die Akteninhalte der Realität entsprechen, oder gehen Sie davon aus, dass da etwas formuliert worden ist für den Bundeskanzler, was wahrheitswidrig war?

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Also, ich glaube nicht, dass es die Aufgabe eines Zeugen ist, über die Plausibilität anderer Leute zu diskutieren oder auszusagen. Ich finde, wir sollten doch schon fair sein hier im Frage- und Antwortspiel.

Sebastian Edathy (SPD): Das ist korrekt.

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Ich habe Ihnen gesagt, Herr Abgeordneter, dass ich mich an diese von Ihnen zitierte Haltung der Bundesregierung, an der ich mitgewirkt haben soll, nicht erinnern kann. Ich habe auch keine diesbezüglichen Unterlagen. Nur, alles, was dann in 77 war, bestärkt wiederum meine Erinnerung. Mag sein, dass ich das Vorherige ausgelöscht habe. Ich habe auch deutlich gesagt, dass die DDR-Bedenken bestanden haben - keine Frage.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank.

Sebastian Edathy (SPD): Dann müssen wir in der nächsten Runde weitermachen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Die Fragezeit ist jetzt zunächst abgelaufen.

Es ist nun so, dass wir jetzt zur namentlichen Abstimmung gehen werden. Danach wird sich die Fraktionssitzung der Linken anschließen. Das Plenum ist unterbrochen bis 13.20 Uhr. Dann können wir sehr wohl natürlich noch von 13.20 bis 14.00 Uhr hier tagen. Dann würden wir in der Befragung des Zeugen Herrn Dr. Friderichs fortfahren.

Herzlichen Dank.

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Frau Vorsitzende, darf ich eine Frage stellen? - Ich habe nicht erwartet, dass ich den Tag hier so zu bringen dürfte, und habe andere Termine verabredet. Ich muss jetzt sehen, wie ich

klarkomme: zunächst mit einem Anwalt, um 14.15 Uhr mit dem amerikanischen Botschafter. Ich habe so einiges reingepackt in den Tag, inklusive gebuchtem Rückflug. Darf ich mal fragen, wie ich disponieren soll?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das Problem ist, dass ich Ihnen das tatsächlich nicht sagen kann. Es ist so - der Ausschuss hatte Ihnen das auch mitgeteilt, wohl im Rahmen Ihrer Ladung oder Einladung -, dass Sie damit rechnen müssen, dem Fragebedarf der Fraktionen letztendlich so lange zur Verfügung zu stehen, wie es denn Fragebedarf gibt. Das ist für Sie jetzt äußerst unschön.

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Aber wie ist denn jetzt die Unterbrechung gedacht?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wir fragen so lange, bis wir keine Fragen mehr haben. Ich habe eben von der CDU/CSU signalisiert bekommen - -

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Nein, die Unterbrechung geht von - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wir fangen um 13.30 Uhr wieder an.

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Um 13.30 Uhr.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich habe von der CDU/CSU-Fraktion signalisiert bekommen, dass sie keine weiteren Fragen hat.

(Widerspruch von der CDU/CSU)

- Doch. Es ergibt sich dann doch noch die eine oder andere, aber möglicherweise kein umfangreiches Fragenrepertoire, und dann wird man sehen, wie lange die Oppositionsfraktionen noch fragen werden

Die Sitzung ist jetzt zunächst unterbrochen bis 13.20 Uhr.

(Unterbrechung von
12.11 bis 13.20 Uhr)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich sehe, dass alle Fraktionen nun wieder vertreten sind. Lassen Sie uns deshalb mit der Befragung des Zeugen Dr. Friderichs fortfahren.

Ich gebe das Wort nun an die FDP-Fraktion. Bitte schön, meine sehr geehrten Kolle-

gen, Herr Buschmann, Frau Brunkhorst. Your turn.

Angelika Brunkhorst (FDP): Wir haben die Redezeit. Gut. - Herr Dr. Friderichs, ich würde Sie gern noch mal auf eine Bemerkung zurückführen, die Sie ziemlich zu Anfang gemacht haben. Da haben Sie gesagt: Ja, die Bedenken mit dem Standort Gorleben in Nähe der DDR-Grenze hätten ja auch dadurch eine Einschränkung gehabt, dass man auf DDR-Gebiet sogenannte Messstationen hätte aufstellen müssen zur Messung der Umgebungsimmission.

Das hat ja sicherlich was mit dem nationalen Entsorgungszentrum, mit dem Konzept, zu tun. Könnten Sie vielleicht noch mal erläutern, von welchen Anlagen man damals ausgegangen ist, was alles umfasst wurde und von welchen Teilen dieser Anlagen dann auch eventuell Umgebungsimmissionen zu erwarten gewesen wären?

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Das kann ich leider nicht. Das geht übrigens auch aus den Protokollen des entsprechenden Kabinettsausschusses nicht hervor. Da wird nur erwähnt: Wir müssen eigentlich dieselben Messmethoden, die wir im Westen anwenden, konsequenterweise auch in der DDR - - Und dann kam eben das Problem: Soll man verhandeln? Wann soll man verhandeln? Soll man die überhaupt zunächst erst mal nicht informieren und erst später informieren? Aber man war sich einig darüber: Man kann nicht an der Grenze ein solches Zentrum bauen, ohne Sorge zu tragen, dass auf der anderen Seite da keine Probleme entstehen. Aber welche Messungen genau - - Kann ich Ihnen nicht sagen.

Angelika Brunkhorst (FDP): Ich habe keine weiteren Fragen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Herr Buschmann?

(Abg. Marco Buschmann (FDP)
schüttelt den Kopf)

- Nein. - Dann geht das Fragerecht weiter an die Fraktion Die Linke. Bitte.

Johanna Voß (DIE LINKE): Danke schön. - Tag, Herr Friderichs! Ich wollte noch mal zu der Zeit nach dem 22.02. fragen vielleicht. Der Ministerpräsident Albrecht hat noch zu Beginn 77 in Erwägung gezogen,

eine Entsorgung in den USA auch zu prüfen, nicht? Nach Amerika sollte der Atom Müll transportiert werden. Und Sie, Herr Dr. Friderichs, hatten damals die Aufgabe, die Option zu prüfen, und sind zu dem Ergebnis gekommen, dass unter anderem aus Gründen der Sicherheit - also wegen der Schiffstransporte und Zugtransporte, was da nötig ist -, aber auch aus Gründen von der politischen Abhängigkeit eine solche Option nicht infrage käme.

Mich interessiert jetzt besonders, wie Sie damals dieses Ansinnen von Ministerpräsident Albrecht - Entsorgung in den USA - gesehen haben. War es zum Beispiel ein letzter Versuch, die Entsorgungsanlage aus Niedersachsen rauszuhalten?

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Das weiß ich nicht. Das müssen Sie Herrn Albrecht fragen oder die Niedersachsen. Ich kann Ihnen nur meine Motivation sagen.

Johanna Voß (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Ich war dezidiert der Meinung: Wenn ein Land wie die Bundesrepublik Deutschland ein Energieprogramm verfasst mit einer derartigen Dichte an geplanten Kernkraftwerken, dann gehört dazu auch, dass man sich auf nationaler Ebene um die Entsorgung kümmert bis zur Endlagerung. Das war nicht nur meine persönliche Position. Das war auch die Position des für die Energiepolitik zuständigen Ministeriums, einschließlich - das habe ich ja angedeutet - der Frage, ob man nicht auch für das eine oder andere kleine Nachbarland, das eine eigene Aufarbeitung und Entsorgung nicht darstellen kann, ein solches Angebot parat haben müsste.

Johanna Voß (DIE LINKE): Hat der Ministerpräsident Albrecht - - War er dann mit Ihrer Ausarbeitung und Ihrer Antwort zufrieden damals?

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Woher soll ich wissen, ob ein anderer mit mir zufrieden ist, wenn es - -

Johanna Voß (DIE LINKE): Ach so. - Nein, ob jetzt das Einverständnis, ob Sie das - - Hatten Sie den Eindruck, dass er das angenommen hat?

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Ich kann Ihnen das nicht sagen, was er dazu gedacht hat. Ich kann Ihnen nur sagen: Das war meine Position und nicht nur meine persönliche, sondern es war unsere Position: Wir brauchen eine Endlagerung, Entsorgung in Deutschland.

Johanna Voß (DIE LINKE): Ja, weil wir haben in dem Zusammenhang einen Vermerk vom 2. Februar aus dem Jahr 77. Das ist MAT A 64, Band 17, die Seiten 94366. Und da steht drin:

Er

- also der Albrecht -

spielt mit der Alternative, Ablehnung der USA vor Standortwahl zur Bedingung zu machen ...

Also:

Er spielt mit der Alternative, die Ablehnung der USA vor der Standortwahl zur Bedingung zu machen, und vermutet oder erhofft Interesse der USA an der Übernahme der Brennelemente wegen Bedenken gegen Plutonium-Weiterverbreitung.

Man hat hier den Eindruck, die USA-Karte - dieses ins Spiel zu bringen - ist für Albrecht doch sehr entscheidend gewesen, oder?

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Kann ich nicht - -

Johanna Voß (DIE LINKE): Zumindest geht hieraus hervor, dass Albrecht auf die Alternative USA relativ großes Gewicht gegeben hat in einem Augenblick, als er kurz davor stand, einen vorläufigen Standort benennen zu sollen.

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Mag sein, dass er das, aus welchen Motiven auch immer, gemacht hat. Aber für mich kam eine Verlagerung - ich drücke das bewusst mal so aus - der gesamten Entsorgung bei dem geplanten Kernkraftwerksvolumen, das wir hatten, auf USA oder wen auch immer nicht infrage. Bezüglich einer europäischen Lösung - der hätte ich offener gegenübergestanden - waren meine Bedenken und meine negative Haltung, dass das auf den Sankt-Nimmerleins-Tag hinausläuft, ehe sich

so viele Länder auf eine gemeinsame Lösung in einem Land einigen würden.

Deswegen war ich der Meinung: Wenn man zur Kernenergie Ja sagt, dann muss man auch klar sagen: Was passiert mit Aufarbeitung und Entsorgung?

Johanna Voß (DIE LINKE): Das ist ja richtig. Aber das hat ja der Ministerpräsident Albrecht anders gesehen, eindeutig.

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Ja, das mag ja sein.

Johanna Voß (DIE LINKE): Mag sein. So, und Sie hatten die Aufgabe, ihn - -

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Wir sind hier nicht - - Der war Ministerpräsident eines Landes. Der hatte seine Interessen zu vertreten. Dazu kann ich - - brauche ich mich nicht zu äußern.

Johanna Voß (DIE LINKE): Das spielte am 6. Mai 1977 noch eine Rolle, diese alternative Lösung. Wir haben hier - MAT A 153, Band 2 - ein Kabinettsprotokoll vom 6. Mai. Und da kann man lesen:

Aus der Aussprache über TOP 1 - Aktuelle Kernenergieprobleme im internationalen Bereich. Ministerpräsident Albrecht habe den Wunsch vorgetragen, parallel zu dem Genehmigungsverfahren betreffend das nationale deutsche Entsorgungszentrum

- also parallel zu Gorleben -

die Möglichkeit von internationalen Lösungen des Entsorgungsproblems zu sondieren. Die überwiegende Meinung im Rat sei dahin gegangen, die Karte einer internationalen, insbesondere europäischen Lösung des Entsorgungsproblems zwar zu spielen. Der Verzicht auf die Errichtung eines nationalen Entsorgungszentrums sei jedoch unter anderem auch wegen des in dieser für die öffentliche Meinung sensiblen Angelegenheit in den europäischen Gremien zu erwartenden langwierigen Entscheidungsprozesses im Rat nicht befürwortet worden.

Das spiegelt dann eher Ihre Meinung wider, dass Sie fanden, das führt zu langwierigen Verhandlungen und ist nicht zielführend?

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Ich kann Ihnen nur sagen: In den Sitzungen des Kabinettsausschusses - Sie sprachen von Mai 77, wenn ich das richtig gehört habe -

Johanna Voß (DIE LINKE): Genau.

Zeuge Dr. Hans Friderichs: -, zum Beispiel vom 30. März 77, also vorher, spielt USA überhaupt keine Rolle. Und auch in der Sitzung anschließend - - Die war wann?

(Der Zeuge blättert und liest in seinen Unterlagen)

Mai. Ja. Auch in der Sitzung vom 17. Mai - die war also nach dem Termin, den Sie erwähnt haben - spielen die USA nach meiner Kenntnis auch keine Rolle. - Vorsicht!

(Der Zeuge blättert und liest in seinen Unterlagen)

Ja, da kommt nun die Frage: Blueprints, Urananreicherung. Das betrifft aber da mehr Brasilien. Also, jedenfalls unsere eigene Entsorgung: Nein. Und zu dem Thema hat sich in diesem Kabinettsausschuss der damalige Staatssekretär im Außenministerium, Herr Hermes, geäußert.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Vielen Dank. - Das Fragerecht geht zunächst weiter an Bündnis 90/Die Grünen.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank.

(Der Zeuge blättert und liest in seinen Unterlagen)

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Da gibt es übrigens einen Vortrag von Herrn Hermes, wie ich hier gerade sehe, auf der zweiten Sitzung des Rates für die friedliche Nutzung der Kernenergie am 05.05.77. Das war ja zeitnah. Darauf wird hier Bezug genommen. Den Vortrag habe ich aber leider nicht. Nein.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gut. Herzlichen Dank, Herr Dr. Friderichs. - Die Fragezeit für Bündnis 90/Die Grünen beginnt nun. Bitte schön.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Dr. Friderichs, ich will erst mal sagen, dass ich das sehr erfreulich finde - auch aus heutiger Sicht -, dass Sie die Entsorgungsfrage so ernst genommen ha-

ben. Das war ja nicht durchgängige Haltung durch die Jahrzehnte und durch alle -

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Das ist richtig.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - sage ich mal - Entscheidungsträger. Also, das ist in meinen Augen etwas sehr Erfreuliches.

Ich würde Sie jetzt gern mal zu Ihren Beziehungen zu Professor Mandel fragen. Sie haben ja gesagt, Sie haben sich öfters gesprochen. Wie war denn diese Beziehung? Hatten Sie gemeinsame Haltungen in der Energiefrage, auch vielleicht in der Frage Entsorgung und allen daraus ableitenden Fragen?

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Bitte unterstellen Sie jetzt nicht, dass das eine sehr intensiv enge Beziehung mit Mandel war in dieser Zeit. Ich sage gleich, warum ich die Einschränkung mache.

Mandel hatte sehr viel mehr zu tun mit meinem Staatssekretär Rohwedder, der die Energiepolitik im Hause zu vertreten hatte. Aber natürlich kannte man ihn. Natürlich habe ich über solche Fragen mit ihm auch gesprochen. Aber ich kann mich an wirklich intensive oder gar kontroverse Diskussionen nicht erinnern.

Klar ist: Mandel war ein reiner Vertreter der Kernenergie. Das war in unserem Hause ja etwas anders. Wir waren ja auch noch zuständig für Öl, für Gas und für den Kohlebereich.

Meine Einschränkung, Erinnerung beruht darauf, dass ich nach Ausscheiden aus der Bundesregierung und Übergang in den Vorstand der Dresdner Bank sehr bald danach Aufsichtsratsmitglied des RWE geworden bin. Ich bin sehr vorsichtig jetzt mit 30 Jahren Rückblick zu sagen: Da habe ich mit Mandel geredet, als ich Aufsichtsrat war, und da habe ich mit Mandel geredet, als ich es nicht war.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, dafür habe ich Verständnis. Aber ich habe trotzdem den Eindruck von dem her, was Sie uns jetzt auch dargestellt haben, und aus den Unterlagen, dass in der Frage der Wichtigkeit des Ausbaus der Kernenergie da schon eine Übereinstimmung herrschte. Und meine Frage wäre jetzt: Herrschte die auch in der Frage: Wie wichtig

ist es denn dann, auch die Entsorgungsproblematik zu lösen? War da auch eine Übereinstimmung? Also, ich gehe einmal davon aus.

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Mir ist nicht bekannt, dass es einen Dissens gab. Nur, meine Position in der Entsorgungsfrage - bitte nehmen Sie das zur Kenntnis - war sehr dezidiert. Ich bin auch heute noch der Meinung: Man kann nicht in diesem Ausmaß Kernenergie nutzen - wofür ich war, damit das klar ist; dazu bekenne ich mich -, ohne das andere Thema zu regeln.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist richtig. Stimme ich mit Ihnen völlig überein.

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Dass die Franzosen uns entgegenkamen mit La Hague, dass dort Aufarbeitung gemacht werden konnte, ist eine ganz andere Frage. Aber das enthebt einen doch nicht - - Und ich habe, wie gesagt, das erste deutsche Energieprogramm zu verantworten, und ich wollte ein Energieprogramm haben. Ich habe die Fortschreibung zu verantworten. Und es gab in der damaligen - lassen Sie mich das noch mal klar sagen - Koalition aus SPD und FDP überhaupt keine Meinungsunterschiede über die friedliche Nutzung der Kernenergie und auch keinen Meinungsunterschied über den Umfang. Denn das Energieprogramm I und II hat die Zustimmung des Bundeskabinetts - das mache ich ja nicht allein -, zumindest die Zustimmung, gefunden. Das war die Position. Und die damalige Opposition - - Ich habe stellvertretend für eine Reihe anderer Kollegen Herrn Dr. Barzel erwähnt, weil er der Fraktionsvorsitzende war. Und ich habe insbesondere in der ersten und zweiten Energiekrise mit Herrn Barzel ganz eng zusammengearbeitet, manchmal ein bisschen zur Irritation des einen oder anderen Koalitionsfreundes, weil ich mir keine Niederlagen, weder im Bundestag noch im damals anders besetzten Bundesrat, einhandeln wollte wegen der Dringlichkeit der Probleme. Und das hat auch geklappt. Ich bin mit keinem einzigen Vorschlag damals -

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut.

Zeuge Dr. Hans Friderichs: - an der Opposition gescheitert, weil ich sie allerdings auch rechtzeitig in meine Überlegungen einbezogen habe. Das war mein grundsätzliches ... (akustisch unverständlich)

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich würde jetzt gern noch mal zum Untersuchungsgegenstand kommen, weil hier stehen ja schon ein paar Widersprüche im Raum. Ich meine, unsere Aufgabe, die kompliziert und schwierig nach 30 Jahren ist, ist, zu versuchen, Klarheit in dieses Dunkel der Geschichte, wie es sich heute darstellt, zu schaffen. Und wir haben jetzt heute ein paar Dinge, wo eher so ein bisschen Vernebelung da ist. Sie haben ja die Vorhalte von Herrn Edathy zur Kenntnis genommen, wo er eigentlich ziemlich lückenlos dargelegt hat, wie die Haltung der Bundesregierung zum Standort Gorleben war, nämlich deutlich ablehnend, während Ihrer Erinnerung nach die Haltung der Bundesregierung - nicht nur Ihre, sondern die der Bundesregierung - deutlich positiv war. Das ist ja ein Widerspruch zwischen Ihrer Erinnerung und der Aktenlage, dem wir jetzt mal nachgehen müssen.

Für mich ist die Frage: Wie kann so was entstehen, dass so eine Erinnerung fest da ist und eine Überzeugung „So war das“, obwohl es nach den Akten anders war? Ich nehme an - und würde Sie da bitten, das vielleicht aus Ihrer Erinnerung noch zu ergänzen -, dass zumindest bei Ihnen auch schon vor diesem 11.11. - gehe ich jetzt mal davon aus - eine Überzeugung war, dass Gorleben eine gute Lösung ist. Und die Frage, die sich mir stellt oder uns als Untersuchungsausschuss, ist ja nach wie vor: Wie kam es zu der Benennung Gorlebens an diesem 11.11.?

Wenn wir jetzt heute Sie als Zeugen hier haben und Sie sagen: „Ich war davon überzeugt, dass Gorleben eine gute Lösung ist, ich war nicht überrascht, dass das Thema am 11.11. war“, dann ist die Frage: Woher kam das bei Ihnen, dass das keine Überraschung war, sondern Sie wussten es vorher? Die Bundesregierung war ansonsten nach der Aktenlage eher nicht überzeugt. Es gibt auch keine Belege, dass es da eine gemeinsame Überzeugung oder auch nur eine gemeinsame Benennung von Gorleben gegeben hätte vor diesem 11.11. Im Gegenteil, alle Unterlagen weisen immer nur auf diese

drei Standorte Wahn, Lichtenhorst und Lutterloh hin. Wie kam das?

Ich will jetzt noch mal auf die PWK, zu der Sie ja durchaus formelle, vom Amt geprägte, aber wahrscheinlich auch ein paar andere Beziehungen hatten, weil man sich natürlich zwangsläufig auch dann trifft - das kennen wir als Parlamentarier ja auch - bei allen möglichen Veranstaltungen - - Ich bin schon beeindruckt von dieser Berichterstattung, die wir hier haben, von der Gesellschafterversammlung am 09.11.76 - - an dem eben die PWK bzw. auch Herr Mandel, der das wahrscheinlich nachher anschauen und unterschreiben musste, festhält, dass man mit Ihnen, so wie mit Herrn Kiep, vor dem 11.11. noch einmal Gespräche führen will und auch die Gelegenheit hat. Also, hier ist nicht von einer Absicht - - sondern: Wir werden die Gelegenheit haben. - Offensichtlich standen die Termine schon fest.

Halten Sie es denn aus Ihrer Erinnerung für ausgeschlossen, dass Sie vor diesem 11.11. noch mal ein Gespräch mit Herrn Mandel, und zwar speziell zu dieser Frage Gorleben, hatten?

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Wie könnte ich auf die Idee kommen, jetzt zu sagen, ich halte das für ausgeschlossen? Ich weiß es nicht. Das hat doch keinen Sinn, dass Sie versuchen, aus einem Zeugen Aussagen herauszuholen, die Sie vielleicht gern hören würden, wenn er das nicht weiß. Ich hätte keine Hemmungen, wenn es so wäre, Ihnen zu sagen: Ja, es kann sein, dass ich mich mit Herrn Mandel getroffen habe. Es kann sein, dass ich mich nicht mit Herrn Mandel getroffen habe und er die Dinge mit meinem Staatssekretär besprochen hat. Ich weiß es nicht. Ich weiß es nicht.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut, wenn Sie es nicht ausschließen, reicht mir im Moment.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank.

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Na, hören Sie mal! Entschuldigung, ich bin Jurist von Hause aus, ja, unter anderem. Aber derartige Ableitungen hätte ich mir in meiner Zeit bei der Justiz nicht gewagt: Es genügt mir, dass Sie das nicht ausschließen. - Das ist schon ganz munter.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das lassen wir jetzt so im Raum.

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Juristisch ist das schon - - Bei einer Zeugenvernehmung - Frau Vorsitzende, ich muss immer Sie ansprechen, ich soll ja gar nicht mit den - - und so weiter - - Ich finde das schon bemerkenswert.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Wir auch! Wir auch! - Weitere Zurufe von der CDU/CSU: Wir auch!)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gut. Wir lassen das jetzt so im Raum stehen. Ich glaube, Herr Dr. Friderichs hat dazu alles gesagt.

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Ich glaube, ich bin als Zeuge geladen, oder?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja, Sie sind als Zeuge geladen, nicht als Angeklagter. Das hatten wir auch schon mal miteinander besprochen. Genauso ist das. Und ich glaube, Sie haben alles, was es an sachdienlichen Hinweisen dazu gibt, gesagt.

So, wir sind jetzt am Beginn der dritten Berliner Runde. Und ich gebe der CDU/CSU-Fraktion das Wort. Bitte schön.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja. Es ist hier von Nebel gesprochen worden. Jetzt ist Nebel gemacht worden. Den müssen wir einmal ein bisschen lichten. Denn die Frage ist ja: Warum hat es die unterschiedlichen Bewertungen des Standorts Gorleben gegeben?

Herr Edathy hat unter anderem zitiert aus einem Vermerk von Herrn Dr. Konow, MAT A 138, Band 18, Seite 109 ff. Dort steht - und ich meine, er hätte das auch sogar zitiert; aber deswegen will ich es noch mal zu Gehör bringen - drin auf Seite 2:

Offen blieb jedoch, ob es möglich wäre, für das EZ den 4 km von der DDR-Grenze entfernten Salzstock Gorleben ... zu wählen. Hier handelt es sich um den Standort mit der technologisch günstigsten Platzziffer aus dem Kreis der geeigneten Standorte (2, die anderen Standorte - Lutterloh, Lichtenhorst, Wahn, Börger - kommen auf die Platzziffer 3,5).

Das ist das eine. - Das Zweite ist: Herr Schmidt, Herr Bundeskanzler Schmidt hat in seinem Brief an Ministerpräsident Ernst Albrecht vom 15. Dezember - das ist die MAT A 138, Band 19, Seiten 79, 80 - geschrieben:

Die am 11. November 76

- also das Gespräch, das Sie geführt haben mit Albrecht -

angesprochene Problematik eines DDR-nahen Standorts ist inzwischen in Gesprächen der zuständigen Beamten der Bundesregierung und des niedersächsischen Wirtschaftsministeriums weiter vertieft worden.

Das heißt: Er bezieht sich darauf, dass am 11. November dieser DDR-nahe Standort diskutiert worden ist. Der kann also nicht aus dem Hut gezaubert worden sein; denn sonst hätte man diese ganzen Aspekte nicht behandelt.

So. Dann kommt der entscheidende Punkt, und darüber würde ich gern alles, was Sie noch an Erinnerung haben, herausfragen wollen:

Aufgrund dieser Gespräche - -

- Also die es nach dem Gespräch mit Ihnen in Hannover und Albrecht gegeben hat zwischen den einzelnen Ministerien.

Aufgrund dieser Gespräche sind die zuständigen Bundesminister zu der Auffassung gelangt, daß ein DDR-naher Standort nicht in Betracht gezogen werden sollte.

Das ist ein Brief vom 15. Dezember. Und wenn er sagt „die zuständigen Bundesminister“, nimmt er Sie mit in Anspruch. Sie haben dieses Schreiben, heißt es in einem davor befindlichen Hinweis, auch gesehen und abgezeichnet.

Ist es nicht in Wahrheit so gewesen - das bitte ich Sie jetzt nun zu bestätigen oder eben nicht -, dass es zwar keinen Streit darüber gab, dass Gorleben der am besten technologisch geeignete Standort ist, dass aber das DDR-Problem insbesondere den Bundeskanzler Schmidt sehr beschäftigt hat und dass er eben versucht hat, politisch auszutesten, ob man deshalb von diesem Standort runterkommt? Das heißt: Ist es so gewesen, dass Sie sich auch in Anspruch haben nehmen lassen, kritisch dem Standort Gorleben gegenüber zu sein wegen der

DDR-Problematik und ausschließlich wegen der DDR-Problematik, aber nicht wegen der Frage, ob der Standort technologisch geeignet ist oder nicht?

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Also, ich habe das so in Erinnerung, dass Gorleben die Priorität hatte - ich darf das mit meinen Worten sagen -,

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Dr. Hans Friderichs: - dass der Zeitdruck, den auch ich versucht habe aufzubauen, darum ging, endlich mit den Untersuchungen zu beginnen - das war ja vorher alles mehr oder weniger Theorie; es sollte erst mal gebohrt werden, um es mal so drastisch auszudrücken -, dass das läuft. Wir waren uns einig, dass wir uns Gedanken über weitere Standorte - zwei sind ja erwähnt worden: Wahn und Lichtenhorst - gleichwohl machen sollten, weil der Bundeskanzler, also nach meiner Kenntnis jedenfalls, in den Kabinettsausschusssitzungen 77 keinmal gesagt hat: Gorleben kommt aus diesen Gründen nicht infrage. - Er hat immer darauf hingewiesen, auf die Problematik und dass er nicht froh sei, wenn wir uns möglicherweise gegenüber der DDR unter Umständen erpresserischen Situationen aussetzen würden.

Aber ich habe jedenfalls ab 77 - - Und leider sind die Unterlagen im Wirtschaftsministerium bis Ende 66 [sic] nicht mehr vorhanden, weil sie nicht mehr aufbewahrungspflichtig waren, sodass ich mein Gedächtnis da nicht auffrischen konnte.

Also Fazit: Schmidt hat seine Bedenken geäußert. Wenn Sie wollen, könnte ich das aus dem einen oder anderen Protokoll hier auch zitieren. Aber er hat nach meiner Kenntnis nie dazu ein klares Nein gesagt, sondern: Lass uns erkunden. Lass uns endlich anfangen mit der Probierung.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Nun hat der Kollege Edathy ja das Thema Wahn - - Übrigens nur zur Ihrer Klarstellung: Das ist nicht Wahn Köln/Bonn mit dem militärischen Teil, sondern Wahn ist ein gleichnamiger Ort im Emsland, also auch in Niedersachsen -

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Ja.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): -, weil Sie das einleitend verwechselt hatten, was überhaupt nicht schlimm ist.

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Ja, ja.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Er hat also gesagt, man habe Wahn angeboten. Es gibt sogar in den Unterlagen - - Ich liefere das gern nach. Ich habe es eben gerade gesucht. Ich finde es jetzt nicht, was die Stelle angeht, aber ich verbürge mich. Es gibt sogar Überlegungen, der niedersächsischen Landesregierung anzubieten, den militärischen Betrieb dort einzuschränken, wenn man bereit gewesen wäre, Wahn anzubieten.

Sie haben vorhin gesagt: Gegen Wahn war Kollege Leber.

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Ja.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Könnten Sie das in diesem Zusammenhang erläutern? Warum war Leber gegen Wahn, und welche Wirkung hat das vielleicht auch auf die Entscheidungsbildung in der damaligen Bundesregierung gehabt?

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Also ausweislich - -

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Ich finde es im Moment nicht, aber nach meinem Gedächtnis war es so, dass der Kollege Leber auf diese militärische Anlage hingewiesen hat und gesagt hat: Das verträgt sich nicht. Das gibt auch noch mal zusätzlichen Widerstand, wenn man die beiden Dinge - - Kurzum: Er war dezidiert dagegen. Er wollte den Schießplatz nicht verlegen. Und er war dagegen, dass in der unmittelbaren Nähe dieses seines Übungsgeländes das Konzept realisiert wird.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ist es so gewesen, dass man überhaupt deshalb an Wahn gedacht hat, um eben der niedersächsischen Landesregierung eine Alternative gegenüber Gorleben anzubieten?

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Das kann sein. Das kann ich weder mit Ja noch mit Nein beantworten. Es ist aber denkbar. Richtig ist, dass wir wegen der DDR-Problematik immer wieder gesagt haben: Wir müssen

gucken, wo auch noch andere Möglichkeiten bestehen. Mein Staatssekretär - das geht aus einer kleinen Bemerkung hervor - sagte irgendwann: Wir müssen auch Nordrhein-Westfalen und Bayern mal mit ins Boot nehmen, damit die auch mal überlegen, ob sie einen Standort anbieten können. - Das ist aber nach meiner Kenntnis nicht weiterverfolgt worden.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das ist nicht weiter verfolgt worden, weil sich die Begeisterung in diesen Bundesländern über solche Überlegungen in Grenzen gehalten haben dürfte.

Zeuge Dr. Hans Friderichs: In NRW ja. Bei Bayern bin ich da nicht so sicher, denn Strauß war erklärtermaßen ein Befürworter der Nutzung, der friedlichen Nutzung der Kernenergie.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Lassen Sie mich das noch mal zusammenfassen, weil das, glaube ich, ganz entscheidend ist: Also, die Bedenken gegen den Standort Gorleben waren nicht technologischer, entsorgungstechnischer Natur, sondern es hat sich immer ausschließlich um die DDR-Problematik gehandelt?

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Also, ich habe keine Bedenken oder Widerstände in Erinnerung gegen Gorleben, außer der Sorge: DDR. Ich glaube, ich brauche „das DDR“ jetzt nicht noch mal zu erklären.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ist klar. Ja, alles klar.

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Wir sind uns, glaube ich, einig, was wir meinen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja. Okay. - Danke schön.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Keine weiteren Fragen mehr von der - -

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Aber, wie gesagt, übrigens auch der Bundeskanzler hat ausweislich eines oder zweier Protokolle, auch Ünscher nicht - - Ich meine, das wären ja die beiden relevanten Ressorts für die außenpolitische Seite gewesen. Nach meiner Kenntnis haben beide nicht Nein gesagt -

denn dann wäre Gorleben tot gewesen -, sondern haben auf die Probleme hingewiesen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja, wenn Sie das ansprechen, würde ich gern nachfragen. Am Ende hat ja auch der Bundeskanzler Gorleben zugestimmt und die DDR-Bedenken zurückgestellt.

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Ja.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Haben Sie daran, wie es zu dieser sozusagen Haltung gekommen ist, noch Erinnerung?

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Wie es dazu gekommen ist, nicht; aber ich weiß, dass es so war.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Okay.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Dann gibt es keine weiteren Fragen aus der Union mehr. Ich unterbreche jetzt noch einmal, wie vereinbart, unsere Sitzung bis um 15.00 Uhr. - Vielen Dank.

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Muss das sein, nachdem wir eine so lange Pause hatten?)

(Unterbrechung
von 13.58 bis 15.02 Uhr)

(Der Ausschuss beschließt nach kurzer Beratung einvernehmlich, die für die heutige Sitzung vorgesehene Vernehmung des Zeugen

Dr. Adalbert Schlitt auf die Beweiserhebungssitzung am 27.10.2011 zu vertagen und für diese Sitzung die Zeugen in folgender Reihenfolge zu laden: 10.00 Uhr: Jürgen Schubert, 12.30 Uhr: Jörg Martini, 15.00 Uhr: Dr. Adalbert Schlitt)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich werde jetzt der SPD-Fraktion das Wort zur weiteren Befragung des Zeugen Dr. Friderichs erteilen. Bitte schön.

Sebastian Edathy (SPD): Ja, Herr Dr. Friderichs, der Kollege Grindel hat ja zu insinuiert versucht, dass doch auch seitens des Bundes Gorleben auf dem Schirm gewesen sei. Ich will Ihnen einen Vorhalt machen

und da um eine Beurteilung aus Ihrer Sicht, soweit das erinnerungsmäßig möglich ist, bitten. Das ist MAT A 138, Band 18, Paginierung 76. Das ist ein Vermerk aus dem Forschungsministerium vom 10.12.1976 für den Forschungsminister. Ergebnisvermerk über die Besprechung in Hannover, und zwar die vom November 76. In diesem Vermerk heißt es auf Seite 3 unter der Überschrift „Zusätzliche Standorte“:

Vom Land (Kiep) wurde gefragt,

- also bei dem Gespräch in Hannover, an dem Sie beteiligt waren -

ob es neben den 3 bisher ausgewählten Standorten Wahn, Lichtenhorst, Weesen-Lutterloh noch andere geeignete gibt, z. B. Gorleben/Lüchow-Dannenberg ... Vertreter des Landes betonten die aus ihrer Sicht hervorragende Eignung dieses Standortes. Seitens Bund wurde erläutert, daß er durch seine unmittelbare Lage an der innerdeutschen Grenze nicht in Betracht gezogen wurde.

Entspricht das Ihrer Erinnerung, dass das Stichwort Gorleben, wie es aus diesem Vermerk ja hervorgeht, relativ überraschend bei dem Gespräch im November 76 in Hannover thematisiert worden ist und dass Gorleben vom Bund abgelehnt wurde?

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Ich habe mich ja mehrfach dazu geäußert. Ich habe es nicht so in Erinnerung. Ich habe auch nicht in Erinnerung, dass der Bund Gorleben abgelehnt habe. Richtig ist, dass der Bund Bedenken hatte wegen der Nähe zur DDR.

Sebastian Edathy (SPD): Ja. Ich hatte bereits in der ersten oder zweiten Runde auf den Vermerk aus dem Kanzleramt selber, der sich auch bezog auf das Gespräch, zitiert, in dem die Rede ist - Zitat -, das ist MAT A 138, Band 18, Paginierung 109 f. -: Eine

Präferenz des niedersächsischen Wirtschaftsministers für Gorleben

sei deutlich geworden, weil - und das ist jetzt die Begründung aus Sicht des Bundes -

bei diesem Standort die Möglichkeiten der innerpolitischen Durchsetzung am günstigsten beurteilt werden; es handelt sich um ein abgelegenes, dünn besiedeltes

Gebiet mit einfachen Eigentumsstrukturen.

Können Sie sich erinnern, dass die Frage der politischen Durchsetzbarkeit, also nicht die Frage der zum Beispiel geologischen Eignung, sondern der politischen Durchsetzbarkeit eines Standortes eine Rolle gespielt hat bei dem Gespräch in Hannover?

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Ich kann mich daran nicht erinnern, aber aus den Protokollen des Kabinettsausschusses geht hervor, dass bei dem Standort Wahn oder Lichtenhorst die Frage der politischen Akzeptanz erwähnt wurde mit Blick auf die militärischen Anlagen in unmittelbarer Nachbarschaft.

Sebastian Edathy (SPD): Das heißt - - Ich muss noch mal ergänzend fragen. Hat das - -

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Bitte?

Sebastian Edathy (SPD): Es gab ja damals schon Proteste. Es waren ja verschiedene Standorte im Gespräch, auch in der Öffentlichkeit genannt. Und im Emsland hat es ja ganz offenkundig Proteste gegeben. Auch das findet sich ja in den Akten des Kanzleramtes wieder. Hat das eine Rolle gespielt bei Ihrem Gespräch mit dem niedersächsischen Ministerpräsidenten, an welchem Standort man mit dem geringsten Widerstand der Anwohnerschaft zu rechnen hätte?

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Ich kann mich nicht erinnern, dass dies abgewogen wurde. Ich habe nur den Akten entnommen, dass Leber, wie gesagt, auf dieses Problem im Zusammenhang mit benachbarter militärischer Nutzung - - Wörtlich heißt es hier:

Bundesminister Leber weist für den Standort Lichtenhorst vorsorglich auf die Notwendigkeit schwer zu bewerkstelliger militärischer Umdispositionen hin.

An anderer Stelle sagte er auch:

In dem Zusammenhang befürchte er auch öffentliche Kundgebungen, Demonstrationen, die schwierig seien.

Sebastian Edathy (SPD): Ja, wobei - -

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Aber das hat - - Ich erinnere mich nicht daran - ich erinnere mich nicht daran, das ist ja kein Beweis, dass es nicht stattgefunden hat -, dass in dem Gespräch mit Herrn Albrecht diese Thematik erörtert worden ist. Ich erinnere mich nicht daran.

Sebastian Edathy (SPD): Gut. Also, das ist ja der Zeitraum Ende 1976.

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Ja.

Sebastian Edathy (SPD): Noch mal zu der Frage: Was war eigentlich die Haltung der Bundesregierung? Das ist wirklich der zentrale Punkt, glaube ich, bei Ihrer Ladung als Zeuge sozusagen: Wie ist die Entscheidung, die Vorabentscheidung zugunsten von Gorleben zustande gekommen? Welche Haltung haben die Landesregierung eingenommen und die Bundesregierung?

Wir finden in den Akten ein Schreiben - MAT A 118, Band 9, Paginierung 50 ff. Das ist ein Schreiben von Bundeskanzler Helmut Schmidt an den Ministerpräsident Dr. Albrecht, und zwar nicht aus 76, sondern aus 77, vom 28. Januar 1977. In diesem Schreiben vom Bundeskanzler an den niedersächsischen Ministerpräsidenten heißt es auf Seite 2 - Zitat -:

Auch verhehle ich Ihnen nicht meine Sorge darüber, daß hiesigem Vernehmen nach aus Ihrer Sicht

- also Albrechts -

der DDR-grenznahe Standort Gorleben - trotz der in meinem Schreiben vom 15. Dezember 1976 geäußerten Bedenken - immer noch vorrangig zur Wahl steht.

Ich verhehle Ihnen nicht „meine Sorge“, dass „hiesigem Vernehmen nach aus Ihrer Sicht“ - Herr Albrecht - trotz meiner Bedenken, die ich am 15. Dezember 76 als Bundeskanzler Schmidt geäußert habe, immer noch Gorleben „vorrangig zur Wahl steht“.

Würden Sie mir zustimmen, dass das doch ganz klar den Eindruck erweckt, dass selbst Anfang 1977, im Januar 77, die Bundesregierung - und der Kanzler spricht ja wohl für die Regierung - noch der Auffassung war, Gorleben sei nicht geeignet?

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Ich kann das nicht bestätigen. Das geht auch aus

den - - Ich weiß nicht, warum Sie dauernd darauf rumhacken. Schauen Sie sich doch mal bitte die Protokolle des zuständigen Kabinettsausschusses an.

Sebastian Edathy (SPD): Ja, gehen Sie denn davon aus, dass all das, was wir in den Akten gefunden haben, unwahr ist?

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Ich habe mich zu Ihren Akten nicht zu äußern. Ich denke nicht daran. Ich habe lange genug dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung angehört, um zu wissen, was ich hier zu sagen habe.

Aber ich weiß nicht, warum Sie nicht bereit sind, Dinge, die ich aus den Akten zitiere, zur Kenntnis zu nehmen. Sie erwarten, dass ich kanzleramtsinterne Vermerke kommentiere. Ich werde das, Frau Vorsitzende, nicht tun. Das ist nicht meine Aufgabe hier.

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Ich lese Ihnen jetzt vor, was hier steht:

Der Bundeskanzler stellt fest, dass die Unterrichtung der DDR unter Berücksichtigung der vorgebrachten Gesichtspunkte vom Bundeskanzleramt veranlaßt werde. Hierbei sei der Wunsch nach Gegenseitigkeit - -

Und so weiter. Und dann sagt er immer wieder, und ich zitiere wörtlich:

... betont im Hinblick auf die in der BMFT-Vorlage vom 30.06.77 dargestellten politischen Risiken, dürfe die Prüfung eines alternativen Standorts (Lichtenhorst) nicht aufgegeben werden.

Das ist völlig richtig. Wir haben immer gesagt: Wir können uns nicht auf den einen Standort konzentrieren, wenn wir nicht wissen, ob er funktioniert. Wir müssen mindestens eine oder zwei andere Optionen haben. Das habe ich mehrfach heute gesagt. Ich zitiere das noch mal. Unmittelbar danach schließt sich an:

Bundesminister Friderichs befürwortet

- jetzt unter der Überschrift „Standort Lichtenhorst“ -

nur die Fortführung der bundesinternen Sammlung von für die Standortbewertung von Lichten-

horst einschlägigen Materials, um auf jede Eventualität vorbereitet zu sein.

Das war meine Position. Maihofer und Leber schließen sich dieser Auffassung an.

Sebastian Edathy (SPD): Können Sie noch mal das Datum - -

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Dann sagt Leber aber wieder: Hoppla, Vorsicht, bei Lichtenhorst habe ich als Verteidigungsminister gewisse Bedenken.

Sebastian Edathy (SPD): Ja, Lichtenhorst war aber nicht - -

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Vielleicht, vielleicht ist - -

Sebastian Edathy (SPD): Lichtenhorst war nicht Militärstandort.

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Vielleicht ist ein Hinweis -

Sebastian Edathy (SPD): Lichtenhorst war für die Trinkwassergewinnung kritisch.

Zeuge Dr. Hans Friderichs: - auf Ihre Dinge und auf eine veränderte - vielleicht veränderte - Meinung. So. Dann hat Maihofer irgendwann vorgetragen, dass die ursprüngliche Meinung, man müsse die Messungen auf dem Gebiet der DDR vornehmen, nicht mehr nötig sei. Man könne mittlerweile auch aus unserer Region, aus unserem Gebiet heraus - -

Sebastian Edathy (SPD): Danach habe ich gar nicht gefragt, Herr Zeuge. Ich bitte nur um Verständnis. Es ja so: -

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Vielleicht darf ich - -

Sebastian Edathy (SPD): - Wenn ich an der Stelle insistiere, dann tue ich das deshalb, weil Sie vorhin im Rahmen der Beantwortung von Fragen, insbesondere von Herrn Grindel, den Eindruck erweckt haben, als sei Gorleben eine Präferenz der Bundesregierung gewesen. Aus den Akten ergibt sich aber genau das gegenteilige Bild, dass noch Anfang 77 die Bundesregierung - -

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Aber dem habe ich doch nicht widersprochen.

Sebastian Edathy (SPD): Ich habe folgende Frage, Herr Friderichs.

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Ich habe nicht widersprochen, dass Niedersachsen Gorleben wollte. Ich habe Ihnen das gesagt.

Sebastian Edathy (SPD): Ja, aber Sie haben behauptet, dass der Bund auch Gorleben wollte. Und das deckt sich nicht - -

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Ich werde Ihnen aus dem vorletzten Beschluss, an dem ich mitgewirkt habe vor meinem Ausscheiden - ,

Sebastian Edathy (SPD): Ja, Sie haben - -

Zeuge Dr. Hans Friderichs: - wenn Sie mir erlauben, Frau Vorsitzende, nachher vorlesen.

Sebastian Edathy (SPD): Ja.

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Da geht auch der Wandel von Herrn Schmidt draus hervor.

Sebastian Edathy (SPD): Was den Wandel von Herrn Schmidt betrifft, habe ich nämlich folgende Frage: Sie haben vorhin hier aus einem Schreiben von Herrn Schmidt vom 6. Juli 1977 vorgelesen. Haben Sie das noch da?

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Ein Schreiben?

Sebastian Edathy (SPD): Ein Schreiben. Sie haben wörtlich aus einem Schreiben vorgelesen: -

Zeuge Dr. Hans Friderichs: An ein Schreiben vom 6. Juli - -

Sebastian Edathy (SPD): - Schmidt an Albrecht, 6. Juli 77.

(Der Zeuge blättert und liest in seinen Unterlagen)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das war Herr Grindel.

Sebastian Edathy (SPD): Ach, Herr Grindel war das! Ah, ja, okay.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Aber nicht vom 06.07.!)

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Ich habe das Schreiben nicht.

Sebastian Edathy (SPD): Dann bringe ich hier etwas Neues offenkundig. Aber wir müssen das mit dem Protokoll noch mal abgleichen. Ich habe das auch so in Erinnerung, dass der Zeuge entsprechend zitiert hat. Das muss das Schreiben gewesen sein, weil sich das hier fast wörtlich deckt, bis auf die Einleitung.

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Ich habe mit Sicherheit nicht aus einem Schreiben des Bundeskanzlers zitiert.

Sebastian Edathy (SPD): Das könnte auch ein Anhang gewesen sein zu einer Kabinettbesprechung. Ich weiß es nicht.

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Das ist ja ein Unterschied, nicht?

Sebastian Edathy (SPD): Nein. Aber es ist - - Von der Wortwahl her ist es das Schreiben. Aber darf ich Ihnen einen Vorhalt machen aus dem Schreiben selber? Das ist MAT A 102, Band 27, Paginierung 59 ff. Das ist ein Schreiben, das datiert vom 6. Juli 1977: „Bundesrepublik Deutschland. Der Bundeskanzler. An den Minister - -

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Von wann?

Sebastian Edathy (SPD): 06.07.77.

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Ja.

Sebastian Edathy (SPD): Haben Sie es doch, oder was?

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Nein, nein, ich wollte nur zuhören.

Sebastian Edathy (SPD): Das ist - -

Zeuge Dr. Hans Friderichs: 6. Juli?

Sebastian Edathy (SPD): 6. Juli 1977.

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Das ist interessant.

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie es vorgelesen?)

Sebastian Edathy (SPD): Ich zitiere:

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!

Der Kabinettsausschuß für die friedliche Nutzung der Kernenergie hat heute unter meinem Vorsitz eingehend die Standortfrage für das Entsorgungszentrum (Wiederaufarbeitung und Endlagerung) in Niedersachsen beraten.

Und dann schreibt Schmidt weiter:

Unter Zurückstellung erheblicher Bedenken, die mit der Nähe des Standortes Gorleben zur DDR zusammenhängen, hat der Kabinettsausschuss beschlossen ...

Usw. usf. Das heißt also: Bonn hat nicht Gorleben favorisiert, sondern hat erhebliche Bedenken gegen Gorleben gehabt, die aber aus einem Grund, den wir vielleicht noch in Erfahrung bringen können hier miteinander, zurückgestellt wurden. Entspricht das Ihrer Erinnerung, dass man innerhalb des Bundeskabinetts gesagt hat: „Wir brauchen einen Standort für das Entsorgungszentrum; Niedersachsen ist nur bereit, uns Gorleben zur Verfügung zu stellen, und obwohl wir Gorleben für nicht geeignet halten, müssen wir uns darauf einlassen, weil ansonsten Niedersachsen gar keinen Standort anbietet“?

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Also, das war vom -

Sebastian Edathy (SPD): Juli 77.

Zeuge Dr. Hans Friderichs: - 6. Juli 77. Wir hatten eine Sitzung des Kabinettsausschusses. Und ich vermute - ich mache keine Briefe für den Kanzler - -

Sebastian Edathy (SPD): Ja, am selben Tag, schreibt er ja: „Der Kabinettsausschuß -

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Das kann ja - -

Sebastian Edathy (SPD): - für die friedliche Nutzung der Kernenergie hat heute ...“.

Und danach schreibt Schmidt am selben Tag noch den Brief.

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Ja, ich bitte um Entschuldigung. Sie - -

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das hat er gerade gesagt!)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Edathy, es macht Sinn -,

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Sie können das doch alles vortragen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: - dass man den Zeugen wirklich ausreden lässt.

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Ich erlaube mir, zu sagen: -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wir haben ja genügend Zeit.

Zeuge Dr. Hans Friderichs: - Ich habe am 6. Juli an keiner Kabinettsitzung oder -ausschusssitzung teilgenommen. Ich habe teilgenommen an einer Sitzung, nämlich an der 4. Sitzung des Kabinettsausschusses am 5. Juli. An der habe ich teilgenommen. Wenn der Bundeskanzler die meint, das müssten Sie ihn fragen. Glücklicherweise lebt er ja noch. Brauchen Sie mich ja nicht zu fragen. Da hat er sich vielleicht im Datum geirrt. Das weiß ich nicht. Aber -

Sebastian Edathy (SPD): Ja. Das könnte man vielleicht aufklären.

Zeuge Dr. Hans Friderichs: - das, worauf er sich bezieht, kann ich Ihnen präzise vorlesen.

Sebastian Edathy (SPD): Bitte.

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Das ist einen Tag vorher gewesen. Ich mache jetzt einen Auszug. Sie können sich aber alles ja vom Wirtschaftsministerium geben lassen.

Standort Lichtenhorst habe ich eben zitiert. Jetzt sagt der Bundeskanzler:

(Der Zeuge liest aus seinen Unterlagen vor)

Der Bundeskanzler stellt die Frage, ob die bisher gegen den Standort

Gorleben vorgebrachten politischen Gesichtspunkte inzwischen an Gewicht verloren hätten.

„Politische Gesichtspunkte“: War immer DDR gemeint.

Von den Mitgliedern des Kabinettsausschusses werden hierzu keine Ausführungen gemacht.

Dann äußert sich Maihofer zum Entsorgungszentrum. So, und nun kommt der Bundeskanzler, der am nächsten Tag, wenn das Datum stimmt, diesen Brief geschrieben hat.

Der Bundeskanzler fasst die Meinungsbildung des Kabinettsausschusses zusammen.

Erstens: Die Bundesregierung beauftragt die Physikalisch-Technische Bundesanstalt, für den vom Land Niedersachsen gewählten Standort für das nukleare Entsorgungszentrum Gorleben umgehend das Planfeststellungsverfahren einzuleiten. Im Hinblick auf die Bedeutung der Standort-sicherung für das Entsorgungszentrum ist die Bundesregierung der Auffassung, daß mit den Erkundungsarbeiten so schnell wie möglich begonnen werden sollte.

Entspricht dem, was ich alles schon mal erzählt habe.

Sebastian Edathy (SPD): Ja.

Zeuge Dr. Hans Friderichs:

Zweitens: Die DDR ist über die der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt durch die Bundesregierung erteilten Ermächtigung, den Antrag gemäß § 9 a Atomgesetz für den Standort Gorleben zu stellen, sowie den weiteren Verfahrensablauf und seine Bedeutung zu unterrichten.

Drittens: Der Beschluß gemäß Ziffer 1

- den habe ich eben zitiert -

soll der Niedersächsischen Landesregierung unverzüglich mitgeteilt werden.

Das ist Ihr 6. Juli. Nur der Kabinettsausschuss war einen Tag zuvor.

Sebastian Edathy (SPD): Ja, das kann ich - -

Zeuge Dr. Hans Friderichs:

Viertens: Im Übrigen ist sich die Bundesregierung darüber klar, daß eine endgültige Standortentscheidung

- „... daß eine endgültige Standortentscheidung ...“ -

erst nach erfolgreichem Verlauf der Standorterkundung getroffen werden kann.

Deshalb müssen vorsorglich neben dem Standort Gorleben noch weitere, alternative Standorte geprüft werden, um bei negativem Ausgang der Untersuchungen in Gorleben mit möglichst geringem Zeitverzug die Realisierung des Entsorgungskonzepts an einem anderen Standort weiterzutreiben. Die Bundesregierung geht bei ihrem Beschluss davon aus, dass in die alternative Prüfung die Bundesressorts BMFT, BMI, BMWi, BMBau -

- das war neu; das war der Kollege Ravens, der aus raumordnungspolitischen Gründen beteiligt werden wollte -

und der Bundesverteidigungsminister zu beteiligen sind.

Der Bundeskanzler stellt fest, daß nach der Unterrichtung der Niedersächsischen Landesregierung und der DDR

- das ist eben neu: DDR -

die Veröffentlichung des Beschlusses des Kabinettsausschusses durch den Bundesinnenminister erfolgen soll.

Ende des Protokolls.

Dann gibt es noch eine einzige Sitzung, an der ich teilgenommen habe. Das war der 28. September 1977, die aber nach meinem Eindruck zu den Fragen, die Sie gestellt haben, nichts Sonderliches ergibt. Ich bin dann in den ersten Tagen des Monats Oktober aus dem Bundeskabinett ausgeschieden, um in die Bank zu wechseln.

Sebastian Edathy (SPD): Ich habe leider keine Fragezeit mehr. Aber ich kann das vielleicht - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Nein, Herr Kollege Edathy, das können Sie gern -

Sebastian Edathy (SPD): Das mit dem Datum ist nicht ganz unwichtig in dem Kontext.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: - in der nächsten Fragerunde weiter präzisieren. - Das Fragerecht und das Rederecht sind jetzt bei der FDP-Fraktion. - Bitte schön.

Marco Buschmann (FDP): Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende. Herr Dr. Friderichs - hier vorn bin ich -, entschuldigen Sie, dass wir jetzt einen Sprung machen aus der Tiefe des Aktenstudiums und dem Vergleich der Textpassagen.

Ich möchte auf Ihre Funktion als Zeuge zurückkommen. Der Zeuge dient ja der Wiedergabe auch seiner eigenen sinnlichen Wahrnehmung. Sie haben vorhin bemerkt, dass versucht wird, eine These zu untermauern, die lautet: Der Bundeskanzler Helmut Schmidt sei schon immer ein aufrechter Gegner des Standortes Gorleben gewesen.

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN: Wo haben Sie
denn das gehört?)

Und mit dem Regierungswechsel war alles anders, behaupte ich jetzt mal so.

Jetzt meine Frage an Sie: Ist Ihnen aus Gesprächen, Äußerungen oder Zusammenkünften direkter oder indirekter Art, also alles das, was Sie wahrnehmen konnten, eine Äußerung, die Sie selber mitbekommen haben oder von der Sie gehört haben, dass der Bundeskanzler Helmut Schmidt, abgesehen von diesen politischen Bemerkungen zur Nähe der DDR, irgendwelche fachlichen Einwendungen, die sicherheitstechnischer Art, geologischer Art, naturwissenschaftlicher Art, also in irgendeiner Form fachbezogener Art auf die Frage der Sicherheit und der Eignung, der rein fachlichen Eignung dieses Standortes - - Ist Ihnen irgendwas noch erinnerlich, was die These, dass Helmut Schmidt aus fachlichen Gründen ein Gegner dieses Standortes gewesen sein könnte, bekannt - -

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Nein.

Marco Buschmann (FDP): Herzlichen Dank.

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Eineindeutig nein. Das geht auch aus den Unterlagen, die ich habe, überhaupt nicht hervor. Die Bedenken - ich sage bewusst „Bedenken“ - von Helmut Schmidt haben sich immer auf das Thema DDR bezogen, die dann teilweise - und jetzt kommt natürlich die Frage: War DDR Staat oder nicht Staat? - vom Bundesaußenminister dahin gehend immer wieder mit aufgegriffen wurden: Wir müssen das, dürfen nicht mehr, aber auch nicht weniger machen, wie aus rechtlichen Gründen auch gegenüber anderen Ländern gemacht werden müsste, wenn wir in Grenznähe etwas tun.

Marco Buschmann (FDP): Ja. Vor dem Hintergrund dessen, was Sie selber wahrgenommen haben, und nur das kann ein Zeuge ja sagen: Würden Sie, was die Frage der Entwicklung dieses Projekts, wenn ich es mal so neutral beschreiben darf - - Würden Sie mit dem Regierungswechsel 82 einen krassen Bruch der fachlichen Beurteilung oder Eignung erkennen, oder sehen Sie eher Kontinuität?

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Kann ich - - Würde ich nicht beurteilen, weil ich habe das in meiner neuen Funktion in der Dresdner Bank nicht mehr sonderlich verfolgt. Ich habe bewusst mit meinem Ausscheiden in relativ jungen Jahren aus dem Bundestag und damit aus der aktiven Politik bewusst auch alle politischen Ämter abgegeben - ich war vorher stellvertretender Parteivorsitzender -, weil ich eine klare Trennung zu meiner Tätigkeit als Vorstandsmitglied und dann Vorstandssprecher der Dresdner Bank haben wollte.

Marco Buschmann (FDP): Herzlichen Dank. Ich habe keine weiteren Fragen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Vielen Dank. - Damit geht das Fragerecht jetzt an die Fraktion Die Linke. - Bitte schön.

Johanna Voß (DIE LINKE): Sehr gern. Danke schön, Frau Flachsbarth.

Herr Friderichs, wir haben noch nicht so ganz viel Licht gekriegt in diese ganze Sache dieser Entscheidungsfindung. Und ich will jetzt mal Ihnen ein bisschen was noch aus den Akten vorlesen, damit wir da vielleicht Licht reinkriegen, und frage Sie dann am Ende, was Sie davon halten und ob Ihnen

das jetzt mehr bringt, dass Sie da was wissen. Wir wollen mal gucken.

Ich gehe mal chronologisch vor. Da haben wir als erstes den 14. Februar 77. Da gibt es - MAT A 153/2, Band 4 - eine Aufzeichnung über den wesentlichen Inhalt des Gesprächs Bundeskanzler-Ministerpräsident Albrecht am 11. Februar 77 zur Frage des Entsorgungszentrums. Und da führt der Bundeskanzler einleitend aus: Notwendigkeit Zubau von Kraftwerken und Entsorgung im Ausland, all diese Fragen. Und dann sagte der Ministerpräsident Albrecht am 14. Februar,

daß der Beitrag anderer Energieträger zu Energieversorgung im Rahmen der Fortschreibung des Energieprogramms gründlich untersucht werden müßte.

Also, man wollte noch ganz andere Energien reinbringen, um vielleicht auf Atomenergie auch verzichten zu können.

Seine Gespräche mit der polnischen Regierung hätten ergeben, daß Polen bereit sei

zu langfristigen Verträgen.

Und dann sagt er noch, dass er auch Umweltprobleme sieht aus den Kohlekraftwerken. Das sei aber im Wesentlichen eine Kostenfrage.

Er werde sich an die Absprache vom 11.11.1976 halten und einen Standort für das Entsorgungszentrum in Niedersachsen benennen.

Also, er sagt hier nicht, er wird es anhand der KEWA-Studie - - da das bestgefundene aussuchen, sondern er nennt eins. Und jetzt müssten wir das noch mal auch sehen in dem Zusammenhang, mit dem, was sich politisch und auf der Straße in der Zeit abgespielt hat, dass es ja gar nicht so einfach war zu sagen: Hier oder da oder da machen wir einen - - irgendeine Atomanlage. Man musste ja mit heftigstem Protest rechnen. Und da waren ja auch immer Wahltermine mit im Spiel.

Jetzt haben wir hier - - Da sagt er - - Der Ministerpräsident Albrecht erklärt:

Ob aber jemals mit dem Bau dieses Zentrums begonnen werde, bleibe nach wie vor offen. Die Sicherheit der vorgesehenen Endlagerung sei noch nicht hinreichend geklärt.

Da sind wir heute auch noch nicht weiter.

Während des Vorprüfungsverfahrens müßte die Möglichkeit internationaler Lösungen untersucht werden. Ein nationales Entsorgungszentrum komme nach seiner Meinung nur als ultima ratio in Betracht.

Will er also gar nicht richtig. - Dann haben wir hier:

Die Standortentscheidung werde in der übernächsten Woche fallen und auf Gorleben lauten. Dies sei der einzige Standort, bei dem eine solche Anlage innenpolitisch noch durchsetzbar sei.

Also hier ist nichts von geologisch, technologisch oder irgendwie, sondern politisch durchsetzbar - -

Die Bevölkerung leide hier an Dauerarbeitslosigkeit; sie sei noch

- „noch“ -

friedlich und stehe dem Entsorgungszentrum positiv gegenüber. Die Argumente der BReg gegen Gorleben hätten ihn nicht überzeugt. An den anderen geologisch geeigneten Standorten habe man die Chance der Durchsetzbarkeit durch Ungeschicklichkeiten bei den Voruntersuchungen verspielt.

Die BReg

- an späterer Stelle in dem gleichen Dokument -

müßte ggf. durch die Physikalisch-Technische Bundesanstalt den Antrag auf Eröffnung des Planfeststellungsverfahrens für einen anderen Standort stellen.

Das sagt er zu dem Entsorgungszentrum: wegen der „schwierigen Verhandlungen mit der DDR“, dass also Gorleben dann doch nicht ginge. Aber er schlägt es vor.

Ach so, nein. Das ist - - Entschuldigung. Also der Bundeskanzler sagt dann - - Also jetzt kommt der Bundeskanzler. Der sagt: Geht nicht Gorleben, DDR. Ist ja noch immer 11.11., 14.11. Und der Albrecht sagt dann dazu,

...dass allenfalls noch Lichtenhorst in Betracht komme. Wahn sei zwar ein guter Standort. Er halte jedoch die politischen Schwierigkeiten angesichts der psychologischen

Disposition der Bevölkerung in diesem Raum für unüberwindbar. Die Bevölkerung des Emslandes fühle sich von allen getreten und benachteiligt.

Das ist jetzt - - Also, man will von dem bestausgesuchten Wahn abgehen, weil die Bevölkerung dort das Spiel nicht mitspielt.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das ist doch Quatsch! Das ist nicht der bestausgesuchte!)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Sagen Sie bitte noch mal die MAT-Nummer.

Johanna Voß (DIE LINKE): Noch mal die MAT-Nummer?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja.

Johanna Voß (DIE LINKE): Das ist MAT A 153/2, Band 4: „Aufzeichnung über den wesentlichen Inhalt des Gesprächs Bundeskanzler-Ministerpräsident Albrecht am 11. Februar 1977 zur Frage des Entsorgungszentrums“. Bonn, den 14. Februar 77. 2. Ausfertigung. Der Abteilungsleiter 3. - So. Dann haben wir noch mal jetzt am 22. Februar -

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Alle 77?

Johanna Voß (DIE LINKE): - 77, ja - eine andere MAT, nämlich die 153/2, Band 4, die Seiten 90 und folgende. Auf Seite 191 - das ist jetzt hier eine Sitzung vom Kabinettsausschuss für die friedliche Nutzung der Kernenergie vom 30. März - ist ein Vermerk. Und da ist der Sachstand. Zum Sachstand wird da festgehalten, auch vom Abteilungsleiter 3, Bonn:

Gegen die technische Eignung des Standortes Gorleben

- technische Eignung -

sind nach derzeitigem Erkenntnisstand durchgreifende Bedenken nicht zu erheben. ...
- ob es möglich ist, das Endlager durch einen ca. 200 m breiten, carnallit-freien Sicherheitspfeiler gegen störende Einflüsse vom Gebiet der DDR zu schützen und damit vom Wohlverhalten der DDR unabhängig zu machen.

Das war da immer noch der Versuch, der DDR gerecht zu werden bzw. die beiseitezuschieben, um es machen zu können - - aber noch nicht klar.

Und dann steht hier unter 5.:

Entscheidung des Kabinettsausschusses wird vertagt, um Zeit für die Untersuchung anderer Standorte (Wahn, Lichtenhorst) zu gewinnen.

Die Entscheidung des Kabinettsausschusses hängt von der Bewertung der politischen Bedenken wegen der DDR-Nähe ab. Der StS-Ausschuß -

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Staatssekretärausschuss.

Johanna Voß (DIE LINKE): - Staatssekretärausschuss -

ist insoweit zu keiner Empfehlung gelangt. BMB lehnt den Standort Gorleben ab. BMI und BMWi halten die politischen Bedenken gegen diesen Standort offenbar nicht für ausschlaggebend. BMFT für Ablehnung, wenn in absehbarer Zeit anderer geeigneter Standort gefunden werden kann.

Jetzt das Allerwichtigste, wozu ich wirklich eine Antwort haben will, ist: Hannover, der 2. Mai 77. Hier schreibt Prof. Dr. F. Bender. Der ist von der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe. Und er schreibt an das Bundesministerium für Wirtschaft, also an Ihr Haus. Und er schreibt:

Vom geologischen Standpunkt aus eignet sich in Nordwestdeutschland eine große Zahl von Salzstrukturen für die Errichtung eines sicheren Endlagers für radioaktive Abfallstoffe. Die meisten von ihnen wurden jedoch von der KEWA in dem erwähnten Gutachten aus den vorher genannten nichtgeologischen Gründen verworfen. Als geeignet wurden nur die Standorte auf den Salzstrukturen Wahn, Lichtenhorst, Weesen-Lutterloh ausgewählt. Alle drei Salzstrukturen, aber auch der neuerdings

- und das muss man sich jetzt auf der Zunge zergehen lassen; ich nenne mal das Datum: Das Datum ist der 2. Mai 77, und hier steht „der neuerdings“ -

in die Debatte eingeführte

- „in die Debatte eingeführte“, das heißt mitnichten untersuchte oder ausgewählte, sondern in die politische, sage ich mal, Debatte eingeführte -

Salzstock Gorleben sind aus geologischer Sicht und nach dem derzeitigen Kenntnisstand für die Anlage einer Deponie als grundsätzlich geeignet zu bezeichnen.

Gut. Also, wie kommt denn jetzt dieses Haus dazu, zu sagen: „Das ist erst kürzlich in die Debatte eingeführt“, am 2. Mai 77?

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Was war die Frage? Wie kommt welches Haus dazu?

(Heiterkeit bei der CDU/CSU und der FDP)

Johanna Voß (DIE LINKE): Erst im Mai 77 wird in einem Brief der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe - der Präsident -

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Ja.

Johanna Voß (DIE LINKE): - ja - klargestellt, dass in die Debatte gerade erst neben den drei Standorten noch ein neuer neu eingeführt wird: ein Salzstock Gorleben. Das widerspricht dem, dass Sie sagen: Das ist schon lange vorher und - -

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Das kann mir ja widersprechen. Habe ich nichts dagegen. Der kann ja schreiben, was er lustig ist. Geht mich nichts an.

(Heiterkeit der Abg. Johanna Voß (DIE LINKE))

Im Kabinettsausschuss vorher ist Gorleben genannt worden. Punkt. Ende der Durchsage. Ich kann Ihnen doch nicht mehr sagen.

Johanna Voß (DIE LINKE): Aber mehr als genannt. Also, es ist - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Nein, Frau Kollegin. Sie sind weit über Ihre Fragezeit hinaus. Sie dürfen Ihre Frage noch zu Ende stellen.

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Soll ich als Zeuge Schreiben der Physikalisch-Techni-

schen Bundesanstalt interpretieren oder sagen, was ich als Mitglied des BundesKabinettsausschusses miterlebt habe? Das habe ich getan.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Letzteres, Herr Dr. Friderichs. Und wenn Sie das getan haben - -

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Er kann ja schreiben, was er lustig ist. Abgesehen davon: Die Schreiben der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt landeten normalerweise nicht auf meinem Tisch, sondern landeten normalerweise auf dem Tisch des Abteilungsleiters und des zuständigen Staatssekretärs. Ich will mich damit gar nicht distanzieren. Nur, wenn der erst dann was von Gorleben gehört hat, das kann ja sein. Im Kabinettsausschuss ist das Stichwort Gorleben früher gefallen, eindeutig.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Das Fragerecht liegt jetzt bei - -

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Ich glaube auch nicht, dass zum Beispiel diese politischen Bedenken, die die DDR betrafen - - So was wurde normalerweise nicht mit unteren Fachbehörden behandelt. Es gab damals eine gewisse Disziplin in der Bundesregierung. Und darauf legte der Kanzler Schmidt auch Wert.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Danke schön. - Das Fragerecht liegt jetzt bei Bündnis 90/Die Grünen. Bitte schön.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, Herr Friderichs, ich möchte zuerst noch mal an das Ende unserer letzten Unterredung zurückgehen. Und da Frau Vorsitzende Sie leider nicht darauf hingewiesen hat, muss ich Sie jetzt darauf hinweisen, dass es nicht Ihre Aufgabe hier in diesem Untersuchungsausschuss ist, die Abgeordneten des Untersuchungsausschusses zu maßregeln oder zu kritisieren. Ich habe vorhin gesagt - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Frau Kotting-Uhl - -

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich hatte vorhin - - Moment! Moment! - Es wäre Ihre Aufgabe gewesen - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Frau Kotting-Uhl, beim besten Willen, die Sitzungsleitung habe ich hier.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wenn ich meine, dass es angemessen wäre, eine solche sitzungsleitende Bemerkung zu machen, würde ich es tun. Ich habe immer schon mal wieder Richtung Bundesregierung geschaut, weil die Fragen, die dem Zeugen Dr. Friderichs gestellt werden, natürlich in Übereinstimmung stehen müssen mit dem, was ihm als Aussagegenehmigung sozusagen von seinem Dienstherrn zugestanden wird. Ich finde, dass Herr Dr. Friderichs sehr im Rahmen dessen beantwortet, was ihm auf der einen Seiten von seinem Dienstherrn zugestanden ist und auf der anderen Seite der Wahrheitsfindung in diesem Ausschuss dient.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wenn ich dieser Auffassung nicht wäre, dann würde ich tatsächlich sitzungsleitend einschreiten. Ich würde Sie bitten - -

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann sind Sie also der Auffassung, dass es seine Aufgabe ist, mich zu maßregeln?

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Wie gehen Sie mit dem Zeugen um?)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich würde Sie bitten - -

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie ging er denn mit mir um?

(Zuruf des Abg. Reinhard Grindel (CDU/CSU))

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Möchten Sie gerne, liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt eine Beratungssitzung?

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich möchte gerne das ausführen dürfen. Und ich wiederhole noch mal, was vorhin war. Und wenn Sie der Meinung sind, das ist richtig, dass er mich für meine Schlüsse maßregelt, dann sagen Sie das jetzt. Ich bin der Meinung, das ist nicht richtig.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich habe in keinem Moment verstanden, dass hier jemand gemäßregelt worden ist. Ich würde Sie bitten, jetzt in der Befragung weiter fortzufahren. - Herr Grindel, zur Geschäftsordnung?

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich beantrage eine Beratungssitzung. Und dann können wir uns übrigens gleichzeitig auch mal die Berichterstattung unseres hausinternen Bundestagsdienstes dort mit hineingeben.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gut. Dann würden wir jetzt eine Beratungssitzung veranschlagen. Ich möchte die Öffentlichkeit bitten, den Raum zu verlassen. Ich begrüße dabei den Fraktionsvorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen im Niedersächsischen Landtag, der uns mit seiner Anwesenheit beehrt. Ich müsste auch Sie bitten, Herr Wenzel, den Raum zu verlassen. - Ja.

(Unterbrechung des Sitzungsteils, Zeugenvernehmung, I: Öffentlich: 15.40 Uhr - Folgt Sitzungsteil Beratung)

(Wiederbeginn des Sitzungsteils Zeugenvernehmung, I: Öffentlich: 16.23 Uhr)

Fortsetzung der Vernehmung des Zeugen Dr. Hans Friderichs

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Dr. Friderichs, ich begrüße Sie erneut in unserer Runde und darf nun fortfahren in der Befragung. - Ich muss mal gerade zu meiner Linken gucken. Wo waren wir denn noch gerade?

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bei mir!)

- Bei den Grünen. Bei den Grünen gab es noch eine Restfragezeit. Frau Kotting-Uhl, bitte schön.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Restfragen von anderen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja, dann fangen Sie gern an.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Herr Zeuge, nach einer ausgiebigen Beratungssitzung können wir jetzt anfangen mit der Befragung. Sie erinnern sich ja an den 11.11.76, sagten Sie vorhin; spontan haben Sie sich sofort erinnert. Erinnern Sie sich denn auch an die Absicht, mit der Sie in dieses Gespräch gegangen sind? Also, mit „Sie“ meine ich jetzt die Bundesminister. Gab es da ein bestimmtes Ziel, gab es eine Strategie für das Gespräch?

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Es war die Absicht, zu einem Ergebnis zu kommen, mit den Untersuchungsarbeiten in Niedersachsen beginnen zu dürfen. Das war das Ziel dieser Besprechung.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, das Ziel war, aus diesem Gespräch herauszukommen mit einer Zusage Niedersachsens, einen Standort zu benennen, oder schon mit einem Standort aus diesem Gespräch zu kommen.

Zeuge Dr. Hans Friderichs: „Zusage“ - sagen wir mal: Bereitschaft. Ich bin da etwas vorsichtig, ob man in einem solchen Gespräch gleich eine richtige Zusage kriegt, aber wir wollten das wenigstens in der Richtung bewegen.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Wir hatten ja vor einiger Zeit den damaligen Staatssekretär des Ministers Kiep, Herrn Dr. Hans-Joachim Röhler, hier zur Zeugenbefragung.

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Ja.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und ich zitiere Ihnen mal, wie er darüber berichtet hat, aus zweiter Hand allerdings; er war ja selbst bei dem Gespräch nicht dabei. Also, ich zitiere aus dem Protokoll der Vernehmung von Herrn Dr. Röhler von der Seite 34. Da sagt er zum Beispiel auf die Befragung vom Abgeordneten Grindel zu diesem Gespräch:

Also ... ich habe meine Informationen aus zweiter Hand. Ich weiß nur, dass es da zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen ist, weil der Bund die Linie hatte, ich sage mal, stoßtruppartig eine Entscheidung am 11.11. für einen Standort zu erreichen. Und da sind wohl auch ziemlich harte Daumenschrauben angelegt worden ...

Erinnern Sie sich da an eine bisschen ähnliche Situation? Also, die muss ja schon sehr aufgewühlt gewesen sein, wenn sie so beschrieben wird.

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Also, ich kann mich an eine aufgewühlte Situation und an eine heftige Auseinandersetzung mit Herrn Albrecht nicht erinnern; und ich glaube das auch nicht, dass es die gegeben hat. Also, ich hatte persönlich ein recht - wie ich meine; aus meiner Sicht jedenfalls - gutes Verhältnis zu Herrn Albrecht, den ich auch sehr geschätzt habe; ein intelligenter, wacher Mann. Hinzu kommt, dass es mein Stil eigentlich nicht ist, heftige Auseinandersetzungen zu führen, sondern, das in einer vernünftigen Atmosphäre zu behandeln. Aber vielleicht bewertet das der eine oder andere anders.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Ich gebe Ihnen noch mal ein zweites Zitat aus dem Protokoll; das ist diesmal auf Seite 45. Da sagte Herr Röhler:

Ich habe ... aus zweiter Hand die Strategie des Gesprächs mitgekriegt: Stoßtrupp, wir wollen eine Entscheidung haben, wollen einen Standort mitnehmen, und wenn nicht, leiten wir an allen drei Standorten das Verfahren ein.

War das so, dass die Planung bestand im Bundeskabinett: „Wenn diese niedersächsische Unterredung jetzt zu keinem Ergebnis kommt, dann wird an diesen drei Standorten, die da sind, gebohrt“? Also, es gab auch ein ausführliches Bohrprogramm, was die KEWA vorgelegt hatte - das haben wir hier schon mal eingeführt -, wo sie die drei Standorte noch mal auflistet und ein Programm vorlegt. Das gab es in ziemlich dichter Abfolge davor. Also, war das so eine Überlegung: „Wenn die jetzt nicht überkommen mit einem Vorschlag, dann leiten wir an diesen drei Standorten die Bohrvorgänge ein“?

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Also, ich habe das erstens so nicht in Erinnerung, und die Unterlagen, die mir zur Verfügung stehen, geben das so auch nicht her. Sie geben allerdings her, dass wir immer gesagt haben und auch ich: Wir müssen uns andere Standorte in der Hinterhand behalten. - Aber mir ist nicht bekannt oder ich kann mich nicht erinnern, dass die Absicht bestand, unabhängig von einer Vorentscheidung für oder gegen Gorleben mit Bohrungen an den anderen Standorten zu beginnen. Ich kann mich daran beim besten Willen nicht erinnern, und die Unterlagen, die ich habe, geben das auch nicht her.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Dr. Röhler hat auch andere spannende Aussagen gemacht in seiner Vernehmung. Ich bin immer noch auf der Seite 45 des Protokolls. Da ging es - - Also, es geht ja immer um die Frage: „Wie kam Gorleben ins Spiel?“, weil da stehen ja sozusagen zwei Interpretationen im Raum. Einmal dieses Stichwort: „Das hat er aus dem Hut gezaubert“ - der „er“ ist manchmal Albrecht, manchmal auch Kiep -, oder: „Das wurde wissenschaftlich ausgewählt, da gab es eine KEWA-Nachbewertung.“ Wir versuchen ja, zu ergründen, welche dieser beiden Möglichkeiten jetzt näher an der Wahrheit liegt. Und Herr Röhler sagte, als es auch um diesen Aspekt ging, dann:

Ich kann in das Herz der Bundesminister nicht gucken. Ich weiß nur, dass die Bundesregierung Standorte in Grenznähe grundsätzlich abgelehnt hat; die waren überhaupt nicht diskussionsfähig.

Deckt sich das mit Ihrer Erinnerung?

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Das deckt sich nicht mit dem, was ich heute den ganzen Tag ausgesagt habe.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist richtig. Das ist das, was - -

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Ja, ich habe heute aus meiner Erinnerung zitiert.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist das, was uns auch etwas ratlos zurücklässt; aber ich beende die Befragung jetzt da.

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Wobei das vielleicht auch semantische Fragen sind. Ich weiß nicht, ob Herr Röhler bewusst so formuliert hat oder so etwas. Wenn das wirklich stoßtruppartig, wie Sie das zitieren - - dann wundert mich das deswegen, weil ich Herrn Röhler kenne aus der Zeit, bevor er Staatssekretär in Niedersachsen war; denn Herr Röhler war in meinem Heimatland persönlicher Referent des Finanzministers, und ich war dort Staatssekretär - nicht im selben Ministerium, aber in derselben Landesregierung. Daher kannte ich den Röhler. Also, wie ich den einschätze, wenn ich als Stoßtrupp - wobei mir das als weißer Jahrgang sowieso nicht so sehr liegt, mit Begriffen so zu hantieren - da gewesen wäre, kann ich mir nicht vorstellen, dass der Röhler mir nicht gesagt hat: Hören Sie mal, warum fallen Sie hier über uns her? Können wir das nicht anders regeln?

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut, danke.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Dann eröffne ich die vierte Berliner Runde. Hat die Union noch Fragen?

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Vielen Dank.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Dann gebe ich das Fragerecht weiter an die FDP. - Die sind noch gar nicht dran, aber die SPD ist dran.

Sebastian Edathy (SPD): Ja.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Absolut.

Sebastian Edathy (SPD): Wir haben auch noch Fragen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Bitte schön.

Sebastian Edathy (SPD): Herr Dr. Friderichs, wenn ich da noch mal insistiere, ist das nicht, um Sie zu triezen, sondern - -

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Um mich?

Sebastian Edathy (SPD): Das mache ich nicht, um Sie zu triezen, sondern um noch mal - -

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Och, Sie können - -

Sebastian Edathy (SPD): Nein, nur - - Das ist also keine persönliche Angelegenheit, sondern es geht schon darum, noch mal abzugleichen: Wie ist eigentlich die Aktenlage, und wie ist Ihre Erinnerung?

Ich will noch mal zurückkommen auf das Gespräch im November 76 in Hannover. Da gibt es einen Vermerk aus dem Bundesinnenministerium zu diesem Gespräch, und zwar vom Abteilungsleiter Reaktorsicherheit. Das ist MAT A 64, Band 17, Paginierung 094224 ff. In diesem Vermerk wird aus Sicht des Bundesinnenministeriums dargestellt, wie das Thema Gorleben in Hannover zur Sprache gebracht worden ist bei dieser Zusammenkunft Ihrer beiden Ministerkollegen aus Bonn und dem Ministerpräsidenten von Niedersachsen. Und das BMI schreibt auf Seite 6 des Vermerkes:

Außerdem wurde in diesem Teil des Gespräches eine bisher nicht zur Diskussion gestandene vierte Standortalternative in relativer Nähe der Zonengrenze erwähnt,

- also eine bisher nicht zur Diskussion gestandene vierte Standortalternative, nämlich Gorleben -

an der Niedersachsen sehr interessiert erschien.

Und dann heißt es weiter in dem Vermerk - als Fazit -:

Rasche Klärung der noch offenen Fragen bezüglich des zur Wahl stehenden, nunmehr vierten Standortes.

Also, dieser Vermerk erweckt ganz klar den Eindruck, dass Gorleben für die Vertreter des Bundes überraschend als neuer, vierter möglicher Standort von Niedersachsen in das Gespräch in Hannover eingeführt worden ist. Das deckt sich auch nicht mit Ihrer Erinnerung, nehme ich an.

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Ich habe es so nicht in Erinnerung, nein.

Sebastian Edathy (SPD): Gut. - Dann will ich vielleicht eine Sache aufklären. Wir hatten ja vorhin gesprochen über das Schreiben vom 6. Juli 1977 vom Bundeskanzler Schmidt an Albrecht, wo er geschrieben hat, der Kabinettsausschuss für die friedliche Nutzung der Kernenergie habe heute unter seinem Vorsitz beraten. Und Sie sagten, das wäre am 5. Juli gewesen. Ich erkläre mir das damit, dass der 6. - -

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Ja, das Protokoll - -

Sebastian Edathy (SPD): Ja, Herr Dr. Friderichs, vielleicht lassen Sie mich kurz mal das ausführen. - Der 6., also das „6.“, ist handschriftlich von Schmidt eingeführt worden.

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Ja.

Sebastian Edathy (SPD): Ich vermute also, dass der Entwurf des Briefes noch am selben Tag, am 5. Juli, erstellt worden ist. Und er hat dann am 6. Juli - - Es ist ja offenkundig nicht so, dass am 5. und am 6. Juli dieser Kabinettsausschuss getagt hat, sondern es wird der vom 5. Juli gewesen sein. Sie haben ja aus dem Protokoll des Kabinetts zitiert. Da findet sich allerdings ja offenkundig nicht, gemäß Ihres Zitates, das, was Schmidt aber ausdrücklich in seinem Brief an Albrecht schreibt, nämlich die Einleitung - Zitat -:

... unter Zurückstellung erheblicher Bedenken ...

was Gorleben betrifft. Ich wollte das nur mal festhalten.

Also, der Bundeskanzler hat demnach nach Aktenlage im Anschluss an die Sitzung des Kabinettsausschusses an Albrecht geschrieben, an den Ministerpräsidenten von Niedersachsen, und deutlich gemacht aus Sicht der Bundesregierung: Obwohl man erhebliche Bedenken habe gegenüber Gorleben, stimme man trotzdem Gorleben zu. Stellt sich natürlich die Frage, warum man diese Bedenken zurückgestellt hat. Können Sie sich daran erinnern?

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Nein, ich - - Es gibt so einen Entwicklungsprozess - - Ich habe die ... (akustisch unverständlich)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Können Sie das Mikro einfach ein bisschen höher halten?

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Entschuldigung. - Ich hatte ja auch zitiert, dass Schmidt noch mal gefragt hat, ob die Bedenken noch bestünden, und da hat sich keiner mehr gemeldet in dem Ausschuss. Ich weiß nicht, warum diese ursprünglich stärker hervorgehobenen Bedenken sich reduziert haben. Die Frage kann ich Ihnen beim besten Willen nicht beantworten.

Kirsten Lühmann (SPD): Also, jetzt habe ich, Herr Dr. Friderichs, direkt dazu eine Frage. Wenn Sie sagen - und Sie haben uns vorgelesen aus dem Protokoll -, dass Schmidt gefragt hat: „Bestehen die Bedenken noch?“, nichts wurde gesagt, und Sie sind nach Ihrer Erinnerung davon ausgegangen, dass diese Bedenken jetzt nicht mehr bestehen - - Trotzdem - -

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Das habe ich nicht gesagt.

Kirsten Lühmann (SPD): Das haben Sie nicht gesagt. Sie bestanden also noch. Denn ich habe jetzt aus dem - -

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Moment! Also, Frau Abgeordnete, ich habe eine Bitte: Ich reagiere empfindlich, wenn ich selbst falsch zitiert werde. Das mag ich nicht.

Kirsten Lühmann (SPD): Ja. Ich habe Sie aber nicht zitiert, sondern wenn Sie mich hätten ausreden lassen - -

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Doch!

Kirsten Lühmann (SPD): Nein, ich habe gesagt - und das führe ich jetzt aus -: Ich habe Sie so verstanden, dass Sie gesagt haben - weil Sie schon mehrfach darauf hingewiesen haben, dass Sie das heute den ganzen Tag schon ausführen -, aus Ihrer Erinnerung hätte es keine Bedenken oder hätte es zu einem gewissen Zeitpunkt keine Bedenken mehr gegeben. Und jetzt ist meine Frage; denn - wenn ich Sie falsch verstanden habe, stellen Sie es bitte richtig - ich bin verwundert, dass in einem Protokoll einer Kabinettsitzung nicht von Bedenken die Rede ist, aber der Bundeskanzler am selben oder

am nächsten Tag einen Brief schreibt, in dem er schreibt: Das Kabinett hat aber noch Bedenken, stellt die zurück.

Jetzt noch mal die konkrete Frage. Aus Ihrer Erinnerung: Gab es nun diese Bedenken, und ist das Schreiben des Bundeskanzlers richtig, oder gab es die Bedenken nicht und der Bundeskanzler hat in weiter Auslegung der Beschlüsse diese Formulierung gewählt, um das mal ganz vorsichtig zu sagen?

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Also, ich habe nicht die Absicht, Absichten und Schreibweisen meines von mir verehrten Bundeskanzlers hier zu interpretieren. Das ist auch nicht meine Aufgabe als Zeuge. Sie können mich nach meinen eigenen Wahrnehmungen fragen. Das andere ist nicht meine hiesige Aufgabe als Zeuge aus meiner Sicht.

Ich habe dargelegt, dass die DDR-Bedenken bestanden. In dieser Ausschusssitzung am 5. Juli, auf die sich der Brief ja bezieht, spielt die DDR - jetzt muss ich das genau nachsehen - noch mal eine Rolle bei dem Kollegen Genscher, der sagt:

Genscher hält die Frage, aufgrund welchen Rechtstitels

- das habe ich angesprochen vorher -

die Unterrichtung der DDR erfolge, für besonders wichtig. Falls ein solcher Rechtstitel nicht bestehe, müsse gegenüber der DDR unbedingt der Eindruck vermieden werden, als ob die Bundesregierung in Erfüllung einer Rechtspflicht handele. Deshalb halte er eine genaue Abstimmung über Form und Inhalt der Unterrichtung der DDR, auch unter dem Gesichtspunkt, daß damit ein Präzedenzfall für unser Verhalten in den Grenzen mit anderen Anrainerstaaten der Bundesrepublik geschaffen werden könne, für erforderlich.

Es gab dann noch einen Spezialpunkt - der geht irgendwo aus der Akte auch hervor -, dass es mit der DDR noch Auseinandersetzungen gab über den genauen Grenzverlauf in der Region, und man wollte nicht haben, dass dieses Thema wieder auf die Tagesordnung komme. Das heißt, bitte, wenn der Bundeskanzler hier zitiert wird: Er stellt die Frage, ob die bisher vorgebrachten politischen Gesichtspunkte inzwischen an

Gewicht verloren hätten; er hat nicht gesagt: weggefallen seien, sondern: an Gewicht verloren hätten. Dazu haben sich die anderen nicht geäußert.

Sebastian Edathy (SPD): Gut, also - -

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Das heißt also, wenn ich interpretieren würde, -

Sebastian Edathy (SPD): Ja, gut, muss man ja nicht.

Zeuge Dr. Hans Friderichs: - würde ich sagen: Die ursprünglich gravierenden Bedenken „DDR“ haben sich vermindert, aber sie sind nicht weggefallen.

Sebastian Edathy (SPD): Wieso ist denn das - -

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Das gibt diese Formulierung nach meiner Meinung nicht her.

Sebastian Edathy (SPD): Herr Zeuge, ich verstehe nicht, wie Sie zu einer solchen Interpretation kommen, weil die ist relativ willkürlich. Also, wenn - nach dem, was Sie vorgetragen haben - der Bundeskanzler in die Runde gefragt hat: „Sind die Bedenken nicht mehr in dem Maße vorhanden wie bisher?“, und sich keiner äußert, wie können Sie denn daraus die Schlussfolgerung ziehen, dass die Bedenken gemindert worden sind? Das will ich nur für das Protokoll so festhalten, -

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Ja, also ich bitte um Entschuldigung - -

Sebastian Edathy (SPD): - dass das, ich sage mal, eine eigenwillige Interpretation ist. Was wir manifest vorliegen haben, ist ein Brief des Bundeskanzlers an Ministerpräsident Albrecht vom 6. Juli 77, wo er sagt: Es gibt erhebliche Bedenken seitens des Bundeskabinetts, aber sie werden zurückgestellt.

Und die Frage, die sich jetzt ja in dem Zusammenhang ergibt, ist: Warum sind die Bedenken zurückgestellt worden?

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Ja, ja, Sie haben - -

Sebastian Edathy (SPD): Da will ich Ihnen folgenden Vorhalt machen. Das ist ein Vermerk aus der Staatskanzlei von Niedersachsen eines Referenten namens Schwöpe. Dieser Vermerk ist übrigens zur Kenntnis gezeichnet worden von Herrn Naß. Der Vermerk stammt vom 14.04.77. Das ist MAT A 102, Band 26, Paginierung 62. Das Interessante ist: Als Anlage zu dem Vermerk ist ein Presseauschnitt der *Braunschweiger Zeitung* vom 2. April 1977 wiedergegeben. Schlagzeile der *Braunschweiger Zeitung*, 02.04.77:

Niedersachsens Staatskanzlei erklärt: Bonn sucht weiter nach einer Alternative für Gorleben

Und im Aufreißer heißt es in dem Artikel - ich zitiere -:

Die Bundesregierung ist nach wie vor mit dem Standort Gorleben für die geplante, etwa zehn Milliarden Mark teure Atom-Doppelanlage ... bei Gorleben nahe der DDR-Grenze an der Elbe bei Lüchow unzufrieden. Die Niedersächsische Staatskanzlei teilte am Freitag in Hannover mit, daß Bonn einen anderen Standort suche. Von diesen Bonner Absichten unabhängig beginnt das Sozialministerium in Hannover mit der Prüfung des Antrages für den Bau und Betrieb der als Entsorgungszentrum bezeichneten Doppelanlage Gorleben.

Interessanter Artikel. Also, *Braunschweiger Zeitung*, 2. April 1977: Die Staatskanzlei habe erklärt, Bonn will Gorleben nicht; Hannover wolle aber die Voraussetzung für Erkundungen bei Gorleben schaffen. Dieser Vermerk selber hat folgende interessante Aussage - ich zitiere aus dem Vermerk; Quelle hatte ich ja bereits genannt -:

Auf die Frage eines Journalisten ...

- also, er bezieht sich auf die Pressekonferenz, auf der der Pressebericht der *Braunschweiger Zeitung* fußt -

Auf die Frage eines Journalisten, ob die Stellung eines Antrages durch die DWK auf Erteilung der Errichtungs- und Betriebsgenehmigung für ein Entsorgungszentrum bei Gorleben bedeute, daß die Bundesregierung ihren Widerstand gegen diesen Standort

- also Gorleben -

aufgegeben habe, antwortete ich,

- also Schwoppe hat offenkundig diese Pressekonzferenz geleitet und Fragen beantwortet -

daß es in dieser Angelegenheit keinen neuen Sachstand gebe.

Und dann heißt es unten weiter:

... Dr. Albrecht erklärt, die Entsorgungsanlage werde entweder bei Gorleben oder überhaupt nicht in Niedersachsen gebaut.

April 77.

Im Juli 77, also drei Monate später, trifft sich der Kabinettsausschuss, der mit der Frage beschäftigt ist. Und der Bundeskanzler schreibt dann daraufhin Herrn Albrecht, dass die erheblichen Bedenken gegen Gorleben zurückgestellt werden. Würden Sie es für eine plausible Interpretation halten, wenn man sagt, auf der Grundlage dieses Vermerkes aus der Niedersächsischen Staatskanzlei war ganz offenkundig die Positionierung der Landesregierung in Niedersachsen, dass man ausschließlich bereit sei, ein nukleares Entsorgungszentrum am Standort Gorleben oder ansonsten eben gar nicht in Niedersachsen zuzulassen, und dass deswegen die Bundesregierung ein Stück weit unter Zugzwang gesetzt worden ist, weil die Alternative zu Gorleben eben kein weiterer Standort in Niedersachsen, sondern gar kein Standort gewesen wäre?

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Kann ich beim besten Willen nichts zu sagen. Aber bei Ihrer Eingangsgeschichte jetzt wollen wir - - Wenn wir schon semantisch anfangen, mache ich das notfalls mit. Ich zitiere und zitiere jetzt einen zweiten Absatz, und vielleicht kann man daraus Schlüsse ziehen:

Der Bundeskanzler stellt die Frage, ob die bisher gegen den Standort vorgebrachten politischen Gesichtspunkte inzwischen an Gewicht verloren hätten.

Er hat nicht die Frage gestellt, ob sie weg sind

(Zuruf)

- darf ich das so sagen? -: „an Gewicht verloren hätten“.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Bitte, ich möchte Sie bitten, den Zeugen ausreden zu lassen.

Zeuge Dr. Hans Friderichs:

Von den Mitgliedern des Kabinettsausschusses werden hierzu keine Ausführungen gemacht.

Das heißt, es wird dem nicht widersprochen, auch nicht - -

Sebastian Edathy (SPD): Es wird doch aber zugestimmt.

Zeuge Dr. Hans Friderichs: „Keine Ausführung“ heißt doch so gut - - Schweigen bedeutet ja vielleicht auch mal Zustimmung. So, jetzt geht es aber weiter.

(Zuruf)

- Ja, jetzt kommt eine Begründung:

Maihofer weist darauf hin,

- und das ist eine Neuerung -

daß für den Standort Gorleben nach der Inbetriebnahme des Entsorgungszentrums notwendige Umgebungsmessungen

- jetzt kommt es -

infolge der Entwicklung eines neuen technischen Konzepts in vollem Umfang auf dem Gebiet der Bundesrepublik durchgeführt werden könnten.

Vorher hieß es immer: Wir müssen auf dem Gebiet der DDR messen, wir müssen mit denen darüber Verträge abschließen. Das ist unmittelbar im Anschluss, wenn Schmidt fragt: Haben sich die Bedenken vermindert? Keiner widerspricht, und Maihofer sagt: Wir können jetzt die Messungen auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland durchführen. Wir brauchen das Gebiet der DDR dazu nicht mehr zu betreten.

Sebastian Edathy (SPD): Aber trotzdem schreibt Schmidt einen Tag später an Albrecht, dass die Bundesregierung nach wie vor erhebliche Bedenken habe.

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Ja, aber ich habe noch nie einen Briefentwurf für meinen Bundeskanzler gemacht, weder für Herrn Brandt noch für Herrn Schmidt. Das war nicht mein Job.

Sebastian Edathy (SPD): Nein, aber er hat ihn ja unterschrieben.

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Bitte?

Sebastian Edathy (SPD): Er hat ihn ja unterschrieben, der Bundeskanzler. Er wird ihn ja vorher gelesen haben, wenn er an den Ministerpräsidenten schreibt.

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Ja, aber ich bitte um Entschuldigung, der ist ja geistig topfit, mein früherer, von mir sehr geschätzter Bundeskanzler. Fragen Sie ihn doch, warum er das geschrieben hat. Warum soll ich ihn interpretieren? Das ist doch nicht meine Aufgabe.

Sebastian Edathy (SPD): Nein. Ich weise ja nur auf die Aktenlage hin, auf die Faktenlage. Und die Faktenlage sagt eben auch, dass drei Monate vor Ihrem Gespräch in Bonn im Kabinettsausschuss Niedersachsen erklärt hat: „Entweder Gorleben oder nix bei uns in Niedersachsen an Standort“, und dass vor dem Hintergrund, dass Bonn an einer zügigen Entscheidung interessiert war, man sagt: Gorleben ist zwar aus unserer Sicht nicht geeignet; aber bevor wir überhaupt keinen Standort vorweisen können, gehen wir dann eben auf die Niedersachsen zu, obwohl das unserer ursprünglichen Haltung widerspricht. Das ist doch relativ naheliegend.

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Ja, gut. Aber auf der anderen Seite, in demselben Protokoll, das ich eben zitiert habe, kommt wiederum: Wir müssen auch andere, alternative Standorte prüfen. - Das heißt, wir hatten uns auch da noch nicht auf Gorleben abschließend fixiert.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Danke schön. - Bevor ich jetzt das Fragerecht weitergebe an die FDP-Fraktion, will ich darauf hinweisen, dass nach unseren Informationen immer noch um 17 Uhr eine Fraktionssondersitzung der Grünen geplant ist. Ich weise darauf hin, dass wir noch eine Fragezeit von einer Viertelstunde haben bis dahin.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, ich werde schon vorher

gehen; denn um 17 Uhr beginnt die Fraktionssitzung.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja, aber dann meine Frage sozusagen: Wie wollen wir weiter verfahren? Unterbrechen wir für eine Stunde, oder aber sagen wir, der Fragebedarf ist jetzt tatsächlich nicht mehr so groß, und wir könnten also bis um 17 Uhr die Befragung von Herrn Dr. Friderichs beenden?

Die SPD wäre fertig? - Gut, die SPD wäre fertig. - Die Union, habe ich eben verstanden, wäre auch fertig. - Die FDP würde ich jetzt sowieso fragen.

Angelika Brunkhorst (FDP): Wir sind auch fertig.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Sie sind auch fertig. - Dann würde ich das Fragerecht jetzt sofort weitergeben an die Linke und dann an Bündnis 90/Die Grünen, soweit sie denn noch da sind. Und dann wäre es schön, liebe Kolleginnen, wenn wir die Befragung jetzt wirklich abschließen könnten. Dann könnten wir vielleicht um 17 Uhr wirklich die Befragung auch völlig schließen. - Bitte schön.

Johanna Voß (DIE LINKE): Danke schön, Frau Vorsitzende. - Herr Dr. Friderichs, ich möchte gleich da weitermachen, wo Herr Edathy eben aufgehört hat. Sie hatten ihm eben gesagt, dass Sie beim besten Willen sich nicht erinnern können und dazu nichts sagen können, ob Niedersachsen - - und ob es da Druck gegeben hat.

Jetzt will ich Sie mal zitieren. Sie haben ja im Bundestag gesprochen am 15.06.1977 in der Energiedebatte. Da haben Sie selbst gesagt - - Das ist ein Vermerk zu einer Sitzung des Kabinettsausschusses vom 05.07.77, MAT A 153/2, Band 4, die Seite 169. Sie erklären da:

Ich habe den Eindruck, daß sich die Bundesregierung in diesem Punkt den Notwendigkeiten in NS zu beugen bereit ist. Sie ist nicht mit Vergnügen dazu bereit. Ich gehe davon aus, daß die Entscheidungen, die wir zu treffen haben, in den nächsten 4 Wochen getroffen werden können.

Also, hier ist doch der Sachverhalt, den Herr Edathy eben vorgetragen hat, dass

Bonn wirklich massive Bedenken hatte und es „nicht mit Vergnügen“, steht hier - - das ist ja Ihre Wortwahl gewesen. Also, damals haben Sie sich da schon sehr dran erinnert, und es war Ihnen bewusst, wo die Bundesregierung stand und wo Niedersachsen stand - anders als heute. Das ist meine Frage.

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Nein, ich habe auch heute klar gesagt, dass diese DDR-Bedenken immer bestanden haben. Ich habe das doch nie bestritten.

Johanna Voß (DIE LINKE): Nicht nur die DDR; also, das verkürzen Sie ein bisschen. Es gab massive Kritik, es gab viel Kritik, und wenn Sie sich damals von Herrn Maihofer haben einlullen lassen, man könne die Messwerte nur in Niedersachsen treffen - - Die Hauptwindrichtung geht nach Osten. Die Hauptbelastung von der ganzen Anlage hätte immer die DDR zu tragen gehabt. Dieses Spiel ist um viele Nuklearanlagen herum gemacht worden. Es wurde so gemessen, dass die Hauptbelastungsgegend nur zu einem geringen Teil überhaupt Berücksichtigung fand. Hier sollte die Hauptbelastung überhaupt keine Berücksichtigung finden. Wie kann denn ein Kabinett sich das überhaupt - - Also, wenn man vernünftig denkt, dann musste man doch da feststellen können, dass da gespielt wird.

Ich zitiere mal weiter aus diesem Vermerk:

Standort Gorleben - das zentrale Problem

A Innenpolitische Vorteile

Die Bundesregierung hat keine Möglichkeit,

- das ist derselbe Vermerk -

gegen den Willen der Landesregierung NS einen Standort durchzusetzen.

Sie hat keine Möglichkeit, gegen den Willen der Landesregierung einen Standort durchzusetzen.

Die Landesregierung hat sich eindeutig für Gorleben ausgesprochen. Falls die Bundesregierung zu dieser Standortvorauswahl keine Stellungnahme abgibt und ihr durch Ermächtigung der PTB, für diesen Standort die Einleitung des Planfeststellungsverfahrens zu beantragen, nicht „beitritt“, droht NS das

Genehmigungsverfahren - mit den weittragenden energiepolitischen Konsequenzen - zu verschleppen.

So war die Situation.

Also, die Bundesregierung hat sich durch Niedersachsen unter Druck setzen lassen. Meine Frage ist: Haben Sie das damals auch so gesehen? Sehen Sie das heute auch so?

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Also, erste Bemerkung: Die Frage, ob ich mich von einem kompetenten Kabinettskollegen habe einlullen lassen, möchte ich nicht beantworten. Das überlasse ich Ihrer Interpretation.

Johanna Voß (DIE LINKE): Danke.

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Mich stört so was aber; das wage ich zu sagen, ohne jetzt wieder Kritik zu bekommen, ich würde hier Abgeordnete kritisieren. Ich habe als Abgeordneter so was ertragen, wenn mir jemand das gesagt hat.

Und im Übrigen ist das alles, was Sie sagen, ja nichts Neues. Ich habe Ihnen x-mal gesagt: Die und die Bedenken bestanden gegen den Standort. Ich habe x-mal gesagt, ich habe immer gesagt: Wir müssen andere Standorte weiterhin in der Hinterhand haben. Steht in allen Protokollen drin. That's it. Und mit Windmessungen und Ähnlichem habe ich wirklich auch nichts zu tun gehabt. Ich maße mir das auch nicht an. Ich bin von Hause aus Jurist und Volkswirt und bin kein Physiker und bin kein Geologe und kein Geograf. Das ist auch nicht mein Job gewesen. Ich weiß gar nicht, wie Sie sich ein Ministerium vorstellen. Wenn Sie eine Physikalisch-Technische Bundesanstalt, eine Anstalt für Geowissenschaften haben, sollte man sich, wenn man ein einigermaßen kluger Politiker ist, aus fachlichen Dingen, von denen man nichts versteht, heraushalten und prüfen lassen. Und es ging mir darum, dass endlich das Prüfverfahren angeleiert wird. Es ging doch nicht darum, die Prüfbewertung zu beurteilen. Darum ging es.

Johanna Voß (DIE LINKE): Also, ich möchte auf den Widerspruch hinweisen, dass Sie anfangs gesagt hatten, die Bundesregierung sei von Anfang an für Gorleben gewesen. Und das ist nun hier - -

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Das habe ich auch nicht gesagt.

Johanna Voß (DIE LINKE): Also Juni 77, und die Bundesregierung sieht sich erpresst und möchte eigentlich lieber nicht sich auf Gorleben festlegen, immer noch nicht.

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Gut.

Johanna Voß (DIE LINKE): Da sehe ich einen Widerspruch in dem, was Sie zu Anfang des heutigen Tages hier gesagt haben, und dem, was ich hier in den Akten und dann auch in Ihrer eigenen Rede im Bundestag am 15.06.77 - - was Sie da gesagt haben. Das deckt sich nicht.

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Worin sehen Sie bei meiner Rede den Widerspruch?

Johanna Voß (DIE LINKE): Sie wollen nicht sehen, dass es einen massiven Interessengegensatz zwischen der Haltung der Bundesregierung in der Frage der Auswahl eines Standortes für ein Entsorgungszentrum und ein Endlager und der Haltung der niedersächsischen Landesregierung dazu gegeben hat, insbesondere - -

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Ich meine, ich habe in dieser Rede gesagt, dass man gegen Niedersachsen das Projekt nicht durchführen kann. Das ist doch wohl selbstverständlich. Sie können doch gegen den Willen einer Landesregierung auf deren Territorium kein Planfeststellungsverfahren einleiten und Ähnliches.

Johanna Voß (DIE LINKE): Aber die Bundesregierung hat ja nichtsdestotrotz versucht, massiv Druck auszuüben auf Niedersachsen, immer wieder ein persönliches Gespräch zwischen Albrecht und Schmidt - -

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Gut.

Johanna Voß (DIE LINKE): Und alles, um diese unselige Auswahl, die eben nicht auf wissenschaftlichen - - Also, selbst wenn sie geologisch sauber getroffen worden wäre, hätte sie ja trotzdem zu massiven Problemen geführt - - das zu verhindern. Und Sie hatten ja noch nicht mal das, was hier nicht nur ein Zeuge, sondern mehrere Zeugen gesagt hatten, nämlich was für eine große Spannung, was für ein großer Druck am 11.11. gewesen ist, als drei Minister kamen - - Das ist doch nicht gewöhnlich, dass

drei Bundesminister nach Niedersachsen kommen. Oder sind Sie gewöhnlich zu dritt nach Niedersachsen gekommen, wenn irgendetwelche Fragen zu klären waren?

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Ja, gut. Wenn Sie der Meinung sind, das ist nicht gewöhnlich, dann ist das Ihre Meinung.

Johanna Voß (DIE LINKE): Ja, Sie könnten das ja wissen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Das Fragerecht ist jetzt beendet, und ich will jetzt auch Wert darauf legen, dass wir die Sitzung zügig beenden. Das gebietet einfach der parlamentarische Anstand. Wir haben eben für die Fraktionssondersitzung der Linken ebenfalls unsere Sitzung unterbrochen. Das Plenum ist auch unterbrochen, und von daher würden wir jetzt diese Sitzung auch beenden, so wie wir eben miteinander vereinbart haben. Frau Kollegin Kotting-Uhl hatte mir erklärt, dass es keine weiteren Fragen mehr von Bündnis 90/Die Grünen gebe.

Damit möchte ich zum Schluss der Vernehmung, Herr Dr. Friderichs, Ihnen sagen, dass das Sekretariat Ihnen das Protokoll nach Fertigstellung übersendet. Sie haben dann die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen etwaige Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen.

Nach § 26 Abs. 3 des Untersuchungsausschussgesetzes bin ich gehalten, Sie darauf hinzuweisen, dass die Vernehmung eines Zeugen erst dann abgeschlossen ist, wenn der Untersuchungsausschuss dies durch Beschluss formal feststellt. Die Entscheidung hierzu darf aber erst ergehen, wenn nach Zustellung des Vernehmungsprotokolls an den Zeugen zwei Wochen verstrichen sind oder auf die Einhaltung dieser Frist verzichtet worden ist.

Haben Sie dazu noch Fragen?

Zeuge Dr. Hans Friderichs: Nein.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Dann bedanke ich mich sehr, sehr herzlich für Ihre Geduld und für Ihre Antworten. Ich bedanke mich bei den Stenografinnen und Stenografen und wünsche noch einen charmanten Nachmittag. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 16.56 Uhr)